



F a c h b l i c k
Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Oktober 2002



Monatsbericht des BMF

Oktobe 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26
Analysen und Berichte	29
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems	37
Insolvenzen und Unternehmensneugründungen in Deutschland	45
Nachhaltigkeit als Herausforderung der Finanzpolitik in föderalen Staaten	51
Stand der Regelung der deutschen Transferrubel-Guthaben und der anderen Forderungen der früheren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus den Jahren bis 1990	57
Internationalisierung der Rechnungslegung: Konsequenzen für die deutsche Steuerpolitik	63
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	76
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	128
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	133

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 16. Oktober 2002 ist der Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD abgeschlossen worden. Erneuerung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die zentralen Leitideen. Oberstes Ziel bleibt es in der neuen Wahlperiode, die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und damit für mehr Beschäftigung zu verbessern.

Das Ziel des Schuldenabbaus ist dabei ein elementarer Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Die eingeleitete Konsolidierung der Staatsfinanzen ist eine wichtige Basis für eine nachhaltige Verbesserung des Wachstums. Sie dient der Vertrauensbildung, stabilisiert die Erwartungen der Märkte, setzt Mittel für Zukunftsausgaben und die soziale Abfederung von Strukturreformen frei. Sie ist die Voraussetzung für die nachhaltige Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und für die notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Konsolidierung erlaubt das konjunkturgerechte Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren im Abschwung und sichert die finanzpolitische Flanke der Geldpolitik. Mit dem finanzpolitischen Konzept des Zukunftsprogramms 2000 sind wesentliche Erfolge auf dem Weg zum ausgeglichenen Bundeshaushalt erzielt worden. Vor dem Hintergrund der konjunkturrellen Herausforderungen bleibt jedoch noch viel zu tun. Aber eins ist klar: Deutschland bleibt auf dem Kurs zu einem ausgeglichenen Haushalt 2006.

In den nächsten Ausgaben des Monatsberichts wird ausführlicher auf die Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Modernisierungspolitik der Bundesregierung und auch die organisatorischen Änderungen bei den Ressorts der Bundesregierung eingegangen werden. Die Oktoberausgabe des Monatsbericht spiegelt die Aufgabenbreite des BMF wider:

In einem Umfeld zunehmender internationaler Verflechtungen und wachsender grenzüberschreitender Herausforderungen muss die Finanzpolitik dazu beitragen, die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven für nachfolgende Generationen zu erhalten und zu verbessern. Das Thema „Nachhaltigkeit“ ist deshalb besonders für die Finanzpolitik mit ihren vielfältigen politischen und ökonomischen Implikationen von besonderer Bedeutung. In föderalistisch aufgebauten Staaten wie Österreich, Schweiz und Deutschland muss die inhaltliche Ausgestaltung einer nachhaltigen Finanzpolitik auch in entsprechenden Konzepten auf den verschiedenen staatlichen Ebenen ihren Niederschlag finden. Die Arbeitsgruppe „Föderalismus und Subsidiarität in Europa“ hat sich mit den Erfahrungen und Ansätzen der drei Länder zu diesem Thema befasst.

Die Bundesregierung und die russische Regierung haben sich im April 2002 auf eine Regelung für die deutschen Transferrubel-Forderungen geeinigt. Im entsprechenden Regierungsabkommen vom 25. Juni 2002 ist vorgesehen, dass die russische Regierung die Tilgung des Saldos durch Zahlung eines Betrags von 500 Mio. € in vier Raten bis zum 1. Februar 2004 vornimmt. Die ersten beiden Raten sind mit einem Betrag von 350 Mio. € bereits in 2002 fällig. Durch das Abkommen wird der noch bis Ende 1990 fortgeführte Transferrubel-Verrechnungsverkehr endgültig geregelt. Damit wird ein schwieriges bilaterales Finanzproblem gelöst.

Meldungen von einer „nie da gewesenen Pleitewelle“ können bei differenzierter Betrachtung nicht nachvollzogen werden. Die augenblicklich relativ hohe Zahl der Insolvenzen ergibt sich zum großen Teil aus der Modernisierung des Insolvenzrechts. Viele überschuldete Privathaushalte bewog das zum 1. Dezember 2001 reformierte Insolvenzrecht abzuwarten und die Antragstellung auf das Jahr 2002 zu verschieben. Auch die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen wird von dem neuen Insolvenzrecht beeinflusst, da häufiger als in der Vergangenheit einer

marktwirtschaftlich sinnvolle Insolvenzbewältigung ermöglicht wird. Bei den Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften ergibt sich ein Anstieg im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr von ca. 10 %. Ein solcher Anstieg ist charakteristisch für das Ende einer „konjunktuellen Durststrecke“. Zudem ist für die Beurteilung der Unternehmensentwicklung in einer Volkswirtschaft nicht allein die Zahl der Insolvenzen, sondern das gesamte Gründungsgeschehen maßgeblich: und dessen Entwicklung ist weiterhin deutlich positiv.

Im Zuge der Globalisierung der Kapitalmärkte und der Zunahme grenzüberschreitender Investitionen ist auch in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren eine zunehmende Internationalisierung der Rechnungslegung zu beobachten. Die meisten international ausgerichteten deutschen Unternehmen ermitteln ihren Konzernabschluss auf Basis international anerkannter Bilanzierungsstandards und sind damit von der Vorlage eines Konzernabschlusses nach HGB befreit. Als international anerkannt gelten dabei die amerikanischen US-GAAP (US-Generally Accepted Accounting Principles) oder die in Europa stärker verbreiteten International Accounting Standards (IAS).

Das RWI Essen hat in einer Analyse die Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems untersucht. Dabei wurden die zentralen Komponenten des Steuersystems, die Einkommensteuer, die

Mehrwertsteuer und die Kfz-bezogenen Steuern, die zusammen rund 85 % des Steueraufkommens ausmachen, nach ihrer Verteilung auf Einkommensschichten, sozialen Gruppen und Haushaltstypen betrachtet. Das Ergebnis bestätigt die Zielsetzung der Bundesregierung, den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Steuerrecht stärker zu betonen. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurden die Weichen für eine Steuerpolitik zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen gestellt. Diesen Kurs wollen wir stufenweise in verlässlichen Schritten fortsetzen.



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Bei der konjunkturellen Entwicklung in den Sommermonaten überwogen trotz eines schwierigeren weltwirtschaftlichen Umfeldes per saldo weiterhin die Auftriebskräfte. Allerdings hat die erwartete Wachstumsbeschleunigung noch nicht eingesetzt.

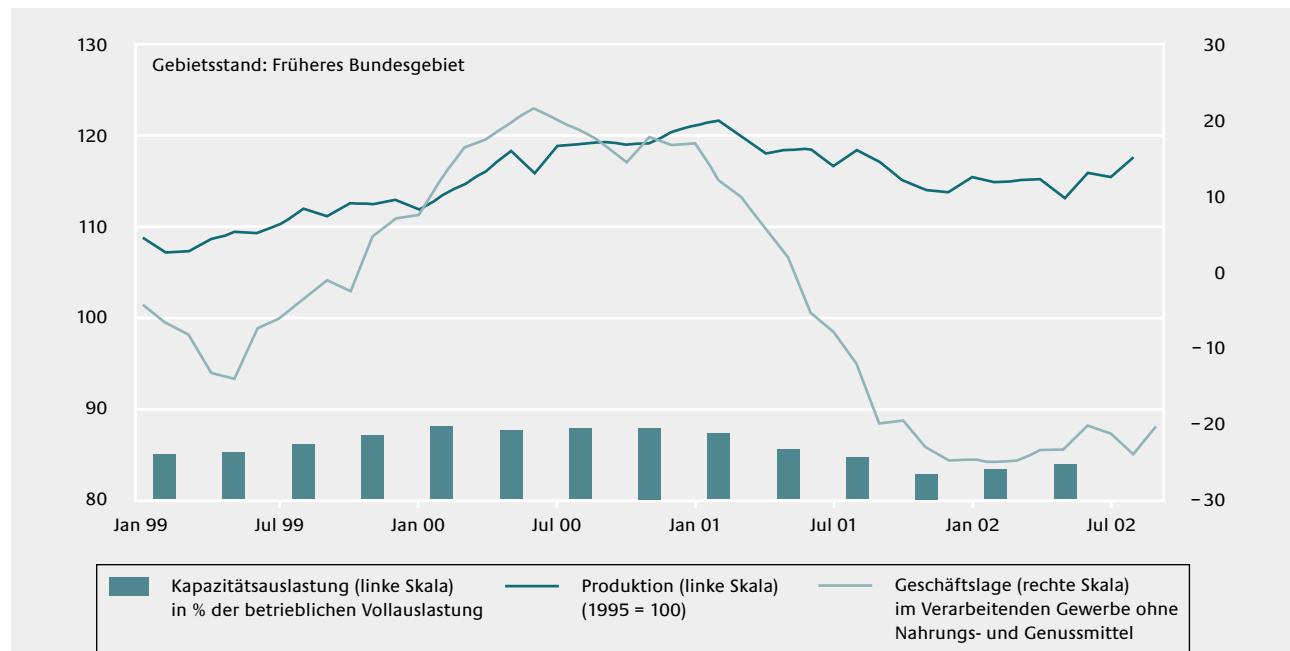
- In der Industrie ist die Produktion im Juli und August zusammengenommen gegenüber Mai und Juni saisonbereinigt um 1,6 % gestiegen. Auch die Nachfrageentwicklung nach Industrieerzeugnissen weist – ungeachtet von Verzerrungen durch starke Monatsschwankungen – eine positive Grundtendenz auf.
- Die Stimmung in den Industrieunternehmen hat sich zuletzt nicht weiter verschlechtert.

Wohl im Gefolge der anhaltenden Produktionssteigerung erholte sich im September die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage wieder etwas, wenngleich auf niedrigem Niveau (vgl. Grafik). Dagegen war bei den Geschäftserwartungen der Positivsaldo erneut rückläufig.

- Im Bauhauptgewerbe hat sich der bisherige Produktionsrückgang zunächst nicht fortgesetzt (Juli und August + 0,8 %), jedoch gehen von der Nachfrageseite keine belebenden Impulse aus.
- Das Konsumklima in Deutschland hat sich im September zum dritten Mal in Folge verbessert, sodass mit einer Belebung der bislang recht schleppenden Verbrauchskonjunktur gerechnet werden kann.
- Die Warenexporte stützten erneut die deutsche Konjunktur. In nominaler Rechnung erhöhten sie sich im Zweimonatsdurchschnitt Juli und August saisonbereinigt um 2,7 %. Nach den Ursprungszahlen wurde das Vorjahresniveau

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Oktober 2002 vorlagen.

Produktion in der Industrie, Geschäftslage und Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe saisonbereinigt



Quellen: Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

erreicht. Wegen schwächerer Importe hat sich im Vorjahresvergleich der Handelsbilanzüberschuss deutlich erhöht. Gleichzeitig sanken die Defizite bei den „unsichtbaren“ Transaktionen. Im Ergebnis schloss die Leistungsbilanz im Zeitraum Januar bis August mit einem Aktivsaldo von 27,1 Mrd. €, während ein Jahr zuvor ein Defizit von 5,0 Mrd. € entstanden war.

- Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist im September, wie schon im August, auf hohem Niveau nahezu unverändert geblieben. Dazu beigetragen haben Bestandsbereinigungen im Zuge der Durchführung des Job-AQTIV-Gesetzes sowie zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden. Nach den Ursprungszahlen waren im

September 3,94 Mio. Arbeitslose registriert, 199 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote belief sich im früheren Bundesgebiet auf 7,7 % und in den neuen Ländern auf 17,2 %.

- Die Preisentwicklung war durch ein hohes Maß an Stabilität gekennzeichnet. Das Verbraucherpreisniveau blieb im September insgesamt unverändert. Dabei wurden steigende Preise für Heizöl und Kraftstoffe durch Preisrückgänge bei Nahrungsmitteln und touristischen Dienstleistungen ausgeglichen. Der Verbraucherpreisindex wies sowohl in nationaler Abgrenzung als auch nach der EU-weit harmonisierten Berechnung einen jährlichen Anstieg von nur 1,0 % auf. Dies dürfte erneut die niedrigste Steigerungsrate in Europa gewesen sein.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001				2002			
	1998	1999	2000	2001	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.		
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																				
Deutschland	1,7	1,8	3,1	0,8	2,3	3,3	2,9	4,5	3,0	1,9	1,8	0,7	0,4	0,1	-0,2	0,1				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	1,4	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	0,4	0,3	0,7				
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,5	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,6	1,4	0,6	0,4	0,8				
Japan	- 1,1	0,8	1,5	- 0,4	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	- 0,7	- 0,5	- 1,5	- 2,5	- 0,7				
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	5,4	5,2	5,1	5,1	4,6	3,5	2,4	1,9	0,4	0,7	2,3	3,2				
USA	4,3	4,1	3,8	0,3	4,2	4,3	4,2	4,9	3,7	2,3	1,5	- 0,1	- 0,4	0,1	1,4	2,2				
Jahresdurchschnitt																				
1999	2000	2001	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep					
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																				
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,2	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	9,5	8,5	8,1	8,0	8,1	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	8,2	8,3	8,3	8,3	8,3	*				
Europäische Union (EU-15)	8,7	7,9	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,6	7,5	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	*				
Japan	4,7	4,7	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	5,4	5,4	5,4	5,4	*				
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7	7,6	7,7	7,5	7,6	7,5	*				
USA	4,2	4,0	4,8	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,5	5,7	6,1	5,8	5,9	5,9	5,7	5,6				
Verbraucherpreise^{1, 3}																				
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9	1,6	1,0	0,7	1,0	1,0	1,0				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	2,5	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5	2,4	2,0	1,8	1,9	2,1	2,1				
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,3	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3	2,2	1,8	1,6	1,8	1,9	1,9				
Japan	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 0,8	- 0,9	*				
Kanada	1,7	2,7	2,5	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3	1,5	1,8	1,7	1,0	1,3	2,1	2,6	*				
USA	2,1	3,5	2,8	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6	1,2	1,1	1,5	1,8	*				

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen mit 191,6 Mrd. € um 7,7 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 4,2 %). Die Mehraufwendungen beruhen im Wesentlichen auf höheren Ausgaben für die soziale Sicherung. Mit rund 90,9 Mrd. € beträgt deren Anteil an den Gesamtausgaben 47,4 %. Während sich die Steuereinnahmen (129,8 Mrd. €)

weiterhin schwach entwickeln – die Mindereinnahmen belaufen sich gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf 5,9 Mrd. € (- 4,3 %) –, erreichen die Verwaltungseinnahmen das Vorjahrsebniveau.

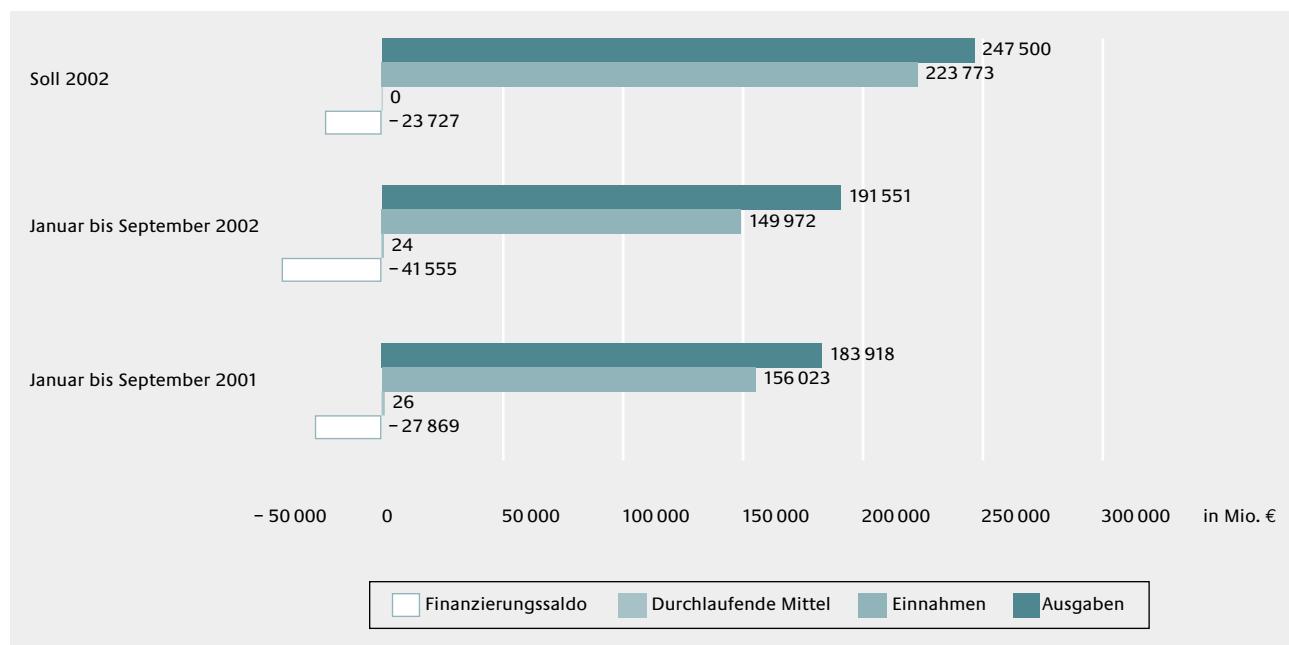
Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 41,6 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis September 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	191,6 4,2
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	150,0 - 3,9
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	129,8 - 4,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 23,7 - - 2,7	- 41,6 - 21,2 - 0,5
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 21,1	- 19,9

¹ Buchungsergebnisse.

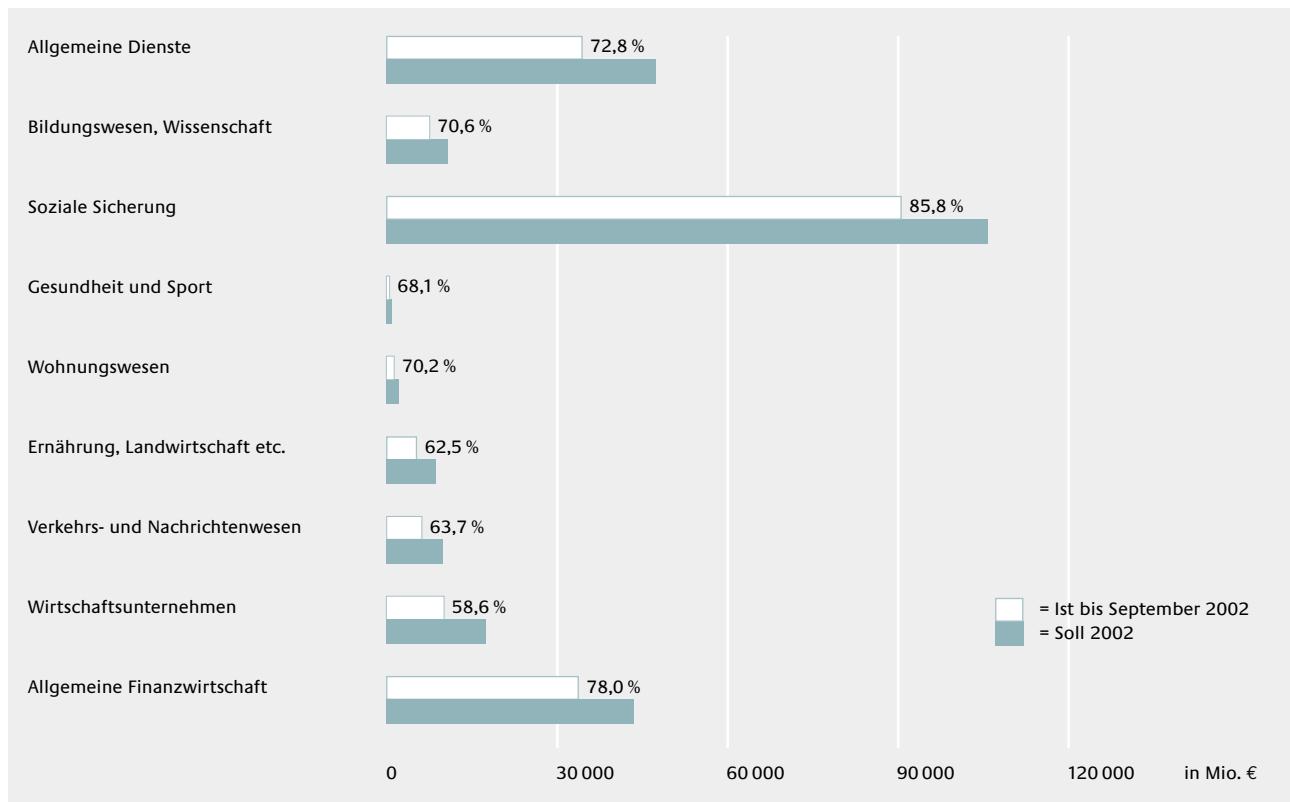
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Januar bis September		Januar bis September	derungen	ggü.	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Vorjahr in %
Allgemeine Dienste	47 634	34 679	18,1	34 444	18,7	+ 0,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	2 558	1,3	2 680	1,5	- 4,6
Verteidigung	27 485	20 421	10,7	20 091	10,9	+ 1,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	6 185	3,2	6 338	3,4	- 2,4
Finanzverwaltung	2 970	2 184	1,1	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	7 725	4,0	7 093	3,9	+ 8,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	707	0,4	741	0,4	- 4,6
BAföG	810	687	0,4	548	0,3	+ 25,4
Forschung und Entwicklung	6 778	4 789	2,5	4 372	2,4	+ 9,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	90 896	47,5	84 483	45,9	+ 7,6
Sozialversicherung	70 187	57 290	29,9	54 690	29,7	+ 4,8
Arbeitslosenversicherung	2 000	6 774	3,5	4 702	2,6	+ 44,1
Arbeitslosenhilfe	13 000	10 789	5,6	9 385	5,1	+ 15,0
Wohngeld	2 100	1 689	0,9	1 485	0,8	+ 13,7
Erziehungsgeld	3 458	2 493	1,3	2 492	1,4	+ 0,0
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	3 764	3 064	1,6	3 312	1,8	- 7,5
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	689	0,4	641	0,3	+ 7,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	1 457	0,8	1 531	0,8	- 4,8
Wohnungswesen	1 611	1 193	0,6	1 314	0,7	- 9,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	5 488	2,9	8 788	4,8	- 37,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	940	0,5	3 408	1,9	- 72,4
Kohlenbergbau	2 929	2 490	1,3	2 998	1,6	- 16,9
Gewährleistungen	2 200	830	0,4	902	0,5	- 8,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	6 345	3,3	5 943	3,2	+ 6,8
Straßen (ohne GVFG)	5 540	3 520	1,8	3 261	1,8	+ 7,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	10 268	5,4	7 935	4,3	+ 29,4
Postbeamtenversorgungskasse	5 423	3 363	1,8	2 904	1,6	+ 0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	4 142	2,2	2 312	1,3	+ 79,2
Deutsche Bahn AG	4 682	1 940	1,0	1 919	1,0	+ 1,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	34 003	17,8	33 061	18,0	+ 2,8
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	1 845	1,0	2 479	1,3	- 25,6
Zinsausgaben	38 887	31 672	16,5	30 439	16,6	+ 4,1
Ausgaben zusammen	247 500	191 551	100,0	183 918	100,0	+ 4,2

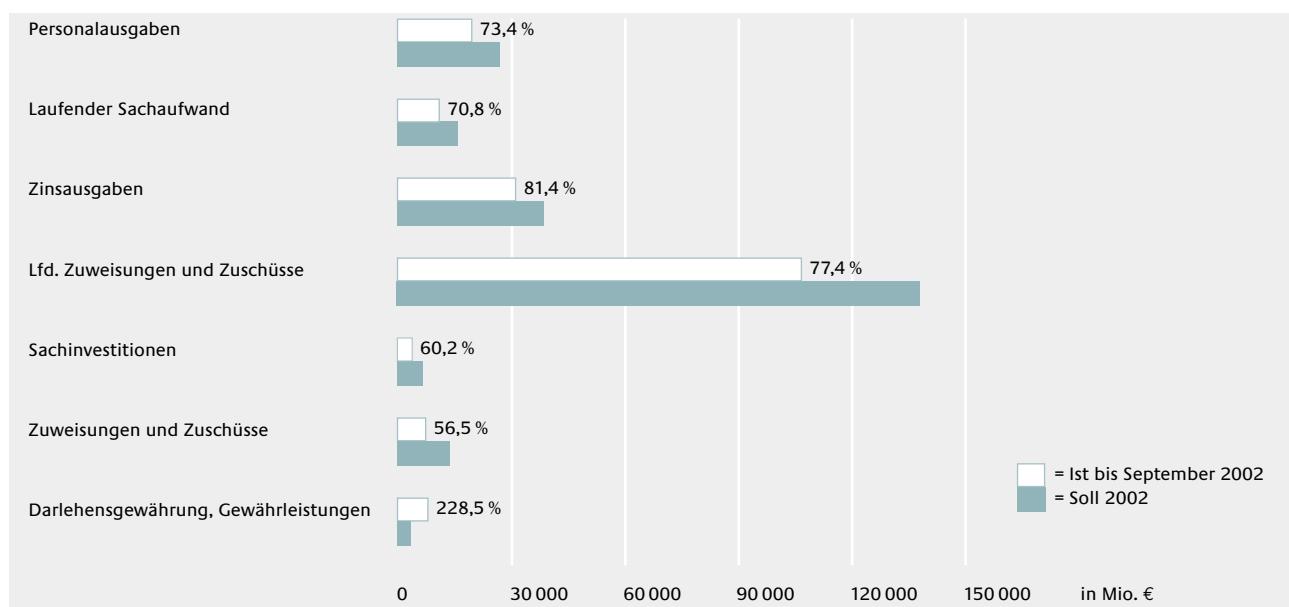
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis September 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-		
	Mio. €	Ist Januar bis September	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %	
Konsumtive Ausgaben	220 978	170 610	89,1	162 381	88,3	+ 5,1	
Personalausgaben	27 132	19 927	10,4	19 700	10,7	+	1,2
Aktivbezüge	20 620	15 022	7,8	14 902	8,1	+	0,8
Versorgung	6 513	4 905	2,6	4 798	2,6	+	2,2
Laufender Sachaufwand	16 069	11 384	5,9	10 656	5,8	+	6,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	1 019	0,5	940	0,5	+	8,4
Militärische Beschaffungen	7 331	5 405	2,8	5 372	2,9	+	0,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	4 960	2,6	4 345	2,4	+	14,2
Zinsausgaben	38 887	31 672	16,5	30 439	16,6	+	4,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	138 443	107 111	55,9	101 106	55,0	+	5,9
an Verwaltungen	14 859	10 567	5,5	8 976	4,9	+	17,7
an andere Bereiche darunter	123 584	96 512	50,4	92 105	50,1	+	4,8
Unternehmen	16 865	11 682	6,1	11 684	6,4	+	0,0
Renten, Unterstützungen u. a.	20 651	16 738	8,7	15 604	8,5	+	7,3
Sozialversicherungen	82 311	65 232	34,1	62 092	33,8	+	5,1
Sonstige Vermögensübertragungen	446	516	0,3	479	0,3	+	7,7
Investive Ausgaben	25 041	20 941	10,9	21 536	11,7	-	2,8
Finanzierungshilfen	18 238	16 846	9	17 479	9,5	-	3,6
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	7 861	4,1	10 324	5,6	-	23,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	8 451	4,4	6 598	3,6	+	28,1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	534	0,3	558	0,3	-	4,3
Sachinvestitionen	6 803	4 095	2,1	4 057	2	+	0,9
Baumaßnahmen	5 586	3 310	1,7	3 313	1,8	-	0,1
Erwerb von beweglichen Sachen	787	508	0,3	474	0,3	+	7,2
Grunderwerb	430	277	0,1	270	0,1	+	2,6
Globalansätze	1 481	0		0			
Ausgaben insgesamt	247 500	191 551	100,0	183 918	100,0	+	4,2

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis September 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
		Januar bis September	Anteil in %	Januar bis September	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €		Mio. €		
I. Steuern	199 239	129 769	86,5	135 665	87,0	- 4,3
Bundesanteile an:						
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	150 272	99 306	66,2	103 413	66,3	- 4,0
davon:						
Lohnsteuer	58 225	38 285	25,5	38 603	24,7	+ 0,8
veranlagte Einkommensteuer	3 781	1 277	0,9	1 737	1,1	+ 26,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	6 105	4,1	9 509	6,1	- 35,8
Zinsabschlag	3 973	2 961	2,0	3 131	2,0	- 5,4
Körperschaftsteuer	5 750	- 165	- 0,1	735	0,5	- 122,4
Umsatzsteuer	50 755	36 099	24,1	33 609	21,5	+ 7,4
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	13 844	9,2	15 299	9,8	- 9,5
Gewerbesteuerumlage	2 007	900	0,6	790	0,5	+ 13,9
Versicherungsteuer	8 100	7 056	4,7	6 359	4,1	+ 11,0
Solidaritätszuschlag	11 550	7 524	5,0	8 277	5,3	- 9,1
Tabaksteuer	13 400	8 725	5,8	7 686	4,9	+ 13,5
Kaffeesteuer	1 050	760	0,5	745	0,5	+ 2,0
Branntweinsteuern	2 075	1 308	0,9	1 313	0,8	- 0,4
Mineralölsteuer	42 500	25 974	17,3	25 410	16,3	+ 2,2
Stromsteuer	4 950	3 457	2,3	3 007	1,9	+ 15,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 715	- 11 610	- 7,7	- 9 616	- 6,2	+ 20,7
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 7 962	- 5,3	- 6 124	- 3,9	+ 30,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 5 059	- 3,4	- 5 115	- 3,3	- 1,1
II. Sonstige Einnahmen	24 534	20 203	13,5	20 357	13,0	- 0,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	3 966	2,6	4 656	3,0	- 14,8
Zinseinnahmen	1 055	678	0,5	1 631	1,0	- 58,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	8 974	6,0	8 006	5,1	+ 12,1
Einnahmen zusammen	223 773	149 972	100,0	156 023	100,0	- 3,9

Steuereinnahmen im September 2002

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im September 2002 um **-0,8 %** niedriger als im Vorjahresmonat. Damit konnte das Septemberergebnis nicht ganz an das der beiden Vormonate Juli und August 2002 anknüpfen, für die jeweils Steuereinnahmen in Vorjahreshöhe zu verzeichnen waren.

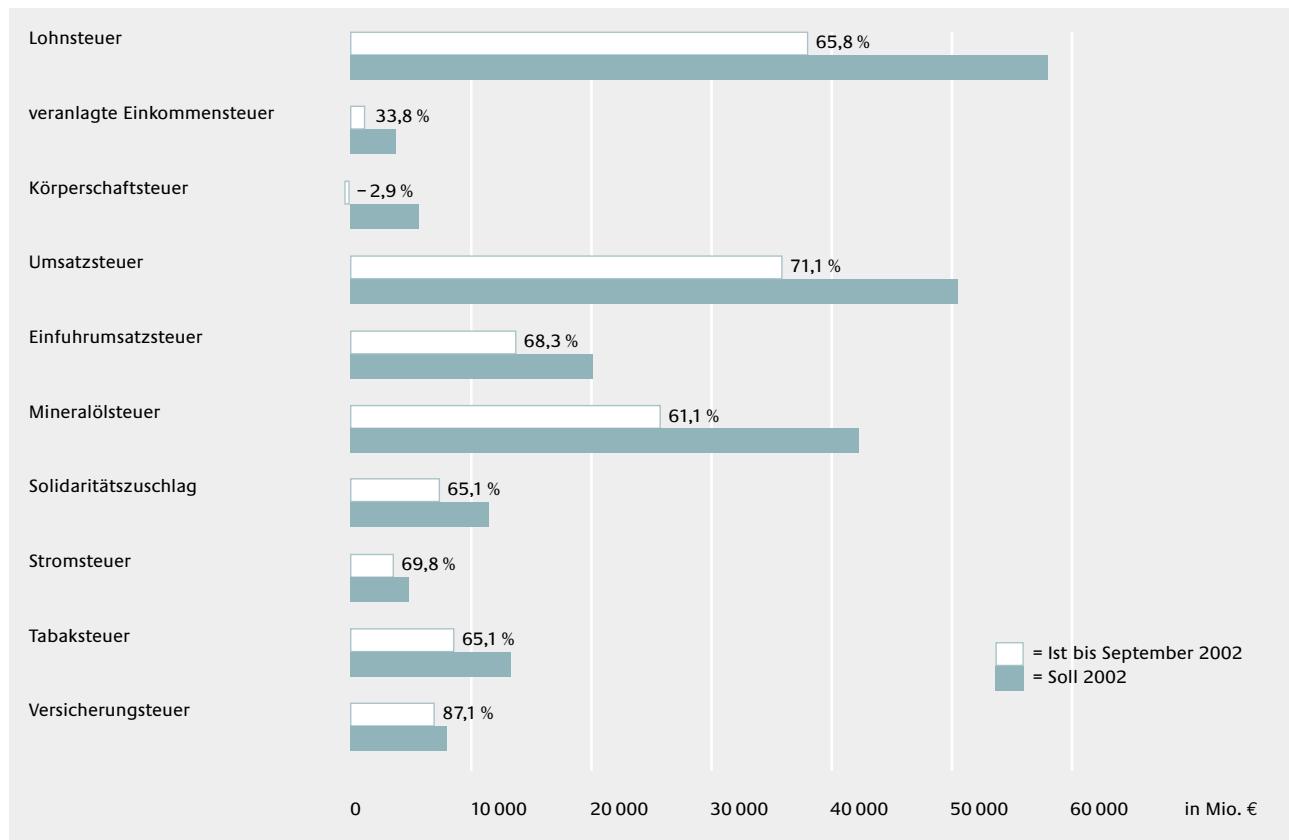
Bei den **gemeinschaftlichen Steuern** (**-2,0 %**) und den **reinen Ländersteuern** (**-2,3 %**) war eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen. Die **reinen Bundessteuern** legten dagegen im Vorjahresvergleich um **+6,3 %** zu.

Die **kumulierte Veränderungsrate** Januar bis September 2002 der **Steuereinnahmen insgesamt** hat sich um **-0,4 %** verbessert (Vormonat: Januar bis August kumuliert: **-3,9 %**); sie liegt aber noch deutlich unter dem bei der Steuerschätzung vom Mai 2002 prognostizierten Zuwachs von **+2,1 %**. Eine Aktualisierung der Ergebnisse für die Jahre 2002 und 2003 wird die nächste Steuerschätzung bringen, die turnusmäßig Mitte November (12./13. November 2002) stattfinden wird.

samt hat sich um **0,4** auf nun **-3,5 %** weiter verbessert (Vormonat: Januar bis August kumuliert: **-3,9 %**); sie liegt aber noch deutlich unter dem bei der Steuerschätzung vom Mai 2002 prognostizierten Zuwachs von **+2,1 %**. Eine Aktualisierung der Ergebnisse für die Jahre 2002 und 2003 wird die nächste Steuerschätzung bringen, die turnusmäßig Mitte November (12./13. November 2002) stattfinden wird.

Die **Steuereinnahmen des Bundes** (nach Bundesergänzungszuweisungen) im September 2002 lagen um **-1,1 %**, die **der Länder** um **-0,2 %** unter dem Vorjahresergebnis. Insgesamt unterschritten die Steuereinnahmen des **Bundes von Januar bis September 2002** die entsprechenden Einnahmen des Vorjahrs um **-4,2 %**. Bei den Steuereinnahmen der **Länder** ergibt der Vergleich für die ersten drei Quartale von 2002 gegenüber 2001 einen Rückgang um **-2,7 %**.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis September 2002



Die **Lohnsteuereinnahmen** lagen bei Bruttobetrachtung, d. h. vor Abzug des Kindergeldes, um +2,4 % über dem Vorjahresmonat. Der Zuwachs beim Kassenaufkommen fiel aufgrund der Kindergelderhöhung zu Jahresbeginn mit +0,6 % niedriger aus.

Auch bei der **veranlagten Einkommensteuer** war im September mit +1,7 % ein Aufkommenszuwachs zu verzeichnen.

Die Einnahmen aus den **nichtveranlagten Steuern vom Ertrag** lagen im September 2002 mit -57,7 % wie in den Vormonaten deutlich unter dem jeweiligen Vorjahresmonat. Hierin spiegelt sich ein rückläufiges Ausschüttungsvolumen, das im Vorjahr allerdings durch hohe Sonderausschüttungen gekennzeichnet war.

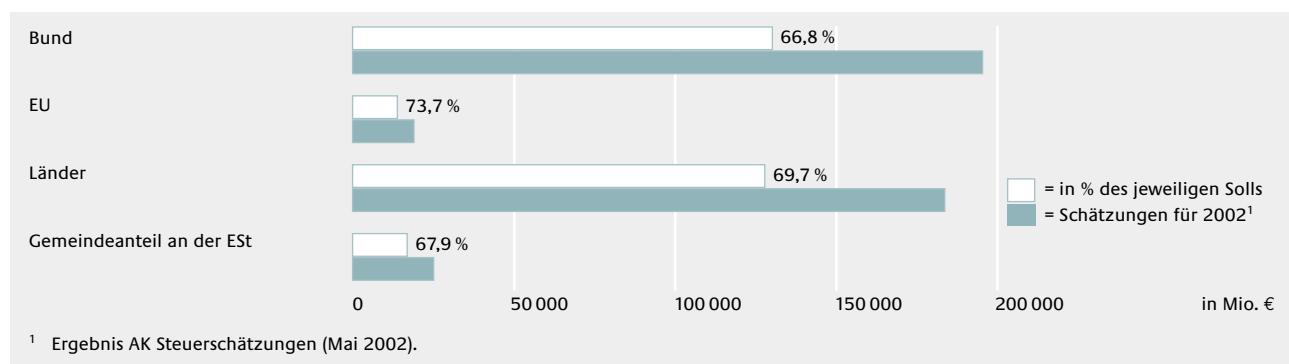
Bei der **Körperschaftsteuer** war in dem Vorauszahlungsmonat September 2002 ein Aufkommen zu verzeichnen, das mit 2,6 Mrd. € zwar unter dem Vorjahresmonat (2,9 Mrd. €), aber deutlich über dem der anderen Vorauszahlungsmonate März 2002 (1,9 Mrd. €) und Juni 2002 (0,9 Mrd. €) lag.

Bei den **Steuern vom Umsatz** war im September 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat ein Anstieg um +2,1 % zu verzeichnen. Damit hat sich die positive Entwicklung des Vormonats August 2002 fortgesetzt, in dem mit +2,6 % im Vorjahresvergleich erstmals seit April dieses Jahres wieder ein Zuwachs zu verzeichnen war.

Die **reinen Bundessteuern** legten im September 2002 um +6,3 % zu, wobei Mineralölsteuer (+8,4 %), Tabaksteuer (+29,9 %), Versicherungssteuer (+13,6%) und Stromsteuer (+3,1 %) Zuwächse zu verzeichnen hatten, wogegen sich Branntweinsteuern (-20,6 %) und Solidaritätszuschlag (-8,2 %) rückläufig entwickelten. Die starken Veränderungen bei z. B. den Einnahmen von Tabaksteuer und Branntweinsteuern sind auf buchungstechnische Effekte zurückzuführen.

Die **reinen Ländersteuern** lagen im September 2002 insgesamt um -2,3 % unter dem Vorjahresmonat. Deutliche Einbußen waren bei der Kraftfahrzeugsteuer (-10,9 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (-27,1 %) und der Biersteuer (-9,3 %) zu verzeichnen, wogegen sich die Einnahmen der Grunderwerbsteuer (+4,7 %) und der Erbschaftsteuer (+52,0 %) positiv entwickelten.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis September 2002



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2002	September	Verän-	Januar	Verän-	Schätzungen	Verän-
	derung	gegenüber	bis	derung	für 2002	Vorjahr
	gegenüber	Vorjahr	September	gegenüber		Vorjahr
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 550	0,6	93 278	- 0,4	135 200	1,9
veranlagte Einkommensteuer	5 901	1,7	3 004	- 26,5	8 500	- 3,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	441	- 57,7	12 210	- 35,8	11 380	- 45,5
Zinsabschlag	384	- 17,8	6 729	- 5,4	9 040	0,9
Körperschaftsteuer	2 650	- 10,5	- 331	.	7 900	.
Steuern vom Umsatz	11 282	2,1	102 226	- 1,0	142 300	2,4
Gewerbesteuerumlage	3	- 87,4	1 981	11,3	4 237	24,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	.	969	- 11,7	2 063	- 1,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 212	- 2,0	220 066	- 5,0	320 620	1,7
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 591	8,4	25 974	2,2	42 400	4,2
Tabaksteuer	681	29,9	8 725	13,5	13 050	8,1
Branntweinsteuer	107	- 20,6	1 308	- 0,4	2 100	- 2,0
Versicherungsteuer	365	13,6	7 056	11,0	8 000	7,7
Stromsteuer	277	3,1	3 457	14,9	5 200	20,3
Solidaritätszuschlag	1 092	- 8,2	7 524	- 9,1	11 100	0,3
übrige Bundessteuern	106	6,1	1 050	- 0,5	1 536	- 1,1
Bundessteuern insgesamt	6 219	6,3	55 093	3,7	83 387	5,2
Ländersteuern						
Vermögensteuer	5	- 78,7	191	- 18,6	200	- 31,2
Erbschaftsteuer	274	52,0	2 254	- 1,8	3 042	- 0,9
Grunderwerbsteuer	375	4,7	3 657	- 1,7	4 720	- 2,7
Kraftfahrzeugsteuer	545	- 10,9	6 005	- 9,0	7 950	- 5,1
Biersteuer	135	- 27,1	1 385	- 4,8	820	- 1,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	74	- 9,3	619	- 1,3	1 968	2,6
übrige Ländersteuern	11	- 11,3	245	- 0,8	496	- 15,0
Ländersteuern insgesamt	1 418	- 2,3	14 356	- 5,4	18 996	- 3,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	249	- 1,9	2 149	- 10,4	3 150	- 1,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	468	- 37,4	4 225	- 37,2	6 000	- 29,5
BSP-Eigenmittel	879	29,3	7 962	30,0	10 300	28,3
EU-Eigenmittel insgesamt	1 595	- 5,1	14 336	- 6,0	19 450	- 1,4
Bund³	17 299	- 1,1	131 149	- 4,2	196 379	1,3
Länder³	16 605	- 0,2	128 807	- 2,7	184 729	3,4
EU	1 595	- 5,1	14 336	- 6,0	19 450	- 1,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 598	0,7	17 372	- 1,7	25 594	1,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	38 098	- 0,8	291 664	- 3,5	426 152	2,1

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

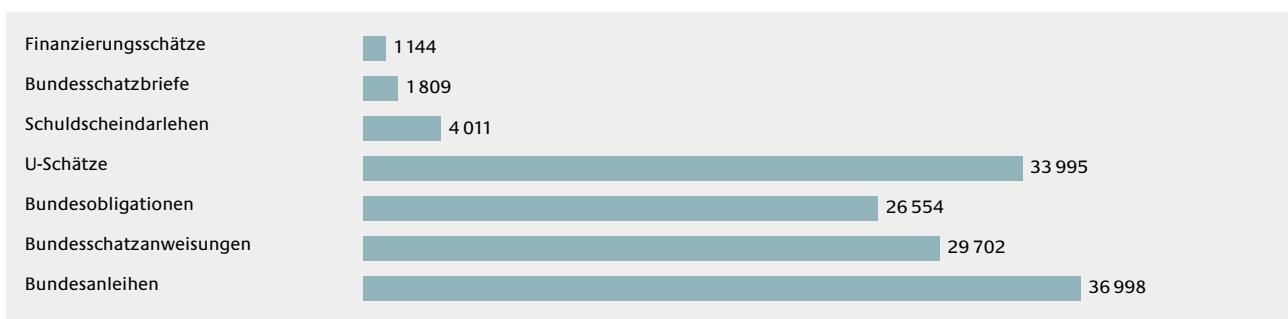
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten neun Monaten dieses Jahres 121,1 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 134,2 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes ein-

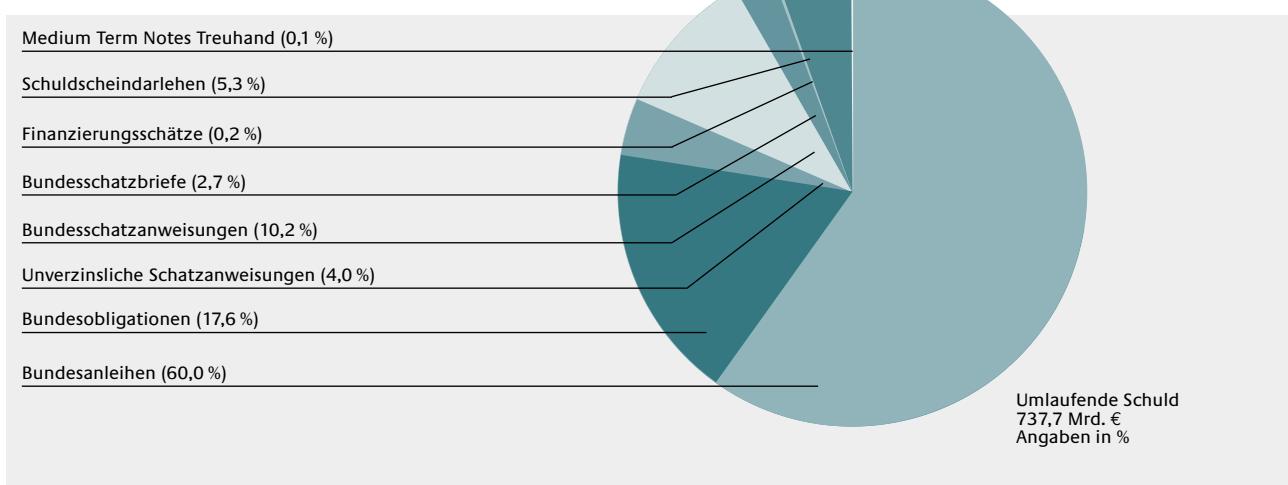
schließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. September 2002 um ca. 4,9 % auf 737,7 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungs-umstellung), Bundesisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohle-einsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im vierten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

Kreditaufnahme des Bundes von Januar bis September 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. September 2002



Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das erste Quartal 2003 wird in der dritten Dekade Dezember 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im vierten Quartal 2002 auf insgesamt 64,4 Mrd. € (darunter 0,9 Mrd. € für die Sondervermögen).

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe („Bund“) Aufstockung WKN 113 520	2. Oktober 2002	Restlaufzeit: 9 Jahre, 9 Monate fällig 4. Juli 2012 Zinslaufbeginn: 4. Juli 2002 erster Zinstermin: 4. Juli 2003	ca. 8 Mrd. € ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 448	14. Oktober 2002	6 Monate fällig 16. April 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) WKN 113 699	16. Oktober 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fällig 24. September 2004 Zinslaufbeginn: 24. September 2002 erster Zinstermin: 24. September 2003	ca. 5 Mrd. € ¹
Bundesanleihe („Bund“) Aufstockung WKN 113 520	6. November 2002	Restlaufzeit: 9 Jahre, 8 Monate fällig 4. Juli 2012 Zinslaufbeginn: 4. Juli 2002 erster Zinstermin: 4. Juli 2003	ca. 7 Mrd. € ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 449	11. November 2002	6 Monate fällig 14. Mai 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligationen („Bobl“) Aufstockung WKN 114 140	20. November 2002	Restlaufzeit: 4 Jahre, 9 Monate fällig 17. August 2007 Zinslaufbeginn: 20. Februar 2002 erster Zinstermin: 17. August 2003	ca. 8 Mrd. € ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 450	9. Dezember 2002	6 Monate fällig 18. Juni 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) WKN 113 700	11. Dezember 2002	2 Jahre fällig 10. Dezember 2004 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2002 erster Zinstermin: 10. Dezember 2003	ca. 7 Mrd. € ¹
Viertes Quartal 2002 insgesamt			ca. 50 Mrd. €

¹ Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

¹ Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Tilgungen im vierten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	Oktober	November	Dezember	4. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	5,1	-	8,2	13,3
Bundesobligationen	-	8,2	-	8,2
Bundesschatzanweisungen	-	-	8,0	8,0
U-Schäfte des Bundes	4,8	4,9	4,8	14,5
Bundesschatzbriefe	2,0	0,2	-	2,2
Finanzierungsschätzte	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihen Deutsche Bundesbahn	2,0	-	-	2,0
Anleihen der Treuhandanstalt	5,1	-	5,1	10,2
Anleihen ERP	-	-	-	-
Fund. Schuldverschreibung	0,0	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	0,1	4,3	1,2	5,6
Medium Term Notes der Treuhand	-	0,1	-	-
Insgesamt	19,2	17,8	27,4	64,4

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich August 2002 stellt sich wie folgt dar.

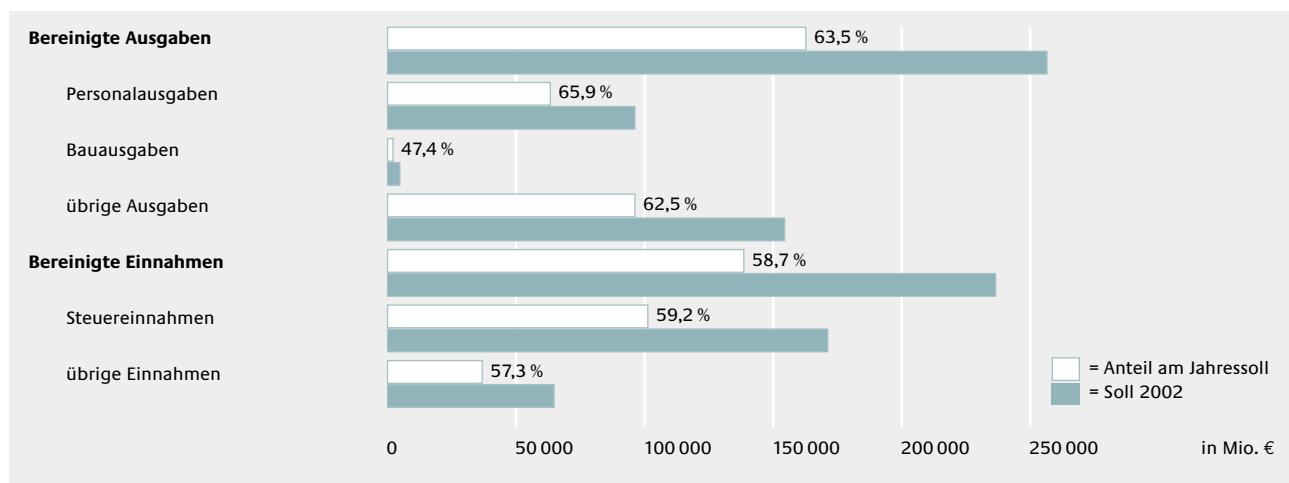
Die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,4 %, während die Einnahmen 4,3 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Auf der Ausgabenseite haben insbesondere die Personalausgaben in den Flächenländern West und den Stadtstaaten überproportional zugenommen. Der Einnahmerückgang resultiert überwiegend aus den – vor allem in den Flächenländern – stark rückläufigen Steuereinnahmen.

Das Defizit der Länder insgesamt betrug 24,0 Mrd. €, rund 8,5 Mrd. € über dem Defizit im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Haushaltplanungen der Länder gehen für das Jahr 2002 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 19,9 Mrd. € aus.

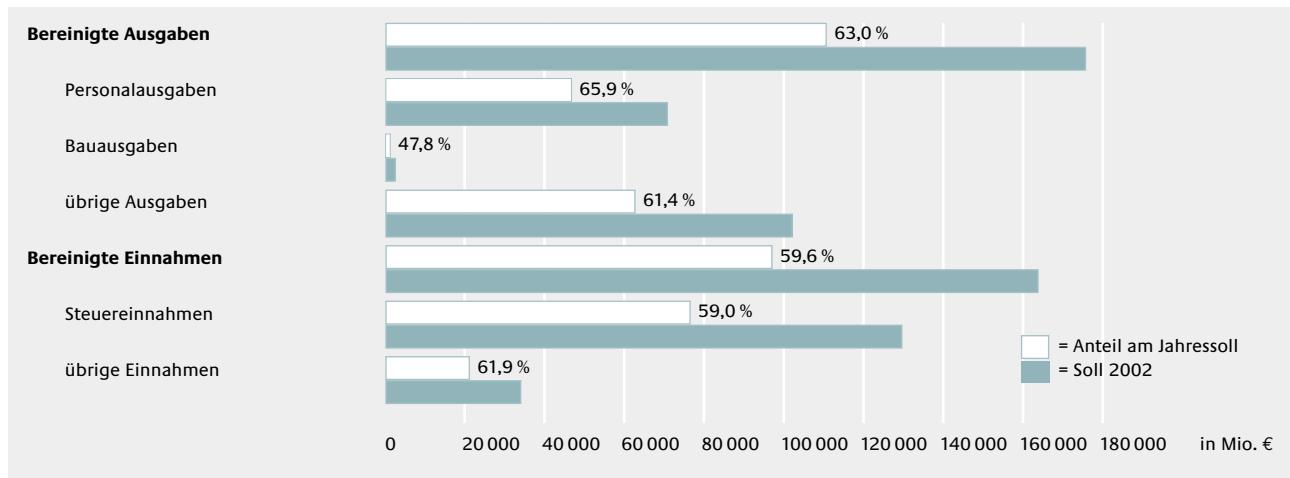
Der Finanzierungssaldo belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf – 13,1 Mrd. € (Soll 2002 – 11,9 Mrd. €), in den ostdeutschen Flächenländern auf – 5,1 Mrd. € (Soll 2002 – 2,8 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf – 5,8 Mrd. € (Soll 2002 – 5,3 Mrd. €).

Für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres besitzt die Haushaltsentwicklung bis Ende August noch wenig Aussagekraft. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltplanungen erlaubt daher noch keine weitergehende Bewertung.

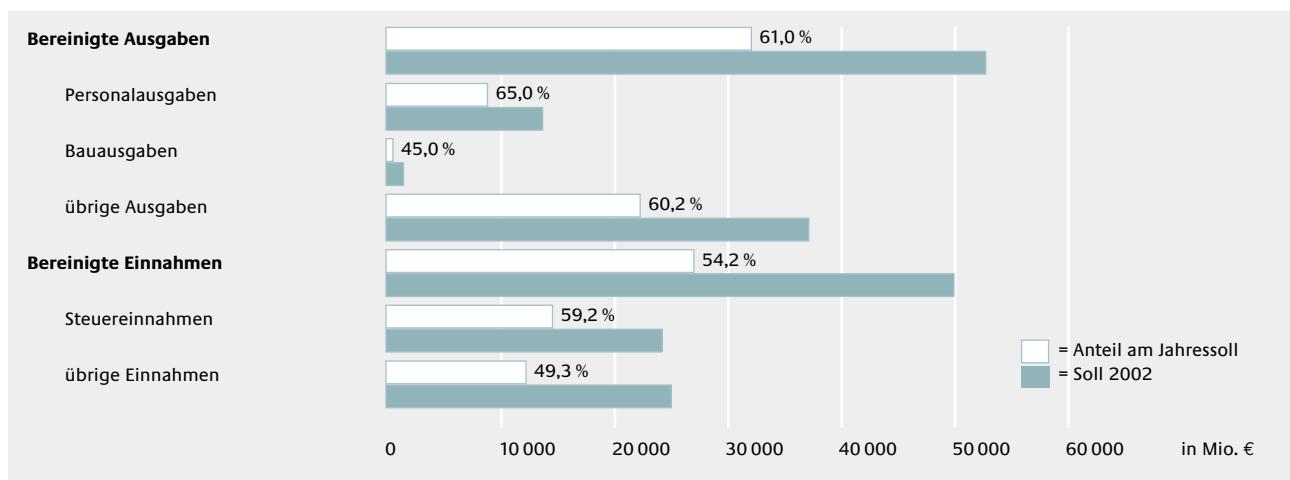
Länder insgesamt



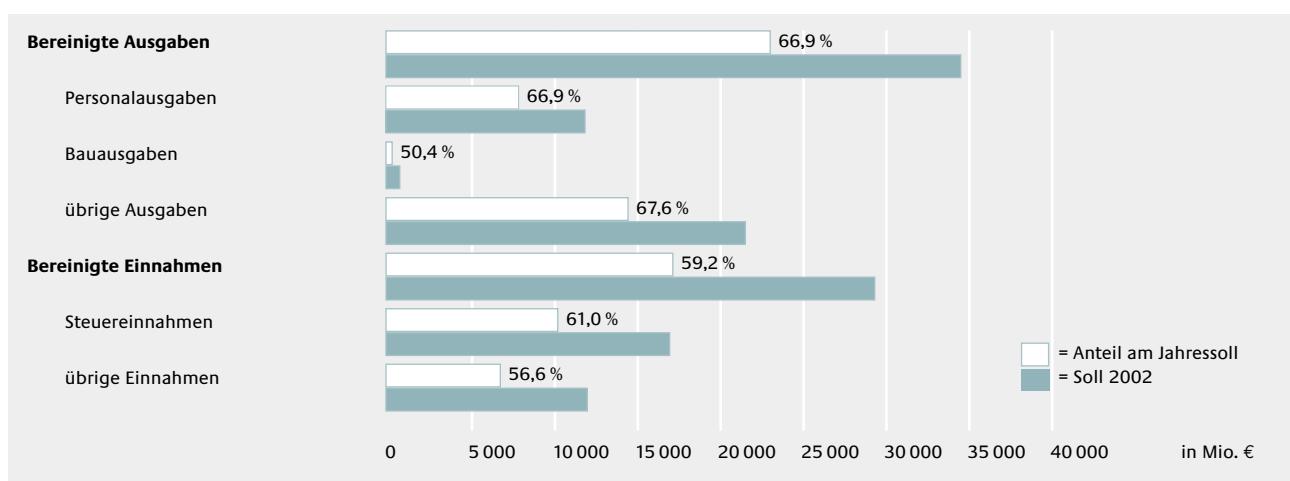
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 4. November 2002 – Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat
- 4./5. November 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 12./13. November 2002 – Steuerschätzung
- 13. November 2002 – Übergabe des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates
- 23./24. November 2002 – G-20-Finanzministertreffen in Neu Delhi
- 27. November 2002 – 97. Sitzung des Finanzplanungsrates
- 2./3. Dezember 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 12./13. Dezember 2002 – Europäischer Rat in Kopenhagen

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten – **Die Bundesforstverwaltung**
- Innenansichten – **Finanzplatz Deutschland**
- Innenansichten – **Der Bundeshaushalt – Politik in Zahlen**
- Innenansichten – **Solidarität im Bundesstaat – Die Finanzverteilung**
- Innanansichten – **Global denken und handeln – Unsere internationale Finanzpolitik**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	November	Oktober 2002
	Dezember	November 2002
2003	Januar	Dezember 2002
	Februar	Januar 2003
März		Februar 2003
April		März 2003
Mai		April 2003
Juni		Mai 2003
Juli		Juni 2003
August		Juli 2003
September		August 2003
Oktober		September 2003
November		Oktober 2003
Dezember		November 2003

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems	37
Insolvenzen und Unternehmensneugründungen in Deutschland	45
Nachhaltigkeit als Herausforderung der Finanzpolitik in föderalen Staaten	51
Stand der Regelung der deutschen Transferrubel-Guthaben und der anderen Forderungen der früheren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus den Jahren bis 1990	57
Internationalisierung der Rechnungslegung: Konsequenzen für die deutsche Steuerpolitik	63

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1	Gesamtwirtschaft	31
2	Produzierendes Gewerbe	31
3	Privater Konsum	32
4	Außenwirtschaft	32
5	Arbeitsmarkt	33
6	Preise	34
7	Zinsen und monetäre Entwicklung	34

1 Gesamtwirtschaft

Bei der konjunkturellen Entwicklung in den Sommermonaten überwogen trotz eines schwierigeren weltwirtschaftlichen Umfeldes per saldo weiterhin die Auftriebskräfte. Allerdings hat die erwartete Wachstumsbeschleunigung noch nicht eingesetzt. Schrittmacher der bisherigen Konjunkturentwicklung war einmal mehr die Industrie, wo die Produktionsentwicklung im Zeitraum Juli und August weiter aufwärts gerichtet blieb. Auch die Nachfrage nach Produkten der Industrie wies – abgesehen von Verzerrungen durch starke Monatsschwankungen – insgesamt eine leicht positive Tendenz auf. Ungeachtet der Eintrübung der Weltkonjunktur haben deutsche Exporte im Juli und August wieder zugelegt, nachdem sie im zweiten Quartal stagniert hatten. Die immer noch schwache Baukonjunktur stellt wie bisher einen Belastungsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Der private Konsum verläuft weiterhin schleppend. Jedoch hat sich das Konsumklima signifikant aufgehellt, sodass berechtigte Aussichten auf eine Belebung der Verbrauchskonjunktur bestehen. Dazu dürfte auch die anhaltende Preisstabilität beigetragen haben. Die Situation am Arbeitsmarkt ist nach wie vor unbefriedigend. Aber anders als im ersten Halb-

jahr hat die Arbeitslosigkeit – nicht zuletzt aufgrund von Sonderfaktoren – im Sommer nicht weiter zugenommen.

2 Produzierendes Gewerbe

In der **Industrie** sind nunmehr die streikbedingten Produktionsausfälle vom Mai ausgeglichen worden. Die konjunkturelle Entwicklung in diesem Sektor ist in den Sommermonaten wieder auf den Kurs einer leichten Belebung zurückgekehrt. Die industrielle **Produktion** erhöhte sich im Durchschnitt der Monate Juli und August gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt² um 1,6 %. Dabei wuchs die Erzeugung im Investitionsgüterbereich überdurchschnittlich, während die Konsumgüterproduktion stagnierte. Das entsprechende Vorjahresniveau der gesamten Industrieproduktion wurde im Juli und August nur noch knapp unterschritten (arbeitstäglich bereinigt –0,7 %).

Auch die **Nachfrageentwicklung** in der Industrie ist – betrachtet man den gesamten Zeitraum seit Jahresbeginn – aufwärts gerichtet. Dieser Trend wurde aber im Monat Mai durch eine außergewöhnliche Häufung von Großaufträgen aus dem Ausland zunächst nach oben und in den Folgemonaten durch die anschließende Normalisierung wieder nach unten verzerrt. So weist der aktuelle Zweimonatsvergleich (Juli und August gegenüber Mai und Juni) beim Auftragseingang der Industrie preis- und saisonbereinigt einen Rückgang um 1,2 % aus. Jedoch war das Auftragsvolumen sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal saisonbereinigt merklich angestiegen (+ 1,2 % bzw. + 2,1 %). Im Monat August wurde das Durchschnittsniveau des zweiten Quartals (das auch das hohe Mai-Ergebnis beinhaltet) wieder erreicht. Dabei entwickelte sich die Vergabertätigkeit der in- und ausländischen Unternehmen recht unterschiedlich. Während die Inlandsbestellungen sich nach einem Rückgang im

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Oktober 2002 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

ersten Quartal erst zuletzt wieder spürbar belebt, hat der Aufwärtstrend bei den Auslandsaufträgen – abgesehen von den erwähnten Verzerrungen – das ganze Jahr über angehalten.

Im August wurde bei den Exportbestellungen der vor der Mai-Spitze erreichte Stand wieder übertroffen. Im Vorjahresvergleich ergibt sich im Juli und August für die Inlandsaufträge eine Verringerung um 2,6 % und für die Auslandsaufträge ein Plus von 4,9 % (insgesamt + 0,7 %).

Angesichts der gestiegenen weltwirtschaftlichen Risiken, insbesondere durch die angespannte Situation im Irak-Konflikt, hatte sich das **Geschäftsclima** in den Industrieunternehmen seit Juni spürbar abgekühlt. Diese Entwicklung hat sich zuletzt nicht mehr fortgesetzt. Nach den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests für September erholte sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage wieder etwas, wenngleich auf niedrigem Niveau. (siehe Grafik im „Überblick“). Dagegen hat sich bei den Geschäftserwartungen der weiterhin positive Saldo der Unternehmensurteile erneut verringert.

Im **Bauhauptgewerbe** zeichnet sich nach der bisherigen steilen Talfahrt der Produktionsentwicklung nunmehr eine gewisse Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Im Juli und August erhöhte sich die Bauproduktion gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 0,8 %. Gleichzeitig wurde das entsprechende Vorjahresniveau aber um 8,2 % unterschritten. Von der Nachfrageseite sind jedoch keine Anzeichen für eine bevorstehende Belebung der Baukonjunktur erkennbar. Bauaufträge und Baugenehmigungen waren sowohl in der Verlaufsbetrachtung als auch im Vorjahresvergleich weiter deutlich abwärts gerichtet.

3 Privater Konsum

Im zweiten Quartal hatten sich die zuvor merklich abgesunkenen privaten Konsumausgaben sta-

bilisiert. Für die ersten beiden Monate des zweiten Halbjahres deuten die vorläufigen und bekanntermaßen unsicheren Angaben über die **Einzelhandelsumsätze** auf eine mehr oder weniger stagnierende Entwicklung hin: Im Durchschnitt der Monate Juli und August verharrte der Umsatz der klassischen Einzelhandelsunternehmen (d. h. ohne Kfz-Handel und ohne Tankstellen) preis- und saisonbereinigt auf dem Stand des vorangegangenen Zweimonatszeitraumes. Gleichzeitig hat sich aber der Kfz-Einzelhandel belebt, sodass der Umsatz einschließlich der o. g. Positionen (nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank) um 0,4 % zugelegt hat. Das Einzelhandelsvolumen in der engeren Abgrenzung blieb zuletzt um 0,6 % unter seinem vergleichbaren Vorjahresniveau.³

Für eine bevorstehende Erholung der Einzelhandelsaktivitäten sprechen die Ergebnisse der für die EU durchgeföhrten Verbraucherumfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Danach hat sich das **Konsumclima** in Deutschland nunmehr zum dritten Mal in Folge aufgehellt.



4 Außenwirtschaft

Die **Exporte** waren bis zuletzt eine wesentliche Stütze der deutschen Konjunktur. Zwar hatte die Warenausfuhr im zweiten Quartal vorübergehend stagniert, aber in den Sommermonaten zeigte sich eine erneute Aufwärtsbewegung. So stiegen die nominalen Warenexporte im Juli und August gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 2,7 %. Damit erreicht-

³ Die statistischen Angaben für den Einzelhandelsumsatz in der erweiterten Abgrenzung sind derzeit unvollständig.

ten sie nach den Ursprungszahlen exakt das sehr hohe Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Die **Importe**, die sich im zweiten Quartal – nach vorangegangenen deutlichen Rückgängen – merklich erholt hatten, behaupteten im Zeitraum Juli und August in saisonbereinigter Rechnung dieses Niveau. Im Vorjahresvergleich blieben sie allerdings um 4,7 % unter dem seinerzeit erreichten Stand zurück, wobei die in diesem Zeitraum stark gesunkenen Einfuhrpreise in Rechnung zu stellen sind.

In der deutschen **Handelsbilanz** sind in diesem Jahr wieder beträchtliche Überschüsse aufgegangen. Im Zeitraum Januar bis August belief sich der Positiv-Saldo auf 84,1 Mrd. €. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat sich der Überschuss wegen der verringerten Importe um 22,3 Mrd. € erhöht.

Die Bilanzen der „**unsichtbaren Transaktionen**“ (Dienstleistungen, Einkommenstransfers und Übertragungen) wiesen zusammengekommen – wie üblich – ein deutliches Defizit auf. Mit – 57,0 Mrd. € in den ersten acht Monaten fiel es aber um 9,8 Mrd. € geringer als vor Jahresfrist aus.

Aufgrund der Entwicklung in den Teilbilanzen wurde in der **Leistungsbilanz** in diesem Jahr bis August ein Aktiv-Saldo von 27,1 Mrd. € ausgewiesen, während ein Jahr zuvor ein Defizit von 5,0 Mrd. € entstanden war.

5 Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktsituation war weiterhin unbefriedigend. Nach dem Anstieg im ersten Halbjahr stagnierte allerdings im Sommer die Arbeitslosigkeit (in saisonbereinigter Rechnung), wobei das Job-AQTIV-Gesetz sowie im September die Hochwasserhilfen und die Zunahme von Kurzarbeit stabilisierend auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahl gewirkt haben.

Im September 2002 ist die **saisonbereinigte Arbeitslosenzahl** gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert geblieben (– 1 000 nach +/– 0 im August). Schon im Juli war sie nur noch leicht gestiegen, während sie im ersten Halbjahr im Monatsdurchschnitt um 25 000 zugenommen hatte. Bei der jüngsten Entwicklung dürfte die Bestandsbereinigung im Zuge der Durchführung des Job-AQTIV-Gesetzes eine Rolle gespielt haben. Hierauf weisen u. a. starke Abgänge in Nichterwerbstätigkeit hin. Darüber hinaus entlastete ein verstärkter Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente den Arbeitsmarkt.

Besonders in den neuen Ländern wurde im Zusammenhang mit der Bewältigung der Hochwasserschäden vermehrt auf die Möglichkeiten, die diese Maßnahmen bieten, zurückgegriffen. Dies hat mit dazu beigetragen, dass sich im September eine Abnahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl in den neuen Bundesländern (– 9 000) und eine entsprechende Zunahme im früheren Bundesgebiet (+ 8 000) ungefähr die Waage halten konnten. Allein in Sachsen und Sachsen-Anhalt, die von den Flutschäden besonders betroffen waren, hat die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl um 9 000 bzw. 3 000 abgenommen.

Nach den **Ursprungszahlen** sank – jahreszeitlich bedingt – die Arbeitslosigkeit im September bundesweit um 76 000 auf 3,94 Mio. Personen. Damit erreichte die übliche Herbstbelebung einschließlich der o. g. Sondereffekte ungefähr den Durchschnitt der Vorjahre. Die Arbeitslosenzahl war zuletzt um 199 000 höher als ein Jahr zuvor, nach + 229 000 im August.

Im **früheren Bundesgebiet** belief sich die Arbeitslosigkeit im September auf 2,59 Mio. Personen, 173 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote betrug damit 7,7 %.

In den **neuen Ländern** gab es 1,35 Mio. Arbeitslose (+ 26 000 gegenüber Vorjahr). Hier lag die Arbeitslosenquote bei 17,2 %.

Auch **Kurzarbeit** wurde verstkt genutzt, um Entlassungen infolge des Hochwassers zu vermeiden. Im Osten gab es Ende September 74 000 Kurzarbeiter, 35 000 mehr als Ende August und 49 000 mehr als ein Jahr zuvor. Im Westen stieg die Zahl der Kurzarbeiter – allerdings aus saisonalen und konjunkturellen Gründen – um 36 000 gegenr dem Vormonat bzw. um 53 000 gegenr dem Vorjahresmonat auf insgesamt 143 000. Zugleich hat das Angebot an **offenen Stellen** saisonbereinigt gegenüber August deutlich abgenommen (– 17 000, davon – 12 000 im Westen und – 5 000 im Osten). Im Vorjahresvergleich fiel es bundesweit um 65 000 geringer aus.

Die Zahl der **Erwerbstätigen** belief sich im Juli insgesamt auf 38,7 Mio. Dies waren 230 000 weniger als vor Jahresfrist (– 0,6%). Im Vergleich zum Vormonat hat sich die Erwerbstätigenzahl saisonbereinigt nur leicht (– 5 000) verringert. Maßgeblich hierfür war eine außergewöhnliche Zunahme der Zahl der Wehrdienstleistenden infolge der Reduzierung der Einberufungstermine von bisher sechs auf vier im Jahr 2002 (Wehrdienstleistende zählen in der Statistik zu den Erwerbstätigen).



6 Preise

Aufgrund der gedämpften Inlandsnachfrage und des scharfen Wettbewerbs ergeben sich in Deutschland zurzeit kaum Spielrme für Preisanhebungen. Lediglich von den wieder anziehenden **Rohölnotierungen** im Zusammenwirken mit einem zuletzt wieder etwas gesunkenen Euro-Kurs gingen preissteigernde Impulse aus. So waren die Rohöl-Weltmarktpreise zeitweilig (Ende September) ber 29 US-\$/Barrel gestiegen. Der Euro verbilligte sich gegenüber dem Dollar von Juli auf August um 1,5%.

Dies hat sich zunächst nur bei den **Einfuhrpreisen** ausgewirkt, die im August erstmals seit längeren wieder spürbar angezogen haben. Ohne Erdöl/Erdgas und Mineraloerzeugnisse gerechnet (die sich gegenüber dem Vormonat um 3,3 % bzw. 4,5 % verteuerten), wäre der Einfuhrpreisindex erneut deutlich gesunken. Im Vorjahresvergleich ergibt sich weiterhin ein stark abgesenktes Preisniveau, wobei auch der gestiegene Außenwert des Euro (August 2002 gegenüber August 2001 + 8,5%) eine Rolle gespielt hat.

Auf der **Erzeugerstufe** wurden in der Verlaufs betrachtung die Preisanhebungen für Mineraloerzeugnisse durch sinkende Preise für elektrischen Strom kompensiert. Damit ist das Preisniveau von Juli auf August konstant geblieben und im Vorjahresvergleich um 1,0 % gesunken.

Das Niveau der **Verbraucherpreise** blieb in den Sommermonaten alles in allem stabil. Der Preisindex für die Lebenshaltung war im Juli gegenüber dem Vormonat um 0,2 % angestiegen und sank in den beiden Folgemonaten jeweils um 0,1 %. Im September wurden steigende Preise für Heizol und Kraftstoffe durch Preisrückgänge bei Nahrungsmitteln und touristischen Dienstleistungen, die z. T. jahreszeitlich bedingt waren, wieder ausgeglichen. Gegenr September 2001 verteuerte sich die Lebenshaltung lediglich um 1,0 % (August + 1,1%). Auch der für europäische Zwecke harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) wies im August und im September mit jeweils + 1,0 % voraussichtlich wieder die niedrigste jährliche Teuerungsrate in der Euro-Zone auf.

7 Zinsen und monetäre Entwicklung

Nachdem die nominalen Anleiherenditen im Eurogebiet Ende September einen Jahrestiefstand erreicht hatten, sind sie im Oktober deutlich angestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Mitte September bei 4,38 % gelegen hatte, notierte Mitte Oktober bei 4,6 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich lagen Mitte

Oktober etwa auf dem gleichen Niveau wie Mitte September; der Dreimonats-Euribor notierte Mitte Oktober bei 3,3 %. Die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank sind unverändert. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt derzeit bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 % und die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %. Die EZB hat zuletzt am 8. November 2001 die Leitzinsen um 0,5 %-Punkte gesenkt.

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der **Geldmenge M 3** ist im Euroraum von Juni bis August 2002 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 7,1 % gefallen (Dreimonatsrate im Juli 7,3 %; Referenzwert 4,5 %). Das hohe Geldmengenwachs-

tum spiegelt nach wie vor zu einem großen Teil die Unsicherheit an den Finanzmärkten und die damit zusammenhängenden anhaltenden Um- schichtungen in liquidere Anlagenformen wider.

Im Euroraum stieg die auf ein Jahre hochgerechnete Wachstumsrate der **Kreditvergabe** an den privaten Sektor von 5,0 % im Juli auf 5,2 % im August leicht an. Diese Entwicklung scheint die Vermutung des Vormonats zu bestätigen, wonach die anhaltende Wachstumsabschwächung der letzten Monate bei der Vergabe von Krediten an den privaten Sektor einen Boden gefunden hat. Deutschland weist dieselbe positive Tendenz auf (+ 1,11 % im August nach + 0,86 % im Juli), allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.

Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems

(Gutachten des RWI Essen „Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems im Zeitablauf“)

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen die Verteilungswirkungen der Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer sowie der Kfz-bezogenen Steuern (das sind zusammen ca. 85 % des Steueraufkommens) untersucht. Im Vordergrund der Analyse steht eine Bestandsaufnahme zum Stichjahr 1998, die zugleich die Entwicklungslinien seit Anfang der Neunzigerjahre aufzeigt.

Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes der Theorie, des empirischen Instrumentariums und der verfügbaren Daten hat das Institut aufbauend auf dem empirisch robust handzuhabenden Destinatarprinzip praxisnah versucht, Aussagen zur Steuerpolitik im Sinne effektiver Inzidenz abzuleiten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die effektive Inzidenz der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung war.

Das RWI stellt u. a. fest, dass der Ausbau des Familienlastenausgleichs seit Mitte der Neunzigerjahre zu den bemerkenswertesten Entwicklungen der Gesetzgebung gehöre. Die Bundesregierung hat mit Übernahme der Regierungsverantwortung im Herbst 1998 als Ausdruck einer grundsätzlichen Neubewertung der Familienpolitik das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und die Steuerreform 2000 verabschiedet. Damit wurden die Weichen für eine Steuerpolitik zu Gunsten der Familien und kleiner und mittlerer Einkommen gestellt. Von besonderer Bedeutung sind die Anhebungen des Grundfreibetrages, die Senkungen des Eingangssatzes, die Erhöhungen des Kindergeldes und die Einführung eines neuen Freibetrages für den Betreuungs-, Erziehungs- oder

Ausbildungsbedarfs zusätzlich zum bestehenden Kinderfreibetrag.

Im Folgenden wird die Kurzfassung der RWI-Untersuchung als Beitrag zur aktuellen familien- und steuerpolitischen Diskussion im Wortlaut abgedruckt. Das Bundesministerium der Finanzen ist verantwortlich für die Problem- und Themenstellung; das RWI zeichnet verantwortlich für die durchgeführte theoretische und empirische Analyse sowie die steuerpolitischen Schlussfolgerungen.

1	Untersuchungsgegenstand, Problemstellungen, empirischer und analytischer Rahmen	37
2	Empirische Ergebnisse	38
2.1	Verteilungswirkungen der Einkommensteuer	38
2.2	Verteilungswirkungen der Mehrwertsteuer	41
2.3	Kfz-bezogene Steuern	41
2.4	Zeitliche Entwicklung	42
3	Steuerpolitische Schlussfolgerungen	42

1 Untersuchungsgegenstand, Problemstellungen, empirischer und analytischer Rahmen

Gegenstand der Studie, die demnächst in den RWI-Untersuchungen erscheint, sind die Verteilungswirkungen („Inzidenz“) dreier für das Abgabensystem sowohl quantitativ wie aufgrund ihrer Stellung im Steuersystem zentraler Komponenten: die persönliche Einkommensteuer, die Mehrwertsteuer und die Kfz-bezogenen Steuern. Betrachtet wird die Verteilung nach Einkommensschichten, sozialen Gruppen und Haushaltstypen.

Wichtigste Datenbasis sind Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1998. Daraus werden die direkten Belastungen durch die persönliche Einkommensteuer und die Kfz-Steuer unmittelbar ermittelt, während die indirekten Belastungen durch die Mehrwert- und die Mineralölsteuern anhand der Verbrauchsausgaben geschätzt werden. Der Zurechnung liegt

das so genannte Destinatarprinzip zugrunde, nach dem eine Steuer unabhängig von der Zahlungsverpflichtung den Wirtschaftseinheiten zugerechnet wird, die sie aus ökonomischer Sicht überwiegend zu tragen haben. Dabei wird jedoch nach einem Schwerpunktprinzip das Aufkommen einer Steuer in seiner Gesamtheit jeweils einem Sektor oder einer Aktivität zugeordnet. Beispielsweise werden Steuern auf den Verbrauch gemäß dem individuellen Konsum auf die Konsumenten verteilt. Dies stellt insofern eine Vereinfachung dar, als die Anpassungsreaktionen der Marktteilnehmer verhältnismäßig undifferenziert und unvollständig abgebildet werden. Zudem bleiben die so genannten Zusatzlastlasten, die durch die Ausweichreaktionen der Marktteilnehmer hervorgerufen werden, unberücksichtigt. Doch zeigt eine Auswertung der relevanten Literatur, dass für die Zwecke einer allgemeinen Darstellung die Verteilung nach dem Destinatarprinzip als hinreichend genaue Annäherung an die effektive Verteilung interpretiert werden kann.

2 Empirische Ergebnisse

2.1 Verteilungswirkungen der Einkommensteuer

Gemessen an der Zunahme der durchschnittlichen Belastung erscheint die Progression der Einkommensteuer beachtlich: Liegt sie für die Haushalte im untersten Zehntel der Einkommensverteilung bei etwas über 3 % bzw. 4 % des Nettoeinkommens, je nachdem ob das Kindergeld von der Einkommensteuer abgezogen wird oder nicht, so erreicht sie für die Haushalte im obersten Zehntel einen Anteil von 13 % bzw. 14,6 % (vgl. Tabelle). Trotz der Verdrei- bzw. Vervierfachung der relativen Belastung vom untersten zum obersten Zehntel erscheinen die Auswirkungen auf die Einkommensverteilung als moderat: Liegt das Verhältnis zwischen den Einkommen des obersten und des untersten Zehntels vor Steuern bei etwa 10:1, so ergibt sich nach Abzug der Einkommensteuer eine Relation von etwa 9:1. Ein ähnliches Bild liefert der Vergleich der Gini-Koeffizienten

der Einkommensverteilung vor und nach Steuern. Der Gini-Koeffizient selbst ist ein globales Maß der Ungleichheit einer Einkommensverteilung, das Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann, wobei der Extremwert 0 einer völligen Gleichverteilung der Einkommen, der Wert 1 einer Konzentration aller Einkommen auf einen einzigen Haushalt entspricht. In dem betrachteten Fall liegt der Gini-Koeffizient der Einkommen nach Steuern um lediglich 6 % unter dem der Einkommen vor Steuern.

Vertiefend werden drei aktuelle Themen zur Einkommensbesteuerung betrachtet: das Ehegatten-Splitting, der Familienleistungsausgleich sowie die Besteuerung von Vorsorgeleistungen und des Alterseinkommens.

Das in der Öffentlichkeit genannte Gesamtvolumen der durch das Ehegatten-Splitting bedingten Entlastungen in einer Größenordnung von ca. 20 Mrd. € ist insofern irreführend, als nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zwar eine Individualbesteuerung von Ehegatten mit dem Grundgesetz vereinbar wäre, aber gleichwohl das Existenzminimum der Ehepaare von der Besteuerung auszunehmen ist. Unter dieser Bedingung würden bei einem Übergang zur Individualbesteuerung höchstens 6,5 Mrd. € frei, die für die direkte Familienförderung eingesetzt werden könnten. Allerdings würden damit auch ältere Ehepaare belastet, die Kinder aufgezogen haben. Würde ihnen aus der Gründen der Billigkeit weiterhin die Möglichkeit des Splittings eingeräumt, dürfte je nach Abgrenzung dieser Gruppe der genannte Betrag deutlich niedriger ausfallen. Hinzu kommen weitere Reduzierungen aufgrund legaler Ausweichreaktionen wie der Übertragung gewinnbringender Vermögensanlagen auf den Ehepartner. Alles in allem wäre das Mehraufkommen bei einem Übergang zur Individualbesteuerung moderat. Bei Einsatz dieser Mittel für die Familienförderung fände in Anbetracht des hohen Anteils von teilzeitbeschäftigten Ehefrauen mit Kindern im Wesentlichen eine Umdeklarierung von Entlastungen bei den gleichen Familien statt sowie in sehr begrenztem Umfang eine

Die Einkommensbelastungen durch die Einkommen¹, die Mehrwert- und die Kfz-bezogenen Steuern im Überblick² 1998

Dezil ³	Haushaltsnettoeinkommen (HNE) vor Steuern ⁴	Einkommensteuer ⁵		Mehrwertsteuer		Kfz-bezogene Steuern ⁶	Abzüge insgesamt
		in DM pro Monat	in % des Haushalt nettoeinkommens (HNE)				
1	1 450	3,3	(4,1)	10,0	3,3	(1,6)	16,3
2	2 260	4,6	(6,1)	9,2	3,6	(2,1)	17,2
3	2 920	7,1	(8,8)	8,6	3,7	(2,3)	19,2
4	3 530	6,5	(8,4)	8,7	3,6	(2,3)	18,7
5	4 190	6,0	(8,4)	8,6	3,6	(2,3)	18,1
6	5 020	7,4	(10,1)	8,2	3,5	(2,3)	19,0
7	6 030	8,6	(11,3)	7,8	3,4	(2,2)	19,6
8	7 320	10,5	(13,1)	7,4	3,1	(2,0)	20,8
9	9 180	11,4	(13,7)	6,8	2,8	(1,8)	20,9
10	14 660	13,0	(14,6)	5,7	2,1	(1,3)	20,6
Alle Dezile	5 660	9,6	(11,8)	7,3	3,0	(1,9)	19,8
Gini-Koeffizient	0,3626	0,340	(0,340) ^a	0,347 ^a	0,351	(0,349) ^a	/
Änderung des Gini-Koeffizienten ⁷	/	- 6,3	(- 6,3)	- 4,3	- 3,2	(- 3,7)	- 3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998.

¹ Einkommensteuer abzüglich des Kindergeldes.
² Nur für die durch die EVS repräsentierten Haushalte.
³ Jedes Dezil umfasst ein Zehntel der Haushalte mit erstem Dezil als unterste Einkommensschicht.
⁴ HNE + Einkommensteuer ./. Kindergeld.
⁵ Ohne Klammern: Einkommensteuer ./. Kindergeld; in Klammern: nur Einkommensteuer.
⁶ Ohne Klammern: Kfz-bezogene Steuern insgesamt; in Klammern: nur von privaten Haushalten entrichtete Kfz- und Mineralölsteuern auf den direkten Kraftstoffverbrauch.
⁷ Änderung bis zur jeweiligen Spalte gegenüber dem Gini-Koeffizienten des HNE vor Steuern.
^a Gini-Koeffizient für das HNE vor Steuern abzüglich der bis zu der betreffenden Spalte genannten Abgaben.

Umverteilung von einkommensstarken zu einkommensschwachen Familien.

Inwieweit durch den Übergang zu einer Individualbesteuerung Leistungsanreize freigesetzt würden, ist empirisch offen. Im Übrigen können auch im Rahmen des Splitting-Verfahrens steuerliche Leistungsanreize für Zweitverdiener geschaffen werden, etwa durch einen besonderen Freibetrag für Zweitverdiener, wie er beispielsweise im luxemburgischen Einkommensteuergesetz besteht.

Der Ausbau des Familienleistungsausgleichs gehört zu den bemerkenswertesten Entwicklungen der Gesetzgebung seit Mitte der Neunzigerjahre. Den Anstoß dazu gab zwar ein Beschluss

des Bundesverfassungsgerichts, doch dürfte die nachfolgende Gesetzgebung auch Ausdruck einer Neubewertung der Familienpolitik sein. Verteilungspolitisch bedeutet die Neuordnung des Familienleistungsaugleichs mit dem Kindergeld als primärer Leistung und der steuerlichen Entlastung nur in den Fällen, in denen sie im Rahmen der Freistellung des Existenzminimums der Familie erforderlich ist, eine insgesamt regressive, d. h. eine relativ zum Einkommen abnehmende Entlastung der weit überwiegenden Zahl der Familien (vgl. Schaubild). Danach liegt die relative Entlastung bis in mittlere Einkommensbereiche hinein für Familien mit minderjährigen Kindern in einer Größenordnung von 8 % des Nettoeinkommens und stellt somit mehr als eine symbolische Anerkennung der Leistungen der Familien dar, ohne

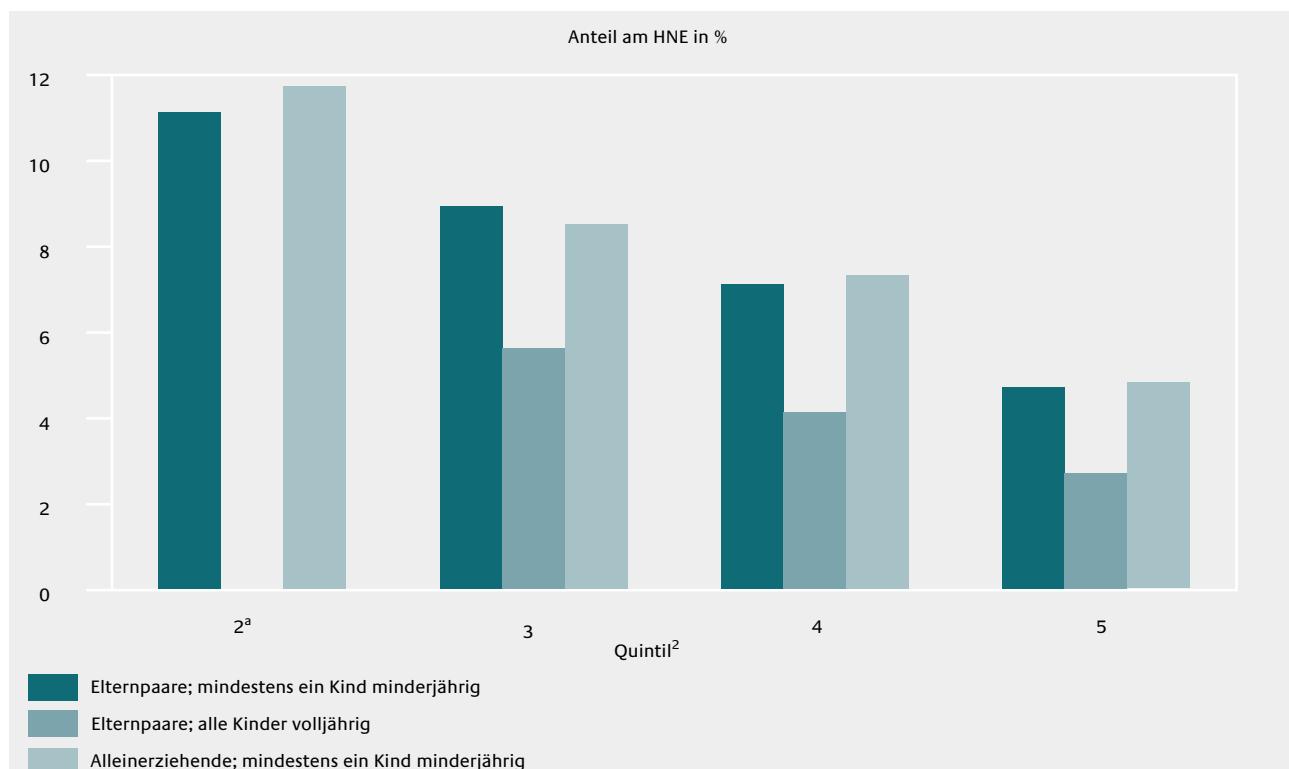
jedoch einen materiellen Ausgleich zu bieten. Indessen sollten die Begrenzungen einer monetären Förderung der Familien nicht übersehen werden, die weniger mit fiskalischen Restriktionen zu tun haben als mit gesellschaftlichen Werten.

Die verfassungsrechtliche Problematik der zurzeit noch bestehenden Regelungen zur Besteuerung der Alterseinkünfte in Deutschland resultiert aus dem Widerspruch der Prinzipien der Besteuerung von Renten und von beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen. Für sich genommen erscheinen zwar beide Prinzipien gemäß den zugrunde liegenden Rechtsfiktionen als folgerichtig, doch verstößt das Ergebnis insgesamt wegen des unterschiedlichen Ausmaßes der Besteuerung gegen das Gleichheitsgebot nach Artikel 3 Grundgesetz, da es sich bei beiden Systemen ungeachtet

ihrer unterschiedlichen Begründung um umlagefinanzierte Alterssicherungen handelt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6. März 2002 verpflichtet daher den Gesetzgeber zu einer Neuordnung, bei der die Regelungen zur Besteuerung von Aufwendungen für die Alterssicherung und die der Alterseinkommen so aufeinander abzustimmen sind, dass unter Beachtung des Gleichheitssatzes eine doppelte Besteuerung vermieden wird.

Als nahe liegende verfassungsgemäße Alternative zum bisherigen System bietet sich die so genannte nachgelagerte Besteuerung von Beiträgen zur Altersvorsorge an. Diese werden bei Einzahlung von der Steuer freigestellt, die Altersbezüge hingegen der Besteuerung unterworfen. Einen Eindruck vom Umfang der dann notwendig

Anteil des Kindergeldes am HNE¹ nach Haushaltstyp und Einkommensschicht



¹ Einbezogen sind nur die Empfänger von Kindergeld.

² Jedes Quintil entspricht einer Einkommensschicht von einem Fünftel der Haushalte mit dem ersten Quintil als unterster Einkommensschicht.

Wegen der geringen Anzahl der Familien im ersten Quintil werden die Ergebnisse für das zweite bis fünfte Quintil ausgewiesen.

^a Ausweis für Elternpaare mit volljährigen Kindern entfällt im zweiten Quintil, da diese Gruppe in der EVS mit weniger als 100 Fällen vertreten ist.

gen Umstellungen vermittelt die Rechnung, nach der eine sofortige Freistellung der Beiträge zur Altersvorsorge durch Abschaffung der bisherigen Höchstbeträge eine Gegenfinanzierung im Volumen von 24 Mrd. € erforderte. Dieses Volumen könnte zunächst nur zu einem Teil durch die Besteuerung von Renten gedeckt werden, da diese aus Gründen des Vertrauenschutzes erst nach und nach in die Besteuerung einbezogen werden können.

2.2 Verteilungswirkungen der Mehrwertsteuer

In der Öffentlichkeit wird nicht nur die Progressionswirkung der Einkommensteuer, sondern ebenso die Regressivität der Mehrwertsteuer überschätzt, obgleich seit langem empirische Untersuchungen vorliegen, die dieser Vorstellung widersprechen. Auch in der vorliegenden Untersuchung wird eine nur moderate Regressivität festgestellt. Wird das unterste Zehntel der Haushalte durch die Mehrwertsteuer mit etwa 10 % ihres Nettoeinkommens belastet, liegt die relative Belastung für das oberste Zehntel bei unter 6 % (siehe Tabelle S. 39). Gemessen an den Änderungen des Gini-Koeffizienten wird durch die Regressivität der Mehrwertsteuer etwa ein Drittel der Progressivität der Einkommensteuer ausgeglichen; ohne die Ermäßigungen für Nahrungsmittel und die Freistellung von Wohnungsmieten ergäbe sich sogar eine Kompensation von 50 %. Dieser Befund spricht dafür, aus verteilungspolitischen Gründen die genannten Entlastungen beizubehalten. Die übrigen Ermäßigungen und Befreiungen nach dem Umsatzsteuergesetz sind demgegenüber verteilungspolitisch neutral.

In der Öffentlichkeit wird die Mehrwertsteuer nicht nur aus allgemeinen verteilungspolitischen Gründen, sondern auch mit Blick auf die Belastung der Familien als problematisch angesehen. Dabei wird unterstellt, dass bei gegebenem Einkommen Familien mehr konsumieren als Kinderlose. Tatsächlich lässt eine Untersuchung anhand der Daten der EVS weder eine mit der Zahl der

Kinder zunehmende relative Belastung durch die Mehrwertsteuer erkennen noch sind Unterschiede zwischen Familien und anderen Mehrpersonenhaushalten auszumachen. Dieser auf den ersten Blick überraschende Befund verweist darauf, dass zwar eine Entscheidung für eine Familie einen Verzicht auf Möglichkeiten des materiellen Konsums mit sich bringt, aber die Belastung durch die Mehrwertsteuer keine weitere Facette der daraus resultierenden familienpolitischen Problematik darstellt. Folglich bieten Modifikationen der Mehrwertsteuer keine geeigneten Ansatzpunkte der Familienförderung.

2.3 Kfz-bezogene Steuern

Für die Kfz-bezogenen Steuern wurde naturgemäß ein Kontrast zwischen motorisierten und nicht motorisierten Haushalten festgestellt. Zwar besteht in beiden Fällen ein regressiver Verlauf der relativen Belastungen des Einkommens, doch ist dieser für die motorisierten Haushalte weit stärker ausgeprägt als für die nicht motorisierten. Werden beide Gruppen zusammengefasst, entsteht hingegen der Eindruck eines bogenförmigen Verlaufs der Belastungen (siehe Tabelle S. 39), weil im untersten Einkommensbereich der Anteil der nicht motorisierten Haushalte überwiegt und mit steigendem Einkommen rasch abgebaut wird. Durch die Zusammenfassung wird also verdeckt, dass motorisierte Haushalte mit geringem Einkommen einer durchaus spürbaren Belastung ausgesetzt sind: Während die Durchschnittsbelastung des nach dem Einkommen untersten Zehntels der Haushalte unter Einschluss der indirekten Belastungen der Konsumenten durch die Kfz-bezogenen Steuern der Unternehmen im Durchschnitt bei etwa 3,5 % des Nettoeinkommens liegt, ergibt sich für die motorisierten Haushalte dieser Einkommensschicht eine Belastung von etwa 7,5 %; die nicht motorisierten Haushalte dieser Einkommensschicht sind hingegen nur mit rund 1,5 % ihres Einkommens belastet, die daraus resultieren, dass die bei Produktion und Distribution der Güter anfallende Mineralöl- und Kfz-Steuer an die Endverbraucher weitergegeben wird.

2.4 Zeitliche Entwicklung

Für die Betrachtung der Inzidenz im Zeitablauf konnte sowohl auf der aggregierten wie auf der individuellen Ebene eine unerwartet ausgeprägte Kontinuität seit Beginn der Neunzigerjahre festgestellt werden. Zwar sind – insbesondere bei einer Betrachtung der Änderungen im Steuerrecht – Tendenzen zur Verlagerung von der Einkommen- zu der Mehrwertsteuer und den Kfz-bezogenen Steuern sowie Aufbesserungen der Familienförderung nicht zu erkennen, doch bewegen sich diese in Größenordnungen von wenigen Prozentpunkten. Zudem werden die Entwicklungen der Belastungen durch Abgaben von der Dynamik der marktbestimmten Einkommen dominiert. Bemerkenswert ist hierbei die relativ gleichmäßige Entwicklung der durchschnittlichen Erwerbseinkommen über alle Einkommensschichten.

Allerdings wurde anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels auch festgestellt, dass selbst in dem relativ kurzen Beobachtungszeitraum von 1993 bis 1998 etwa 5 % der in die Stichprobe einbezogenen Erwerbstätigen in der Einkommenshierarchie um mehr als ein Quintil abgestiegen und im Durchschnitt einen Verlust des Erwerbseinkommens in der Größenordnung von über 40 % hinzunehmen hatten. Auch wenn ein Teil dieser Abstiege geplant und gewollt war – z. B. im Zusammenhang mit der Bildung einer Familie oder bei einer altersbedingten Einschränkung der Erwerbstätigkeit – deutet dies auf einen möglichen Handlungsbedarf hin, der allerdings weniger die Steuer- als die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik betrifft.

3 Steuerpolitische Schlussfolgerungen

Das vorliegende Gutachten diente in erster Linie der Bestandsaufnahme des bestehenden Systems. Für jede der drei betrachteten Steuern – der Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer und den Kfz-bezogenen Steuern – wurden zwar Problembereiche benannt, aber es wurde auch aufgezeigt, dass einige in der öffentlichen Diskussion aufge-

worfene Fragen sich bei näherem Hinsehen als zweitrangig erweisen.

Beherrschendes Thema bei der Einkommensteuer dürfte in den nächsten Jahren die Neuordnung der steuerlichen Behandlung von Altersvorsorgeleistungen und Alterseinkünften sein. Insgesamt bietet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Chance, die unverständlichen und inkonsistenten Regelungen durch ein transparentes und konsistentes Regelwerk abzulösen. Wegen des Volumens der umzuschichtenden Beiträge in einer Größenordnung von deutlich über 20 Mrd. € wird der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung nicht einfach sein und lässt sich wohl nur über einen längeren Zeitraum realisieren.

Die Mehrwertsteuer darf als eine insgesamt unproblematische Steuer gelten. Das von Finanzwissenschaftlern gesehene Problem der „Preisverschmutzung“ aufgrund der Steuerbefreiungen und des damit verbundenen Wegfalls des Vorsteuerabzugs scheint keine ernsthaften Verzerrungen der Allokation hervorzurufen. Daher sollte in dieser Frage administrativen Gesichtspunkten der Vorrang eingeräumt werden. Für die Beibehaltung der Ermäßigung für Lebensmittel und der Befreiung von Wohnungsmieten spricht deren verteilungspolitische Bedeutung, da ohne diese Regelungen die Regressivität der Mehrwertsteuer etwa die Hälfte der Progressionswirkung der Einkommensteuer kompensieren würde, mit diesen Regelungen jedoch nur etwa ein Drittel. Doch spricht wenig gegen eine Neuordnung dieses Komplexes. So dürfte es den Bürgern schwer zu vermitteln sein, dass sowohl Lebensmittel als auch medizinische Hilfsmittel mit dem ermäßigten Satz besteuert und ärztliche Dienstleistungen sogar freigestellt werden, Medikamente hingegen dem vollen Satz unterliegen.

Das gegenwärtige Hauptproblem der Kfz-bezogenen Steuern dürfte darin liegen, dass die Meinungen zur Notwendigkeit einer stärkeren Besteuerung der Pkw-Nutzung noch polarisiert

sind. Dies ist in erster Linie ein politisches Problem, das allerdings lösbar erscheint, wenn klar gestellt wird, dass einerseits Mobilität ein Stück Lebensqualität bedeutet, und andererseits die Umwelt nicht zum Nulltarif verbraucht werden sollte.

Eine zweite Frage betrifft das von Ökonomen kritisierte Nebeneinander von Kfz-Steuer und Mineralölsteuer. Von einem instrumentellen Gesichtspunkt spricht wenig für die Beibehaltung der Kfz-Steuer, doch genügt ein Blick in die Prospekte der Pkw-Anbieter, um zu erkennen, dass den in den Neunzigerjahren vorgenommenen Modifikationen zugunsten umweltschonender Motoren eine nicht zu vernachlässigende

Bedeutung als Mittel der Umweltpolitik zukommt.

Bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung wurden einerseits beachtliche Anpassungen sichtbar – so auf dem Gebiet der Familienpolitik –, andererseits aber auch verschiedene Restriktionen und die daraus resultierenden Kontinuitäten. Darin spiegelt sich die Erfahrung, die Max Weber in seinem Essay „Der Beruf zur Politik“ formuliert hat: „Die Politik bedeutet ein starkes und langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Aus dieser Sicht schneidet nach den hier vorgelegten Befunden die deutsche Steuerpolitik der letzten zehn Jahre keineswegs schlecht ab.

Insolvenzen und Unternehmensneugründungen in Deutschland

1 Einleitung	45
2 Neues Insolvenzrecht zeigt Wirkung: „zweite Chance“ für Verbraucher und Unternehmen	45
3 Entscheidend aus volkswirtschaftlicher Sicht: Gründungsgeschehen weiterhin positiv	48
4 Fazit	49

1 Einleitung

Das Statistische Bundesamt hat im vergangenen September die Insolvenzzahlen für das erste Halbjahr 2002 mitgeteilt. Demnach wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 39 700 Insolvenzfälle von den deutschen Amtsgerichten gemeldet. 18 500 Insolvenzen fielen davon auf Unternehmen, der Rest auf Verbraucher (überschuldete Privathaushalte), andere natürliche Personen und Nachlässe. Damit setzt sich der bereits seit Anfang der 90er-Jahre zu beobachtende Aufwärtstrend der Insolvenzzahlen offensichtlich auch im Jahr 2002 fort. In zahlreichen Kommentaren wurden diese Informationen pauschal als Zeichen für eine dramatische Pleitewelle gewertet. Es zeigt sich aber, dass bei der Interpretation der Insolvenzzahlen eine differenzierende Betrachtung erforderlich ist. Für das relativ hohe Niveau der Insolvenzen in Deutschland gibt es eine Reihe plausibler Erklärungen. Diese verdeutlichen, dass ein merklicher Teil der Insolvenzen – vor allem wegen des von der Bundesregierung novelierten Insolvenzrechts – gesamtwirtschaftlich weit weniger negativ zu beurteilen ist, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Außerdem bestehen im Zusammenhang mit der zu erwartenden konjunkturellen Erholung gute Perspektiven für eine Entspannung der Situation.

2 Neues Insolvenzrecht zeigt Wirkung: „zweite Chance“ für Verbraucher und Unternehmen

Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten haben sich die Verbraucherinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahrs um fast 50 % erhöht. Dieser extreme Anstieg erklärt sich aber vor allem aufgrund eines Ankündigungseffektes: Nachdem die Bundesregierung bereits im Jahr 1999 die Möglichkeit der Entschuldung für Verbraucher durch eine grundlegende Reform des Insolvenzrechts deutlich vereinfacht hatte, kündigte sie im Jahr 2001 weitere Erleichterungen für die Insolvenzverfahren von in Not geratenen Verbrauchern an. Diese Maßnahmen – insbesondere eine Verkürzung der Wohlverhaltensphase von sieben auf sechs Jahre sowie die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten – sind zum 1. Dezember 2001 in Kraft getreten. Dies hat viele überschuldete Privathaushalte bewogen abzuwarten und die Antragstellung auf das Jahr 2002 zu verschieben. Sie machen von der „zweiten Chance“, die ihnen die Bundesregierung mit dem neuen Insolvenzrecht gegeben hat, nun Gebrauch. Das neue Recht eröffnet ihnen eine echte Perspektive für einen Neubeginn.

Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat im ersten Halbjahr des Jahres 2002 zugenommen (ca. 18 500). Diese Zahl ist jedoch nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar. Denn das neue Insolvenzrecht ist nicht nur für die Entwicklung der Verbraucher-, sondern auch der Unternehmensinsolvenzen von großer Bedeutung. Mit dem neuen Recht wurden marktkonforme Rahmenbedingungen für die Entscheidung über Liquidation oder Sanierung eines Unternehmens hergestellt und damit die dem alten Insolvenzrecht eigene Tendenz zur Zerschlagung beseitigt. Damit wurde insbesondere der Anteil mangels Masse abgewiesener Insolvenzverfahren verringert und so die Chance auf den Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze vergrößert. Die aktuelle statistische Entwicklung bestätigt dies: Waren 1998 noch 72 %

aller Insolvenzanträge von Unternehmen abgelehnt worden, weil die Kosten des Verfahrens nicht aufgebracht werden konnten, waren es 2001 nur noch 54 %.

Damit hat das neue Insolvenzrecht die vom Gesetzgeber gewollte und ökonomisch vernünftige Wirkung: Es wird häufiger als in der Vergangenheit eine marktwirtschaftlich sinnvolle Insolvenzbewältigung ermöglicht. Die Unternehmen können wirtschaftliche Lösungen finden, die zum Beispiel durch Neugründungen oder Unternehmensumwandlungen, eine Fortführung des Gewerbes und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglichen. In der offiziellen Insolvenzstatistik wirken sich diese Änderungen der Insolvenzordnung naturgemäß durch einen höheren Ausweis an Unternehmensinsolvenzen – insbesondere bei Einzelunternehmern und Angehörigen Freier Berufe – aus. Dieser Ausweis wird bei undifferenzierter Betrachtung rasch als Ausdruck einer vermeintlichen Schwäche des Standorts Deutschlands ausgelegt.

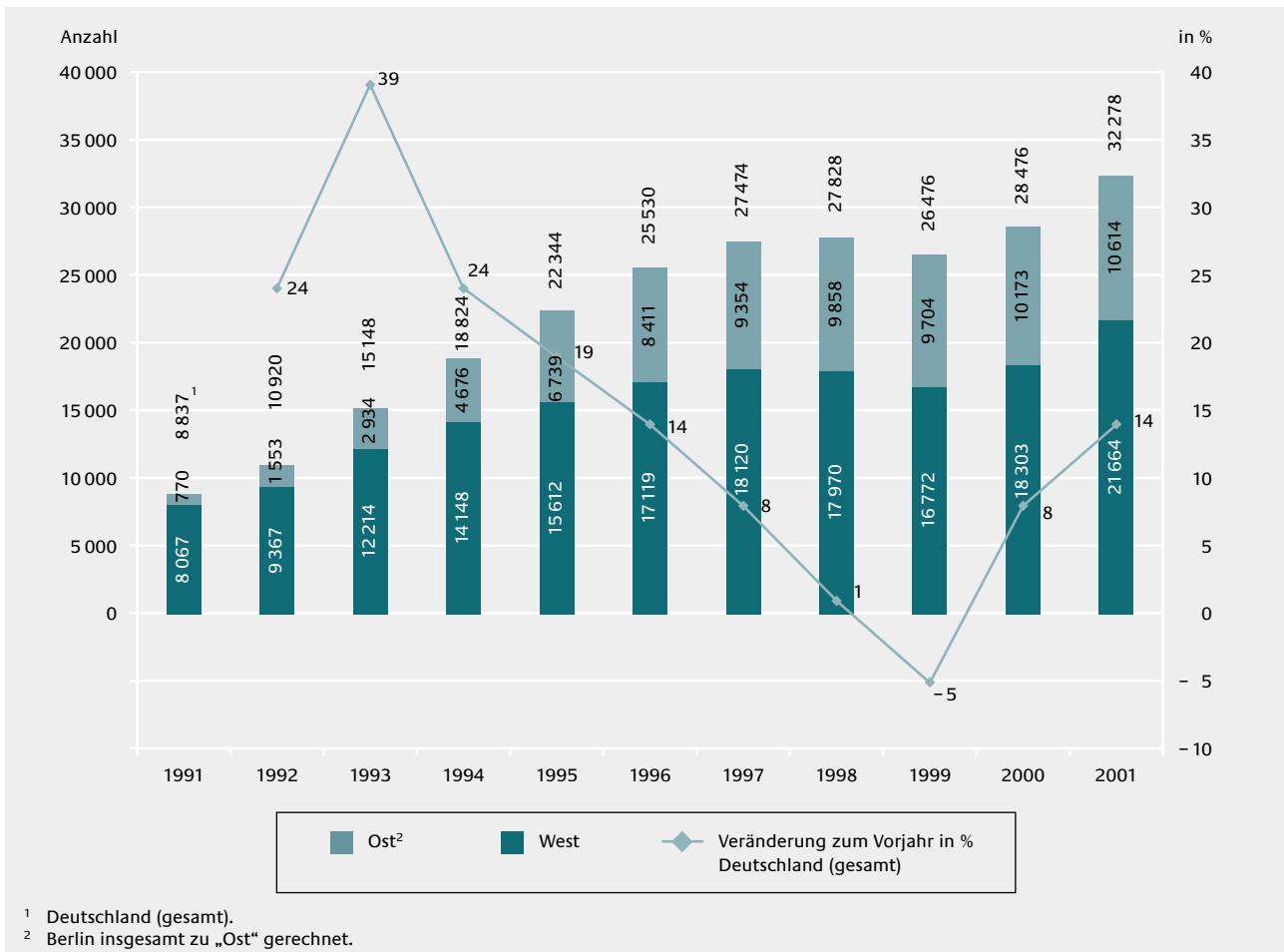
Dort wo ein Vergleich der Zahlen der Unternehmensinsolvenzen mit den Vorjahren möglich ist – nämlich bei den Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften – ergibt sich ein Anstieg im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um ca. 10 % auf knapp 11 700 Fälle. Ein solcher Anstieg ist charakteristisch für eine konjunkturelle Abschwungphase und insbesondere das Ende einer „konjunkturellen Durststrecke“. Weil entstehende Belastungen – wie höhere Kosten oder geringere Absätze – von manchen Unternehmen nicht über längere Zeit getragen werden können, kommt es verstärkt zu Insolvenzen. Dabei war der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002 deutlich geringer als der Anstieg der Unter-

nehmensinsolvenzen in den Jahren des konjunkturrellen Abschwungs Anfang der 90er-Jahre. Im Jahr 1993 waren die Unternehmensinsolvenzen sogar um 39 % gestiegen (vgl. Abbildung S. 49).

Meldungen von einer „nie da gewesenen Pleitewelle“ können vor diesem Hintergrund nicht nachvollzogen werden. Dies gilt insbesondere, da Deutschland am Beginn eines Aufschwungs steht, der – trotz aller bestehenden weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – im Urteil aller Experten im kommenden Jahr an Stärke und Breite gewinnen wird. Die damit einhergehende Verbesserung der Ertrags- und Absatzperspektiven wird sich nicht nur auf die Gründung neuer, sondern auch die Konstitution bestehender Unternehmen positiv auswirken und so zur Vermeidung von Insolvenzen beitragen.

Positiv für die Gesamtheit der neuen Länder ist, dass sich der rasante Anstieg der Unternehmensinsolvenzen der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung in den letzten Jahren nicht mehr fortgesetzt hat. Bis einschließlich 1997 ergaben sich – trotz abnehmender Tendenz – jährlich zweistellige Zuwachsrate (im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 sind die Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern jährlich um 44 % angestiegen). Der strukturelle Anpassungsprozess auf dem Unternehmenssektor im Osten Deutschlands milderte sich dann jedoch deutlich ab. 1999 konnte erstmals eine Reduzierung der Anzahl der Unternehmensinsolvenzen festgestellt werden. Seitdem weisen die neuen Länder – konjunkturell bedingt – zwar positive, jedoch geringe Steigerungsraten bei den Unternehmensinsolvenzen auf (im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2001 sind die Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern jährlich um weniger als 3 % angestiegen).

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



Anzahl der Unternehmensinsolvenzen

	Unternehmensinsolvenzen in Deutschland										
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Absolute Zahlen											
West	8 067	9 367	12 214	14 148	15 612	17 119	18 120	17 970	16 772	18 303	21 664
Ost ¹	770	1 553	2 934	4 676	6 739	8 411	9 354	9 858	9 704	10 173	10 614
Deutschland (gesamt)	8 837	10 920	15 148	18 824	22 344	25 530	27 474	27 828	26 476	28 476	32 278
Veränderung zum Vorjahr in %											
West	k. A.	16	30	16	10	10	6	-1	-7	9	18
Ost ¹	k. A.	102	89	59	44	25	11	5	-2	5	4
Deutschland (gesamt)	k. A.	24	39	24	19	14	8	1	-5	8	14

¹ Berlin insgesamt zu „Ost“ gerechnet.

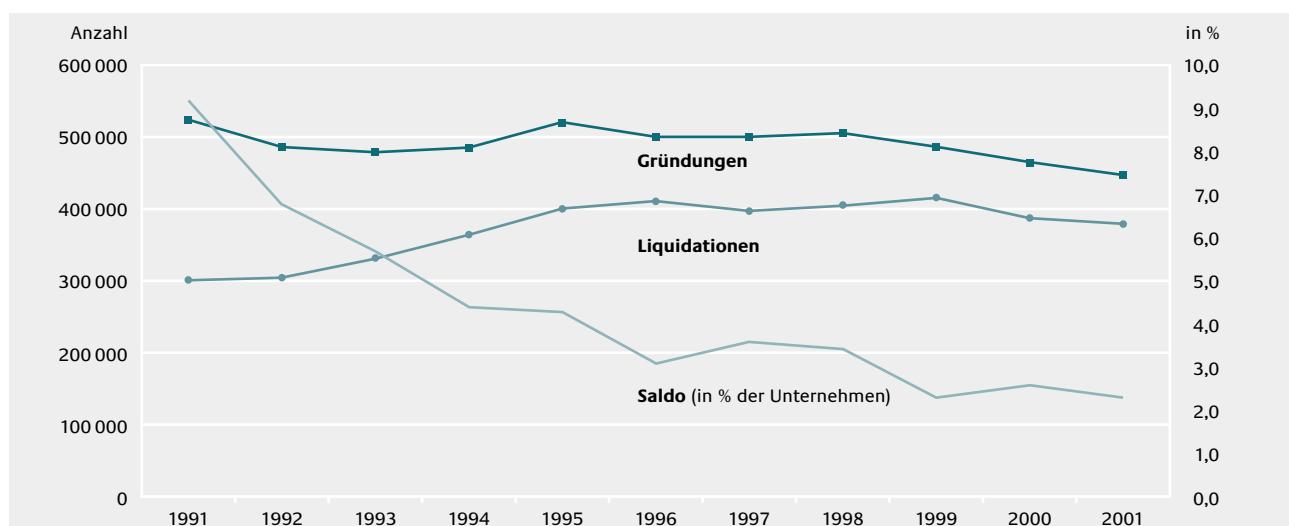
3 Entscheidend aus volkswirtschaftlicher Sicht: Gründungsgeschehen weiterhin positiv

Für die Beurteilung der Unternehmensentwicklung in einer Volkswirtschaft ist aber nicht allein die Zahl der Insolvenzen maßgeblich, sondern das Gründungsgeschehen insgesamt – also der Vergleich von Neugründungen und Liquidationen. Dabei sind Liquidationen aus Anlass der Insolvenz nur ein kleiner Bruchteil der Liquidationen insgesamt. Liquidationen sind in der sozialen Marktwirtschaft genau wie Neugründungen Voraussetzung und Ergebnis von Wachstumsdynamik und Strukturwandel. Der Übergang von bestehenden in neue, zukunftsfähige Strukturen ist daher grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Unternehmen müssen in diesem Prozess zugleich agieren und reagieren. Eine Marktwirtschaft ist deshalb durch einen ständigen Anpassungsprozess gekennzeichnet: Ineffiziente Unternehmen verlieren Marktanteile und scheiden möglicherweise aus dem Markt aus, effizienter arbeitende

Unternehmen können ihre Marktanteile erhöhen bzw. neu in den Markt eintreten. Von entscheidender Bedeutung ist damit der Saldo aus Gründungen und Liquidationen: und der ist weiterhin deutlich positiv. Im Jahr 2001 standen in Deutschland 455 000 Gründungen 386 000 Liquidationen gegenüber (Saldo: +69 000). Für das laufende Jahr ist mit einem Saldo in vergleichbarer Größenordnung zu rechnen (vgl. auch Abbildung unten).

Damit der Saldo auch weiterhin positiv bleibt und nachhaltig zunimmt, ist es zentrale Aufgabe für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, Raum für private Initiative und insgesamt ein positives Klima für Innovationen sowie neue und bestehende Unternehmen zu schaffen. Die Bundesregierung hat in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren Beachtliches zuwege gebracht. Gerade mit ihren finanzpolitischen Reformen – also insbesondere mit der Einleitung der Konsolidierung des Bundeshaushalts und den spürbaren Steuerentlastungen – hat sie die Finanzierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen erheblich

Unternehmensgründungen, -liquidationen und -saldo¹ Deutschland 1991 bis 2001



¹ Differenz zwischen Gründungen und Liquidationen in % der Unternehmen; Daten beschränkt vergleichbar, da Saldo aus Statistik der Gewerbeanzeigen, Zahl der Unternehmen aus Statistik der Umsatzsteuer.
Quelle: Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

erweitert. Die Steuerentlastungen ermöglichen den Unternehmen höhere Netto-Gewinne und erleichtern auf diesem Weg die notwendige Bildung von Eigenkapital.

4 Fazit

Die im Moment relative hohe Zahl der Insolvenzen ergibt sich zum großen Teil als übliche Spätfolge der vorangegangenen konjunkturellen Abschwächung und aus der Modernisierung des Insolvenzrechts. Die Bundesregierung hat das Ihre getan, um die Rahmenbedingungen für alle Un-

ternehmen und Verbraucher möglichst günstig zu gestalten und langfristig verlässlich aufrecht zu erhalten. Sie hat mit ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Reformkurs – auch nach Ansicht nationaler und internationaler Institutionen wie dem Sachverständigenrat oder der OECD – die Voraussetzungen für eine schnelle Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland erheblich verbessert. Diesen Reformkurs wird die Bundesregierung in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Die beiden bereits für die Jahre 2004 und 2005 beschlossenen Stufen der Steuerreform sind hierbei ein zentrales Element.

Nachhaltigkeit als Herausforderung der Finanzpolitik in föderalen Staaten

Ergebnis der hochrangigen Arbeitsgruppe auf Fachebene „Föderalismus und Subsidiarität“ im Rahmen des Dreiertreffens zwischen Österreich, Schweiz und Deutschland

1 Allgemeines	51
2 Inhaltliche Ausgestaltung nachhaltiger Finanzpolitik	52
3 Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs	53
4 Institutionelle und innerstaatliche Rahmenbedingungen	53
4.1 Deutschland	54
4.2 Österreich	54
4.3 Schweiz	55
5 Schlussbemerkung	56

1 Allgemeines

Bei der nachfolgenden Veröffentlichung handelt es sich um ein gemeinsames Papier der Arbeitsgruppe „Föderalismus und Subsidiarität in Europa“, die sich mit den Erfahrungen und Ansätzen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zu diesem Thema befasst.

Eine nachhaltige Strategie verfolgt das primäre Ziel, nicht nur über kurze Zeit, sondern langfristig bzw. generationenübergreifend eine wirtschaftlich leistungsfähige, finanziell tragfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung sicherzustellen. Angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Herausforderungen und der internationalen Verflechtung hat das Thema „Nachhaltigkeit“ auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen an Bedeutung gewonnen.

Der Europäische Rat von Lissabon hat sich im März 2000 als Ziel gesetzt, dass die Europäische

Union durch ein ehrgeiziges Reformprogramm bis zum Jahr 2010 der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum in der Welt wird. Im Rahmen dieses Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sind für eine nachhaltige Politik folgende Ziele prioritätär:

- Sicherstellung einer nachhaltigen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Entwicklung.
- Förderung des Übergangs zur wissensbasierten Gesellschaft: Förderung der Forschung und Entwicklung; Nutzung neuer Technologien.
- Reformen der Steuer- und Transfersysteme sowie Erhöhung der Investitionen in das Sach- und Humankapital zur Stärkung der Wachstums- und Beschäftigungseffekte der öffentlichen Haushalte.
- Verbesserung der aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu verbessern und die Chancengleichheit in allen ihren Aspekten zu fördern.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich bereits auf der Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1992 in Rio de Janeiro zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt und sich mit der Agenda 21 ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert gegeben. Darin werden die unterzeichneten Staaten aufgefordert, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln.

Der Finanzpolitik kommt mit ihren vielfältigen politischen und ökonomischen Implikationen besondere Bedeutung bei der Erarbeitung einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie zu. Dazu gehört vor allem die dauerhafte Sicherung der haushaltspolitischen Handlungsfähigkeit. Bei einem hohen Niveau der Staatsverschuldung und angesichts wachsender Zinsbelastungen gerät diese Handlungsfähigkeit in Gefahr. Neben einer Begrenzung der Staatsverschuldung ist die Qualität des Budgets von entscheidender Bedeutung für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik.

Föderalistisch aufgebaute Staaten wie Österreich, Schweiz und Deutschland müssen neben der inhaltlichen Ausgestaltung einer nachhaltigen Finanzpolitik insbesondere die Implementierung entsprechender Konzepte auf den verschiedenen staatlichen Ebenen bewältigen.



2 Inhaltliche Ausgestaltung nachhaltiger Finanzpolitik

Für die inhaltliche Ausgestaltung nachhaltiger Finanzpolitik können für Österreich, Schweiz und Deutschland fünf Schwerpunkte und deren mögliche Elemente als verbindend angesehen werden:

(1) Formulierung einer langfristig angelegten Gesamtstrategie zur Bewältigung der alterungsbedingten Belastungen

- Konsequente Reduzierung der öffentlichen Schuldenquote und Erhöhung budgetärer Spielräume;
- Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbstätigengquote, insbesondere bei älteren Personen und bei Frauen;
- Reformen der Sozialversicherungssysteme, insbesondere in den Bereichen Pensionen und Gesundheit;
- Anhebung des Wachstumspotenzials durch Reformen der Produkt- und Faktormärkte sowie des Bildungssystems.

(2) Fortgesetzte Stabilitätsorientierung

- Zielsetzung eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts über einen Konjunkturzyklus; Schaffung von Spielraum für langfristige Herausforderungen an die öffentlichen Haushalte (z. B. Alterung der Bevölkerung,

Gesundheitssystem); verstärkte Kontrolle der Ausgabenseite; Verbesserung der Ergiebigkeit des Steuersystems (Bekämpfung der Steuerumgehung, Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen);

- Wahrung eines angemessenen Gleichgewichts zwischen stabilitätsorientierten Haushaltszielen, Schuldenrückführung, Steuersenkungen und Zukunftsinvestitionen.

(3) Sicherung einer niedrigen Steuer- und Abgabenbelastung

- Sicherung einer niedrigen Steuerbelastung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und der Kaufkraft der privaten Haushalte;
- Beschleunigung von Reformen im Steuer- und Transferbereich zur Verbesserung von Beschäftigungsanreizen, insbesondere durch Abbau von Armut- und Beschäftigungsfallen;
- Begrenzung der Lohnnebenkosten.

(4) Stärkung zukunftsorientierter Bereiche der Finanzpolitik

- Stärkung der Investitionen in zukunftsfähiges Sach- und Humankapital;
- Förderung von Bildung und Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung;
- Langfristige Sicherung der Staatseinnahmen;
- Konzepte der Familienförderung;
- Umschichtung von passiver zu aktiver Arbeitsmarktvermittlung;
- Verstärkung der Gesundheitsvorsorge;
- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für private Investitionen in Zukunftsbereiche.

(5) Berücksichtigung des Aspekts der ökologischen Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik

- Überprüfung und ggf. Umgestaltung oder Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen;
- Internalisierung externer Kosten von Umweltbelastung.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der Begriff einer nachhaltigen Finanzpolitik doppelseitig anlegen. Auf der einen Seite sollte ein klarer ausgabenseitiger Konsolidierungskurs der zentrale Ansatz zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit sein. Parallel zu der Konsolidierung der Staatsfinanzen muss die Bedeutung einer Verbesserung der Qualität des Budgets zunehmen und hierfür geeignete Kriterien entwickelt werden.

3 Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs

Zur Operationalisierung des Begriffs finanzielle Nachhaltigkeit bietet sich die Entwicklung der Staatsdefizitquote als Indikator für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Sinne einer nachhaltigen Konsolidierung an.

Sie berücksichtigt sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des Budgets. Bund, Länder und Kommunen sowie die Sozialversicherung sind eingeschlossen. Es besteht ein direkter Bezug zur finanziellen Handlungsfähigkeit eines Staates.

Schwieriger gestaltet sich die Operationalisierung der „Qualität des Budgets“. Aufgrund zahlreicher Unterschiede in Deutschland, Österreich und der Schweiz wird sich das Vorgehen hier voraussichtlich nicht weit gehend harmonisieren lassen und Gegenstand länderspezifischer Überlegungen sein. Hier kann in einem ersten Schritt eine Einordnung der Ausgaben nach zeitlichen Kriterien (z. B. Pensions- und Zinszahlungen als vergangenheitsbezogene Ausgaben, Sicherheit und Justiz als gegenwartsbezogene Ausgaben und Investitionen in Infrastruktur sowie Ausgaben für Familienförderung als zukunftsbezogene Ausgaben) in Betracht gezogen werden.

Die Beurteilung der Qualität des Budgets darf sich nicht nur ausschließlich an der klassischen

Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben orientieren, sondern muss insbesondere die Wachstumsrelevanz der öffentlichen Ausgaben einbeziehen. Weder die Höhe investiver öffentlicher Ausgaben noch ihre Entwicklung ermöglichen nämlich für sich genommen ein Urteil über die Qualität des Budgets im Sinne der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Öffentliche Sachinvestitionen werden oft erst in Verbindung mit öffentlichen Konsumausgaben, beispielsweise in wissenschaftliches Personal, zu einer vollständig wirksamen Ausgabe. Die Investitionsförderung erfolgt überdies häufig in Form von Steuervergünstigungen und Kreditermächtigungen. In einer Analyse der Qualität der Staatsausgaben sollten daher neben den reinen öffentlichen Investitionsausgaben auch die konsumtiven Ausgaben sowie die Maßnahmen zur Initiierung privater Investitionen untersucht werden.

4 Institutionelle und innerstaatliche Rahmenbedingungen

Entscheidend für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ist zugleich eine geeignete Ausgestaltung der institutionellen und innerstaatlichen Rahmenbedingungen. Hierbei ist nicht nur die Verlagerung von Kompetenzen aus dem öffentlichen Sektor in den privaten Sektor oder die Befolgung von „good-governance-Prinzipien“ durch Institutionen und Organisationen zu betrachten, sondern für föderal organisierte Staaten insbesondere konkrete Regelungen der gesamtstaatlichen Koordination zu entwickeln.

Dabei ist die Autonomie der bundesstaatlichen Ebenen zu wahren und eine angemessene Mittel- und Lastenverteilung im Verhältnis der föderalen Einheiten untereinander sicherzustellen. In der „Pamhagener Erklärung“ der Finanzminister Deutschlands, der Schweiz und Österreichs sind wichtige gemeinsame Grundsätze und Ziele zur Ausgestaltung von Föderalismus und Subsidiarität in Europa festgehalten worden.

Im Zuge der Diskussion über eine höhere Bedeutung der Zukunftsausgaben wäre nicht nur der Anteil an den Ausgaben der Länder und Gemeinden zu untersuchen, sondern grundsätzlich eine Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden anzustreben.

4.1 Deutschland

Als Euro-Teilnehmerstaat hat sich Deutschland wie Österreich auf europäischer Ebene an verschiedene stabilitätsorientierte Verpflichtungen gebunden. Über die Defizitentwicklung und die Schuldenquote gibt die jährliche Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Auskunft.

- Zur innerstaatlichen Umsetzung der Vorgaben von Maastricht und des Stabilitäts- und Wachstumspakts – und damit zur Einhaltung einer bestimmten Defizitobergrenze sowie des mittelfristigen Ziels von „nahezu ausgeglichen oder im Überschuss“ – wurde auf einer Sonder sitzung des Finanzplanungsrates vom 21. März 2002 ein Nationaler Stabilitätspakt beschlossen. Bei der Gestaltung der öffentlichen Haushalte wird der Bund danach seine Ausgaben in 2003 und 2004 durchschnittlich pro Jahr um $\frac{1}{2}\%$ vermindern. Länder und Gemeinden werden gleichzeitig ihr jährliches Ausgabenwachstum auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen. Bund und Länder haben sich überdies darauf geeinigt, ihre Defizite ab 2003 jährlich zu reduzieren. Darüber hinaus wird die im vergangenen Jahr beschlossene gesetzliche Regelung zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen des Haushaltsgundsätzgesetzes zügig in Kraft gesetzt.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie leistet Deutschland auch seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Zur Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde in Deutschland die Institution eines Rates für Nachhaltige Entwick-

lung geschaffen. Dieser Rat ist kein wissenschaftliches Gremium. Er ist mit Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und politischen Lebens besetzt. Ein Staatssekretärsausschuss arbeitet diesem Rat zu.

Um den umfassenden Ansatz einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch in den Ländern und Gemeinden zu verankern, wurde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Entwurf an die Staatskanzleien der Länder versandt. Diese hatten dann ebenso wie die Kommunalen Spitzenverbände die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Am 17. April hat das Bundeskabinett die nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Die Strategie beinhaltet neben einem übergeordneten Leitbild 21 Ziele aus verschiedenen Politikbereichen und dazugehörige Indikatoren. In die Indikatorenliste wurde für die Finanzpolitik u. a. die Entwicklung des Staatsdefizits aufgenommen. In einem Monitoringverfahren sollen die Fortschritte bei einzelnen Indikatoren alle zwei Jahre in einem Bericht der Bundesregierung ermittelt werden.

4.2 Österreich

Österreich ist als Mitglied der Europäischen Union ebenfalls dem Lissabon-Prozess und dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet dies:

- Österreich hat sich im Einklang mit dem EU-weiten Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgeglichene Haushalte über den Konjunkturzyklus zum Ziel gesetzt.
- Gleichzeitig soll bis zum Jahr 2010 die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenquote, die derzeit bei 45,5 % liegt, auf unter 40 % des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden.
- Nachhaltige Solidität der öffentlichen Finanzen, insbesondere in mittel- und langfristiger

Sicht (durch Abgaben- und Ausgabenreformen, Abbau der Staatsverschuldung und Erhöhung der Erwerbstätigkeitenquoten).

- Wachstums- und beschäftigungsfreundlichere Gestaltung der Abgaben- und Sozialleistungssysteme (u. a. Absenkung der Lohnnebenkosten).
- Priorisierung der öffentlichen Ausgaben auf Infrastruktur, F&E und Humankapital.

Im Jahr 2001 trat ein neuer Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 in Kraft. Die wesentlichen Reformmaßnahmen sind:

- **Der Abschluss eines Österreichischen Stabilitätspaktes 2001.** Nach einer breit angelegten Diskussion wurde dieser Stabilitätspakt im Herbst 2001 abgeschlossen und trat am 1. Januar 2001 rückwirkend in Kraft. Die Vereinbarung zielt darauf ab, das öffentliche Defizit nachhaltig auf null zu reduzieren. Ein Sanktionsmechanismus in Anlehnung an entsprechende Regelungen auf europäischer Ebene sichert die tatsächliche Umsetzung der vorgegebenen Teilziele durch alle Gebietskörperschaften ab. Ein neues Informationssystem zur Unterstützung der Umsetzung des novellierten Stabilitätspaktes steht kurz vor der Beschlussfassung.
- **Effizienzsteigerungen beim Einsatz der Mittel des Finanzausgleichs.** Hervorzuheben sind hier die Umsetzung von vereinbarten Schüler/Lehrer-Verhältniszahlen im Bereich der Landeslehrer und die Erweiterung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel. Diese den Ländern vom Bund gewährten Mittel können nun auch für Infrastrukturzwecke und für Maßnahmen zur Erreichung des Kyoto-Zieles genutzt werden.
- **Konsequente Umsetzung von Aufgaben- und Strukturreformen zur Entflechtung von Zuständigkeiten und Effizienzsteigerung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.** Ein wesentlicher Bereich ist hier die vereinbarte, knapp vor der Umsetzung stehende Veränderung der bisherigen Bundesstraßen. Damit beschränkt der Bund seine Zuständigkeit auf

Autobahnen und Schnellstraßen, somit auf Straßenführungen von wesentlicher gesamtstaatlicher Bedeutung.

- **Korrektur einer Schiefentwicklung bei der Verteilung der Abgabenerträge im Finanzausgleich.** Bei der Zuweisung und Aufteilung von Steuern sowie durch Transfers war in den vergangenen Jahren ein zu hoher Anteil an die subnationalen Gebietskörperschaften weitergeleitet worden. Die damit nicht im Einklang stehende Aufgabenverteilung spiegelte sich in der Entwicklung der Budgetdefizite des Bundes, der Länder und der Gemeinden wider. Mit dem Finanzausgleich 2001 wurde die erhöhte Verteilungsmasse entsprechend dem Finanzbedarf um rund 0,5 % des BIP in Richtung des Bundes korrigiert.



4.3 Schweiz

In der Schweiz hat sich der Bundesrat mit dem Finanzleitbild ein Führungsinstrument mit richtungweisendem Charakter für die Tätigkeiten von Exekutive und Verwaltung gegeben. In dem Finanzleitbild sind die Ziele, Grundsätze und Instrumente der schweizerischen Finanzpolitik festgelegt und konkretisiert.

Die Ziele

Das erste Ziel der Finanzpolitik ist für Stabilität zu sorgen, das Wirtschaftswachstum zu begünstigen und damit Beschäftigung, Wohlfahrt und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Konkret bedeutet dies:

- Einnahmen- und Ausgabenpolitik sind wachstumsfreundlich auszugestalten.

- Steuer-, Fiskal- und Staatsquoten müssen zu den tiefsten in der OECD gehören.
- Die Finanzpolitik darf den wirtschaftlichen Strukturwandel nicht behindern.
- Die Finanzpolitik sorgt für Stabilität und fördert den gesellschaftlichen Grundkonsens.

Das zweite Ziel der Finanzpolitik bezieht sich auf die Nachhaltigkeit im Sinne der Erhaltung gesunder öffentlicher Finanzen, damit die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele dauerhaft erfüllt werden können. Dies bedeutet:

- Das Bundesbudget ist mittelfristig, d. h. über einen Konjunkturzyklus, auszugleichen.
- Das strukturelle Defizit muss beseitigt werden.
- Die Verschuldungsquote des Bundes ist auf ein nachhaltiges Maß zu senken.

Die Grundsätze

Im Finanzleitbild sind ferner auch die Grundsätze festgelegt, an denen politische Maßnahmen auf ihre Verträglichkeit mit den Zielen der Finanzpolitik geprüft werden können. Der wichtigste Grundsatz besteht in der Transparenz.

Die Instrumente

Damit die Ziele und Grundsätze der Finanzpolitik nicht bloß Appellcharakter einnehmen, wurden bereits konkrete Instrumente und Maßnahmen zu deren Umsetzung geschaffen. An dieser Stelle sei exemplarisch auf die „Schuldenbremse“ und die „Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen“ (NFA) eingegangen.

Die Schuldenbremse. Auslöser für die Schuldenbremse des Bundes waren zwei finanzpolitische Erfahrungen der letzten Jahre: die chronischen Defizite und damit verbunden der rasante Anstieg der Verschuldung sowie das Unvermögen, die Defizite in den Rezessionsphasen durch entsprechende Überschüsse in den Boomphasen zu kompensieren.

Die „Schuldenbremse“ ist eine in der Verfassung festgeschriebene Ausgabenregel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht höher sein als die Einnahmen. In einer Rezession lässt diese Regel ein Defizit zu. Analog fordert sie bei Hochkonjunktur einen Überschuss. Über den ganzen Konjunkturzyklus hinweg ist der Haushalt also ausgeglichen.

Diese Grundregel bindet Bundesrat und Parlament. Im Rahmen der von der Regel vorgegebenen Ausgabenplafonds bleibt die Budgethoheit des Parlaments vollumfänglich gewährleistet.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA). Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sollen die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen den Staatsebenen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips nachhaltig geklärt werden. Der Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Eindämmung der Spillover-Problematik), neue Zusammenarbeits- und Finanzierungsformen zwischen Bund und Kantonen in den verbleibenden Verbundaufgaben (ergebnis- statt aufwandsorientierte Subventionierung) sowie ein transparenter und politisch steuerbarer Finanzausgleich sollen im Weiteren dazu beitragen, den schlechenden Zentralismus zu brechen und kostentreibende Anreize zu beseitigen.

5 Schlussbemerkung

Zukunftsorientierte Ausgabengestaltung und gemeinsame Sparanstrengungen können und müssen in den Gebietskörperschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik leisten. Der Wettbewerb von Ideen und Systemen bei gleichzeitiger Schaffung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist auch bei der Gestaltung einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie ein Vorteil föderal organisierter Staaten.

Stand der Regelung der deutschen Transferrubel-Guthaben und der anderen Forderungen der früheren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus den Jahren bis 1990

1	Erhebliche Fortschritte in der Abwicklung der Forderungen der früheren DDR erzielt	57
2	Stand der Regelung der deutschen Transferrubel-Guthaben	57
3	Stand der Regelung der Forderungen der früheren DDR in westlicher Währung	59
4	Zusammenfassung und Ausblick	61

1 Erhebliche Fortschritte in der Abwicklung der Forderungen der früheren DDR erzielt

Zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung sind alle Forderungen (Guthaben), die aus dem bis Ende 1990 fortgeführten Transferrubel-Verrechnungsverkehr der früheren DDR mit den Ländern des ehemaligen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹ u. Ä. herrühren, sowie große Teile der Forderungen der früheren DDR in westlichen Währungen geregelt. Das bedeutet, dass Tilgung und Verzinsung der zugrunde liegenden Beträge durch völkerrechtlich verbindliche Regierungsabkommen vereinbart sind. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 24 des Einigungsvertrages (EV).

2 Stand der Regelung der deutschen Transferrubel-Guthaben

Entstehungsgeschichte und Allgemeines

Der Transferrubel-Verrechnungsverkehr der ehemaligen DDR mit den Ländern des ehemaligen RGW bzw. des Clearingrubel-Verrechnungsverkehrs mit vier anderen Ländern² wurde über den Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion (1. Juli 1990) hinaus bis Ende 1990 fortgeführt. Daraus sind aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie aus Regierungskrediten und Investitionsbeteiligungen der früheren DDR deutsche Guthaben in der Gesamthöhe von rund 11,8 Mrd. Transferrubel (XTR) entstanden. Dieser positive Saldo bildete sich durch Exportüberschüsse im Wesentlichen erst im zweiten Halbjahr 1990.

Die Transferrubel-Guthaben von 11,8 Mrd. XTR wurden vom Bund mit einem Kurs von rund 1,20 € (= 2,34 DM) pro Transferrubel umgerechnet und über die Deutsche Außenhandelsbank/Staatsbank Berlin an die Exporteure ausgezahlt. Die Finanzierungskosten hierfür betragen rund 14,1 Mrd. €.

Ergebnisse der Verhandlungen mit den einzelnen Transferrubel-Ländern

Die Transferrubel-Guthaben entsprechen einem realen Gütertransfer in die Transferrubel-Länder, für den die Bundesrepublik Deutschland einen Ausgleich beanspruchen kann. Jedoch sind die Transferrubel keine konvertible Währung. Daher hat die Bundesregierung seit 1991 unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen mit den Regierungen der betroffenen Länder Verhandlungen über die Umbewertung der Transferrubel-Guthaben in eine DM- bzw.

¹ Mitgliedsländer des RGW waren: Russland (Ex-UdSSR), Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechische Republik und Slowakische Republik (Ex-Tschechoslowakei), Vietnam, Mongolei und Kuba.

² Albanien, Kambodscha, Laos und Nordkorea.

Euro-Verbindlichkeit sowie eine Rückzahlungsregelung geführt.

Bei den Verhandlungen musste die Bundesregierung die Positionen der Transferrubel-Länder berücksichtigen. Diese wichen von der eigenen Position hinsichtlich der Werthaltigkeit, der Be rechtigung und der tatsächlichen Höhe der zugrunde liegenden deutschen Forderungen erheblich ab. Außerdem musste sie berücksichtigen, dass die meisten Transferrubel-Länder Gegenforderungen erhoben. Inzwischen konnten mit allen Transferrubel-Ländern Kompromisse gefunden und die Verhandlungen durch Unterzeichnung von Regierungsabkommen abgeschlossen werden:

- am 26. Mai 1993 mit Ungarn über die Rückzahlung von 196,8 Mio. €. Dieses Regierungsabkommen ist abgewickelt;
- am 29. Juni 1994 mit Polen über die Rückzahlung eines Betrages von 127,8 Mio. €. Auch mit diesem Land ist das Transferrubel-Abkommen abgewickelt;
- am 7. Juli 1994 mit Albanien (6,7 Mio. €);
- am 15. August 1994 mit Vietnam (54,4 Mio. €, unter Verrechnung eines Betrages von 16,0 Mio. € für von der Bundesrepublik Deutschland an Vietnam zu zahlende Sozialversicherungsleistungen);
- am 3. Juli 1995 mit der Mongolei (4,2 Mio. €);
- am 26. Oktober 1995 mit Rumänien (179,5 Mio. €);
- am 7. März 1996 mit Kambodscha (1,8 Mio. €);
- am 4. April 1996 mit Laos (1,0 Mio. €);
- am 18. Dezember 1996 mit Nordkorea (Bankenabkommen über 5,3 Mio. €);
- am 13. März 1998 mit Bulgarien (176,3 Mio. €);
- am 25. Mai 2000 mit Kuba (117,6 Mio. €; Gesamtrückstands volumen für Transferrubel-, Hermes- und FZ-Forderungen);
- am 29. Juni 2000 mit der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik (die Tschechische Republik hat danach 132,9 Mio. €, die Slowakische Republik 66,5 Mio. € zu zahlen). Neben den Abkommen mit Ungarn und Polen ist dieses Abkommen ebenfalls bereits abgewickelt.

- am 25. Juni 2002 mit der Russischen Föderation (500 Mio. €).

Die genannten Beträge waren bzw. sind gemäß den jeweiligen Abkommen in Halbjahres- oder Jahresraten kurzfristig oder über einen längeren Zeitraum zu tilgen. In der Regel ist auch eine Verzinsung vorgesehen; zum Teil wurden allerdings mit Ländern, die sehr kurzfristige Zahlungstermine für die Transferrubel akzeptiert haben, keine Zinszahlungen vereinbart. Die mit Albanien, Vietnam, Kambodscha und Bulgarien getroffenen Regelungen sind Bestandteil von Umschuldungsabkommen, die auf der Grundlage von Pariser Club-Vereinbarungen zu schließen waren. Mit den anderen Ländern wurden rein bilaterale Abkommen abgeschlossen. Über den Inhalt der Abkommen ist im Übrigen mit den Schuldnerländern Vertraulichkeit vereinbart worden.

Insgesamt wurden durch die bisher geschlossenen Regierungsabkommen Zahlungen auf Transferrubel-Forderungen von etwa 1 1/2 Mrd. € (ohne Zinszahlungen) vereinbart. Die Abwicklung der Abkommen verläuft im Wesentlichen störungsfrei. Bisher sind Zahlungen von rund 1,1 Mrd. € eingegangen, davon ca. 1,0 Mrd. € Tilgungen und etwa 90 Mio. € Zinszahlungen. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die nach der Fusion mit der Staatsbank Berlin die Transferrubel-Forderungen verwaltet, eingenommenen Beträge werden gemäß § 43 a DM-Bilanzgesetz an den Ausgleichsfonds Währungsumstellung abgeführt. Zulasten dieses Fonds hatte die Staatsbank Berlin vor ihrer Fusion mit der KfW Wertberichtigungen vorgenommen.

Transferrubel-Regelung mit Russland

Auf das erst vor wenigen Monaten unterzeichnete Abkommen mit Russland, das den größten Teil der Transferrubel regelt und auch den höchsten Rückzahlungsbetrag von allen Transferrubel-Ländern vorsieht, soll hier ausführlicher eingegangen werden.

Nachdem sich die Bundesregierung und die russische Regierung bei den Regierungskonsultationen am 9./10. April 2002 in Weimar auf eine Regelung für die deutschen Transferrubel-Forderungen verständigt hatten, konnte hierüber am 25. Juni 2002 das entsprechende Regierungsabkommen unterzeichnet werden. Darin ist vorgesehen, dass Russland bis Februar 2004 insgesamt 500 Mio. € an Deutschland zahlt, davon in 2002 bereits 350 Mio. €. Diese ersten beiden Raten von 350 Mio. € hat die russische Seite inzwischen gezahlt.

Zu der Transferrubel-Frage war Ende 1992 zwischen beiden Regierungen ein achtjähriges Moratorium vereinbart worden, das im Zusammenhang mit einer Vereinbarung über die Liegenschaften der Westgruppe der russischen Truppen und deren vorzeitigem Abzug aus Deutschland stand. Dementsprechend war diese Frage bis Ende 2000 zwischen beiden Ländern kein Verhandlungsgegenstand. Das Moratorium beinhaltete die Zusage, dass Russland bis zur Regelung der Transferrubel keinerlei Belastungen entstehen.

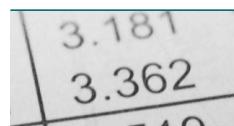
Nach Auslaufen dieses Moratoriums hat die Bundesregierung unverzüglich wieder Verhandlungen mit der russischen Regierung über die Transferrubel-Frage aufgenommen. Die russische Seite bezweifelte dabei in besonderem Maße die Berechtigung und Werthaltigkeit der deutschen Transferrubel-Forderungen und erobt sogar für die Bundesregierung nicht akzeptable Gegenforderungen, sodass sich die Verhandlungen kompliziert und langwierig gestalteten.

Um die Verhandlungen letztlich erfolgreich abschließen zu können, war Kompromissbereitschaft sowohl auf deutscher als auch auf russischer Seite erforderlich. Nachdem die Bundesregierung zuvor – wie erläutert – mit allen anderen Transferrubel-Ländern Abkommen abgeschlossen hat, bewegt sich das mit Russland erzielte Verhandlungsergebnis in dem Spektrum der Konditionen, die mit den genannten Ländern vereinbart worden waren. Die mit dem unterzeichneten

Abkommen getroffene Vereinbarung ist dem Charakter der deutsch-russischen Beziehungen angemessen und setzt einen Schlusspunkt unter die Finanzbeziehungen zwischen der früheren DDR und der früheren Sowjetunion.

3 Stand der Regelung der Forderungen der früheren DDR in westlichen Währungen

Diese Forderungen wurden bzw. werden von den ehemaligen Außenhandelsbetrieben der DDR (AHB) und der Deutschen Außenhandelsbank AG (DABA AG) gehalten. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der DABA AG wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten ab 1. Januar 1996 zur weiteren Abwicklung an die KfW übertragen. Die AHB sind seit 1991/1992 in Liquidation. Gesellschafterin ist die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeeinrichtungen.



Bis jetzt wurden durch Forderungseinzug, Vermarktung, Umschuldung und andere bilaterale Vereinbarungen 3,4 Mrd. €, das entspricht ca. 80 % des anfänglichen Forderungsbestandes, abgewickelt.

Der Umfang der gemäß Artikel 24 EV abzuwickelnden DDR-Forderungen in westlichen Währungen belief sich 1990 auf: 4,3 Mrd. €
davon: gegenüber Industrieländern: 1,1 Mrd. €
gegenüber Entwicklungsländern: 3,2 Mrd. €.

Ihre Realisierung erfolgte auf folgenden Wege:

- Bezahlung (regulär und nach Verhandlungen): 1,3 Mrd. €
- Vermarktung: 0,3 Mrd. €
- Umschuldung: 1,8 Mrd. €

Bezahlung von Forderungen

Gemäß den Bestimmungen des ersten Staatsvertrages, des EV und ergänzender Regelungen müssen die Forderungsinhaber (DABA AG/KfW und AHB) als ordentliche Kaufleute handeln. Entsprechend den marktwirtschaftlichen Spielregeln und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Geschäftsführung sind sie verpflichtet, ihre Forderungen in maximal möglicher Höhe einzutreiben; Verluste bei der Abwicklung sind zu vermeiden.

In den ersten Jahren nach der Einheit ging es deshalb zunächst um die Beitreibung bzw. die Regulierung der überfälligen Forderungen gegenüber zahlungskräftigen bzw. -willigen SchuldnerInnen. Bis 1994 konnten bereits 1,1 Mrd. € über Bezahlung oder kommerzielle Vergleiche reguliert werden. Im Weiteren sind hauptsächlich laufende Fälligkeiten bedient bzw. strittige Forderungen reguliert worden.



Vermarktung von Forderungen

Der Verkauf bzw. die Vermarktung von Forderungen der DABA AG/KfW und der AHB wurde gegenüber 17 Ländern praktiziert. Dazu zählten vor allem Länder, mit denen die DDR Zahlungsabkommen bzw. Bartervereinbarungen abgeschlossen hatte. Das heißt der Handel vollzog sich auf der Basis eines jährlich abgestimmten und ausgeglichenen Warenaustausches (insbesondere mit Indien, China und Brasilien).

Die erzielten Erlöse differierten in Abhängigkeit vom Land, von der Qualität der Forderungen und dem Zeitpunkt des Verkaufs.

Durchschnittlich betragen sie 63 % des Nominalwertes. Grundsätzlich orientierten sich die Preise an den auf den internationalen Märkten üblichen Werten, lagen jedoch teilweise deutlich über diesen.

Die Möglichkeiten, Forderungen durch Vermarktung zu regulieren, sind seit einigen Jahren erschöpft. Das Interesse der Schuldnerländer hinsichtlich der Zustimmung bzw. ihrer Mitwirkung ließ nach. Dies lag vor allem an den insbesondere zugunsten der armen, hoch verschuldeten Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) veränderten multilateralen Umschuldungskonditionen des Pariser Clubs (67 %-, 80 %- bis 90 %- und, falls erforderlich, höherer Erlass). Diese haben das Interesse der Schuldnerländern verringert, zumal die Bundesregierung den Erlass bilateral auf 100 % aufstockt.

Umschuldung von Forderungen

Artikel 24 EV sieht darüber hinaus vor, dass die DDR-Forderungen in die Umschuldungsabkommen der Bundesregierung einbezogen werden. Dementsprechend wurden die umschuldungsfähigen DDR-Forderungen wie die bundesgedeckten Handelsforderungen dem Pariser Club zur Umschuldung gemeldet und entsprechend den multilateral abgestimmten Konditionen in die bilateralen Umschuldungsabkommen der Bundesregierung aufgenommen.

Bisher sind in über 40 Abkommen mit 28 Ländern Forderungen in Höhe von rund 1,8 Mrd. € in Umschuldungen einbezogen worden. Entsprechend den Umschuldungskonditionen des Pariser Clubs und der bilateralen Anhebung des Erlasses auf 100 % für Länder mit Zugang zur erweiterten HIPC-Initiative wurden Erlasse von rund 0,7 Mrd. € (davon 100 %-Erlass für Uganda, Mosambik, Bolivien, Mauretanien und Benin) gewährt. Mindereinnahmen aus Erlassen gehen zulasten des Ausgleichsfonds Währungsumstellung (AFW) und des Erblastentilgungsfonds (ELF).

Die bisherigen Zahlungseingänge aus Umschuldungsabkommen belaufen sich per 30. Juni 2002 auf rund 193 Mio. €.

Die noch offenen Forderungen von rund 1,1 Mrd. €³ gegenüber Entwicklungsländern entfallen zum einen auf Länder, mit denen wegen der politischen Situation noch keine Regierungsverhandlungen geführt werden konnten (z. B. Irak, Afghanistan, Sudan) und zum anderen auf Länder, deren Umschuldung aus anderen Gründen noch aussteht (z. B. Angola, Ghana, Libyen, Sao Tomé und Príncipe). Größte Schuldner sind Irak mit 0,8 Mrd. € und Angola mit 0,2 Mrd. €.

Unter Berücksichtigung der bisher einbezogenen DDR-Forderungen in die Umschuldungsabkommen der Bundesregierung wurde der im EV Artikel 24 Abs. 1 vorgesehene Übertrag der wertberichtigten umgeschuldeten Forderungen für die AHB- und KfW-Forderungen auf den Bund vorgenommen. Zur Umsetzung dieser Aufgabe ergab sich ein umfangreicher Abstimmungs- und Regelungsbedarf. In Zusammenarbeit mit der KfW als dem Geschäftsbesorger des AFW, der Hermes Kreditversicherungs-AG, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und den Liquidatoren der AHB wurden die Gestaltung der Abtretungsverträge und das praktische Verfahren der Abtretung und der anschließenden Verwaltung der Forderungen erarbeitet. Insgesamt wurden mit den AHB und der KfW 85 Abtretungsverträge zu umgeschuldeten Forderungen in Höhe von rund 1,9 Mrd. € abgeschlossen und an den Bund abgetreten.

Durch den Übertrag auf den Bund werden die durch die Schuldnerländer geleisteten Zahlungen direkt und damit beschleunigt an den AFW bzw. an den ELF ausgekehrt. Dies erfolgt über die Hermes Kreditversicherungs-AG, die als Mandatar des Bundes die technische Abwicklung

der bilateralen Umschuldungsabkommen durchführt.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Nach der vor kurzem erfolgten Unterzeichnung des Transferrubel-Abkommens mit Russland sind nunmehr alle aus dem Verrechnungsverkehr des ehemaligen RGW resultierenden deutschen Forderungen geregelt. Auch die Rückzahlung ist weit vorangeschritten; abkommensgemäß ist bereits deutlich mehr als die Hälfte der vereinbarten Tilgungszahlungen von den Transferrubel-Ländern an Deutschland gezahlt worden. Insgesamt wird sich die Rückzahlung zwar noch bis zum Jahr 2023 erstrecken; doch ist vorgesehen, dass insbesondere Russland die Transferrubel bis Anfang 2004 tilgen wird. Auch andere Länder werden bis dahin gemäß den Abkommen ihre Verbindlichkeiten zurückgezahlt haben oder wenig später tilgen.

Weiterhin sind die Forderungen in westlichen Währungen schon sehr weitgehend geregelt. Die weitere Abwicklung der bisher noch offenen Ansprüche dürfte nicht immer kurzfristig zu lösen sein. Insbesondere eine Lösung mit dem Irak ist nicht absehbar.

Dagegen werden die Forderungen gegenüber Ghana und Sao Tomé und Príncipe voraussichtlich demnächst im Rahmen der bereits im Pariser Club unterzeichneten Umschuldungsprotokolle bilateral geregelt. Auch für die Ansprüche gegenüber Angola könnte eine Regelung vereinbart werden, wenn die Verhandlungen des IWF mit diesem Land über ein Strukturanpassungsprogramm erfolgreich beendet werden. Damit wären die Voraussetzungen für eine Umschuldung im Pariser Club gegeben, auf deren Grundlage ein bilaterales Abkommen verhandelt werden könnte.

³ Die Differenz zwischen Anfangsbestand (4,3 Mrd. €), Abbau (3,4 Mrd. €) und jetzt noch vorhandenem Bestand (statt 0,9 Mrd. € rund 1,1 Mrd. €) ergibt sich im Wesentlichen aus Zinsberechnungen nach dem 1. Juli 1990 auf nicht umgeschuldete Forderungen.

Internationalisierung der Rechnungslegung: Konsequenzen für die deutsche Steuerpolitik

1 Internationalisierung der Rechnungslegung	63
2 Maßgeblichkeitsprinzip und steuerpolitische Bedeutung der Internationalisierung der Rechnungslegung	64
3 Wesentliche Unterschiede zwischen der Bilanzierung nach IAS und HGB/EStG	65
4 Konsequenzen für die deutsche Steuerpolitik	66
4.1 Maßgeblichkeit der IAS für die steuerliche Gewinnermittlung?	66
4.2 Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz durch die IAS?	68
4.3 Folgen einer IAS-basierten steuerlichen Gewinnermittlung für die Steuerbelastung deutscher Unternehmen und deren Position im internationalen Wettbewerb	69
5 Fazit und Alternativen zu einer Maßgeblichkeit der IAS	70

1 Internationalisierung der Rechnungslegung

Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren auch in Deutschland eine starke Tendenz zur Internationalisierung der Rechnungslegung zu beobachten. So ermitteln beispielsweise alle 30 Dax-Unternehmen ihren Konzernabschluss nach einem der beiden international anerkannten Bilanzierungsstandards, den amerikanischen US-GAAP (US-Generally Accepted Accounting Principles) oder den in Europa stärker verbreiteten International Accounting Standards (IAS). Die Gründe für eine Konzernbilanzierung nach internationalen Standards sind vielfältig. Sie reichen

von der Notwendigkeit einer Bilanzierung nach den US-GAAP als Voraussetzung für ein Listing an der New Yorker Börse bis zum Bemühen, durch eine internationale Rechnungslegung in der Außendarstellung das Bild eines global handelnden Konzerns zu vermitteln.

Zwischen den US-GAAP und den IAS gibt es zwar in den Details eine Reihe von Unterschieden, im Vergleich zur deutschen Rechnungslegung nach dem Handelsgesetzbuch dominieren jedoch deutlich die Gemeinsamkeiten, da sich beide an den Informationsinteressen der Investoren orientieren. Zudem ist für die kommenden Jahre eine Konvergenz der beiden Rechnungslegungsstandards zu erwarten, denn das 2001 restrukturierte und für die Überarbeitung und Entwicklung der IAS zuständige International Accounting Standards Board (IASB) hat als weitere Aufgabe die Arbeit an einer Annäherung von US-GAAP und IAS übernommen. Neu entwickelte Standards werden künftig die Bezeichnung IFRS (International Financial Reporting Standards) tragen.

Der deutsche Gesetzgeber hat der Internationalisierung der Rechnungslegung insbesondere dadurch Rechnung getragen, dass mit der Einführung des § 292a Handelsgesetzbuch (HGB) durch das Kapitalaufnahmeverleichterungsgesetz von 1998 börsennotierte deutsche Mutterunternehmen, die ihren Konzernabschluss nach international anerkannten Bilanzierungsstandards (als solche gelten nur IAS und US-GAAP) vorlegen, keinen zusätzlichen Konzernabschluss nach HGB mehr vorlegen müssen. § 292a HGB ist als Übergangsregelung bis 31. Dezember 2004 befristet. Sein Anwendungsbereich wurde 2000 durch das Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz auf Unternehmen ausgedehnt, die andere Wertpapiere als Aktien ausgeben, die auf einem organisierten Markt gehandelt werden (z. B. Genussrechte, Schuldverschreibungen).

Die Europäische Kommission, die zunächst die Entwicklung eigener Rechnungslegungsvorschriften angestrebt hatte, entschied sich 1995

zur Förderung der IAS. Diese Strategie gipfelte in einer im Juni 2002 verabschiedeten Verordnung, wonach ab 2005 alle börsennotierten EU-Unternehmen einen Konzernabschluss nach IAS vorlegen müssen. Für die Unternehmen, die zurzeit voll umfänglich nach US-GAAP bilanzieren, gelten Übergangsregelungen bis 2007. Daneben räumt die Verordnung den Mitgliedstaaten ein Wahlrecht ein, nach dem diese die Anwendung der IAS auch für den Konzernabschluss aller nichtbörsennotierten Unternehmen und für den Einzelabschluss aller Unternehmen vorschreiben oder zulassen können.

2 Maßgeblichkeitsprinzip und steuerpolitische Bedeutung der Internationalisierung der Rechnungslegung

Die Internationalisierung der Rechnungslegung im Allgemeinen und die jüngst erlassene EU-Verordnung im Besonderen haben zunächst einmal eine handelsrechtliche Dimension. Falls die Mitgliedstaaten jedoch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, die IAS auch auf den Einzelabschluss zu übertragen, ergeben sich auch steuerpolitische Konsequenzen, da in vielen EU-Mitgliedstaaten die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage über das Maßgeblichkeitsprinzip an den handelsrechtlichen Einzelabschluss anknüpft.

In Deutschland ist der Grundsatz der Maßgeblichkeit (der Handelsbilanz für die Steuerbilanz) in § 5 Abs. 1 Satz 1 Einkommensteuergesetz (EStG) kodifiziert, wonach für die steuerliche Gewinnermittlung bei buchführenden Gewerbetreibenden die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) maßgeblich sind (materielle Maßgeblichkeit). Die Steuerbilanz hat sich grundsätzlich an den handelsrechtlichen Ansätzen und Bewertungen der konkret vorliegenden Handelsbilanz zu richten (formelle Maßgeblichkeit), soweit nicht zwingende steuerliche Vorschriften Vorrang haben. Eine umgekehrte Maßgeblichkeit (der Steuerbilanz für die Handels-

bilanz) ergibt sich aus § 5 Abs. 1 Satz 2 EStG, wonach steuerrechtliche Wahlrechte in Übereinstimmung mit der Handelsbilanz ausgeübt werden müssen.

Die Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips erfolgt durch eine Reihe steuerlicher Vorschriften. Hierzu zählen insbesondere Einschränkungen bzw. Verbote für die Bildung von Rückstellungen (z. B. wegen der Verletzung fremder Schutzrechte, für Jubiläumsverpflichtungen, für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften). Im Rahmen der Bewertung dominieren die steuerrechtlichen Sondervorschriften (§ 6 EStG in Zusammenhang mit den Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG).



Welche Folgen sich aus der neuen EU-Verordnung für das Maßgeblichkeitsprinzip und die Steuerpolitik in Deutschland ergeben, hängt davon ab, welche der folgenden – theoretisch denkbaren – Optionen bei der Ausübung des Wahlrechts bezüglich der (handelsrechtlichen) Einzelabschlüsse ausgeübt wird:

- Für den Fall, dass – unabhängig von der Unternehmensform – alle Unternehmen ihre Einzelabschlüsse auch weiterhin nach HGB vorlegen müssen, ergeben sich keine unmittelbaren steuerrechtlichen Konsequenzen. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass wegen des internationalen (Steuer-)Wettbewerbs auch dieser Fall von steuerpolitischer Relevanz sein kann, falls in anderen Ländern die Ausdehnung der IAS auf den Einzelabschluss die steuerliche Gewinnermittlung verändert.
- Falls sich Deutschland für eine – für sämtliche Unternehmen verbindliche – Übernahme der IAS in den Einzelabschluss aussprechen sollte, würden sich bei einem Fortbestehen des Maßgeblichkeitsprinzips erhebliche Auswirkungen

auf die steuerliche Gewinnermittlung ergeben. Es stellt sich somit die Frage, ob eine Aufrechterhaltung des Maßgeblichkeitsprinzips überhaupt aus rechtlicher und ökonomischer Perspektive sachgerecht ist und welcher gesetzliche Änderungsbedarf sich gegebenenfalls hieraus ergäbe.

- Falls den Unternehmen für den Einzelabschluss ein Wahlrecht zwischen HGB und den IAS eingeräumt würde oder aber die handelsrechtliche Regelung nach der Unternehmensform differenzierte (z. B. Wahlrecht – in Analogie zur derzeitigen Regelung für den Konzernabschluss – nur für börsennotierte Unternehmen), ließe sich das Maßgeblichkeitsprinzip nicht aufrechterhalten, weil damit handelsrechtlich keine einheitliche Gewinnermittlung mehr gegeben wäre, die Einheitlichkeit der Gewinnermittlung jedoch im Hinblick auf die Gleichmäßigkeit der Besteuerung eine zentrale Voraussetzung des Maßgeblichkeitsprinzips ist.

Ein weiteres mögliches „Einfallstor“ für einen Einfluss der IAS auf die steuerliche Gewinnermittlung in Deutschland sind die Pläne der EU-Kommission zur Schaffung einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für multinationale Unternehmen. Als einen von vier möglichen Wegen hierzu schlägt die EU-Kommission in ihrer Mitteilung „Ein Binnenmarkt ohne steuerliche Hindernisse“ vom Oktober 2001 die Schaffung EU-weit einheitlicher Regeln vor, nach denen auf Option die Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmen mit Aktivitäten in mehreren Mitgliedstaaten ermittelt werden soll („Common Base Taxation“). Die EU-Kommission betont zwar, dass zwischen der Verordnung über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards und einer Steuerharmonisierung innerhalb der EU kein unmittelbarer Zusammenhang bestehe, weist aber zugleich darauf hin, dass diese doch ganz allgemein zur Entwicklung einer gemeinsamen Besteuerungsgrundlage beitragen könne, „wobei die IAS in gewissem Maße einen nützlichen Bezugspunkt abgeben“.

3 Wesentliche Unterschiede zwischen der Bilanzierung nach IAS und HGB/EStG

Wenngleich im Prinzip nahezu alle Grundsätze der Rechnungslegung nach den IAS auch bei der Rechnungslegung nach HGB zu finden sind und umgekehrt, so lassen sich hinsichtlich Gewichtung und genauer Interpretation dieser Grundsätze doch wesentliche Unterschiede zwischen beiden Rechnungslegungssystemen ausmachen, die in der Praxis zu erheblichen Unterschieden im Erfolgsausweis führen können.

Die Unterschiede zwischen den beiden Systemen lassen sich bereits auf der Ebene der Zielsetzungen festmachen. Obwohl der handelsrechtliche Jahresabschluss mehrere Zwecke (Dokumentation, Information und Ausschüttungsbemessung) erfüllt, liegt der dominierende Zweck der Handelsbilanz nach herrschender Meinung im Gläubigerschutz durch Bestimmung des ausschüttbaren Gewinns. Damit korrespondiert die große Bedeutung des Vorsichtsprinzips, das als das Grundprinzip des deutschen Bilanzrechts gilt.

Im Unterschied dazu liegt der Zweck von IAS-Abschlüssen allein in der Vermittlung entscheidungsrelevanter Informationen. Primär orientieren sich die IAS dabei an den Informationsbedürfnissen derzeitiger und potenzieller Investoren. Die Grundausrichtung der IAS bildet deshalb das Konzept der „fair presentation“. Im Vordergrund stehen dabei die Kriterien der Relevanz, der Verlässlichkeit, der Zuverlässigkeit und der Vergleichbarkeit der Information. Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der IAS sind im Verhältnis zum deutschen Handelsrecht deshalb eng begrenzt.

Das Vorsichtsprinzip (prudence) spielt als Unterprinzip der Zuverlässigkeit eine untergeordnete Rolle. Es dient zwar als Entscheidungshilfe bei Bewertungsunsicherheiten, nicht jedoch der Bildung stiller Reserven. Beispielsweise bestehen für die Passivierung von Rückstellungen bei den

IAS daher wesentlich höhere Ansatzvoraussetzungen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit des Entstehens einer Verbindlichkeit und deren Schätzbarkeit.

Ein weiterer konzeptioneller Unterschied zwischen der Bilanzierung nach HGB und den IAS ergibt sich aus den unterschiedlichen Interpretationen des Realisationsprinzips. Während bei der handelsrechtlichen Gewinnermittlung Erträge erst dann erfasst werden, wenn sie am Markt realisiert sind, sind im Rahmen der IAS unter „realised“ zum Teil auch Erträge zu verstehen, die lediglich „realisierbar“ sind. Dies kommt insbesondere im Rahmen der „fair-value“-Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 zum Ausdruck. So werden Wertpapiere i. d. R. mit ihrem Marktwert erfasst, wodurch Kurssteigerungen nicht erst dann erfasst werden, wenn diese durch Verkauf realisiert werden. Eine weitere nennenswerte Abweichung vom Realisationsprinzip im Sinne des deutschen Handelsrechts ist die Anwendung der „percentage-of-completion“-Methode im Hinblick auf die Ertragsrealisierung bei Mehrjahresprojekten (z. B. im Anlagenbau oder in der Baubranche). Bei einer Bilanzierung nach den IAS werden hierdurch – eine zuverlässige Prognostizierbarkeit des Auftragsergebnisses vorausgesetzt – die Erträge entsprechend dem Grad der Fertigstellung auf die Herstellungsperioden verteilt.

Weitere materiell bedeutsame Unterschiede bei den konkreten Ansatz- und Bewertungsvorschriften finden sich im Bereich der Aufwandsverrechnung: So sind die Abschreibungsmethoden für Gebäude, bewegliche und immaterielle Wirtschaftsgüter sowie die Abschreibungszeiträume für Gebäude und Grundstücke nach den IAS restriktiver als nach deutschem Recht. Bei den Berechnungsgrundlagen für die Bildung von Pensionsrückstellungen erlauben die IAS hingegen – v. a. wegen der Berücksichtigung von Lohn- und Rentenentwicklungstendenzen – im Vergleich zum deutschen Steuerrecht höhere Ansätze. Daneben gibt es Unterschiede bei der Vorratsbewertung (v. a. bei

der Ermittlung der Herstellungskosten), deren Auswirkung auf die Bemessungsgrundlage (der Größenordnung wie dem Vorzeichen nach) von der Entwicklung des Preisniveaus und der Lagerbestände abhängt.

4 Konsequenzen für die deutsche Steuerpolitik

Steuerpolitische Konsequenzen ergeben sich aus der Internationalisierung der Rechnungslegung – wie bereits ausgeführt – erst dann, wenn diese auf die Einzelabschlüsse übergreifen sollte. Die Frage, ob sich Deutschland für diesen Weg entscheiden sollte, hat zunächst einmal eine handelsrechtliche Dimension, die hier nicht näher beleuchtet werden soll. Angemerkt sei lediglich, dass sich auf der handelsrechtlichen Ebene bereits ein Reihe von grundsätzlichen Problemen stellen, wie die Frage nach der Vereinbarkeit IAS-basierter Einzelabschlüsse mit dem Gläubigerschutz oder der Vergleichbarkeit der Abschlüsse verschiedener Unternehmen bei einer Lösung, die nicht für alle Unternehmensformen einen einheitlichen Rechnungslegungsstandard vorschreibt. Auf der anderen Seite wird es vielfach als zweifelhaft angesehen, ob sich eine Trennung zwischen Bilanzierungsregeln für den (internationalen) Konzernbereich und den Einzelabschluss auf Dauer aufrechterhalten lässt.

4.1 Maßgeblichkeit der IAS für die steuerliche Gewinnermittlung?

Sollte es tatsächlich zu einer Übernahme der IAS für den Einzelabschluss kommen, stellt sich zunächst die Frage, ob dieser für die steuerliche Gewinnermittlung maßgeblich sein kann oder soll. Erste Voraussetzung hierfür ist – vor dem verfassungsrechtlichen Gebot der gleichmäßigen Besteuerung –, dass die IAS unabhängig von der Unternehmensform zum verpflichtenden Bilanzierungsstandard für die Einzelabschlüsse werden. Selbst dann ist aber die Möglichkeit, das Maßgeblichkeitsprinzip aufrechtzuerhalten, (verfassungs-)rechtlich umstritten.

Dies betrifft zunächst das Zustandekommen der IAS, die durch eine private internationale Organisation erlassen werden und denen damit keine unmittelbare Rechtsgeltung zukommen kann. Den rechtsstaatlichen Bedenken gegen die mit einer Verweisung auf die IAS verbundene Übertragung der Normensetzungsbefugnis auf eine privatrechtliche Institution wird jedoch entgegengehalten, dass durch die Übernahme der IAS auf dem Verordnungswege die Rechnungslegung nicht mehr der autonomen Selbstverwaltung durch ein privates Gremium überlassen bleibt, zumal nur diejenigen IAS als „EU-IAS“ gelten, die von der EU-Kommission verbindlich angenommen werden. Dabei werden sowohl alle neuen Standards als auch geänderte alte Standards geprüft und gegebenenfalls modifiziert oder zurückgewiesen. Dies geschieht jedoch im Rahmen des Komitologieverfahrens und ist damit dem parlamentarischen Entscheidungsbereich entzogen, worin häufig ein weiterer verfassungsrechtlicher Einwand gesehen wird.

Auf der anderen Seite bliebe es dem nationalen Gesetzgeber unbelassen, die Maßgeblichkeit der IAS für die Steuerbilanz zu durchbrechen. Schließlich wäre es denkbar, die IAS durch entsprechende Rechtsanpassung auf nationaler Ebene für die steuerliche Gewinnermittlung nutzbar zu machen, beispielsweise durch Einfügung einer deutschen Version der IAS in das Einkommensteuergesetz. Jedenfalls würde eine Entscheidung für eine Maßgeblichkeit der IAS eine Verlagerung der Regelungskompetenz für einen Teilbereich der direkten Steuern auf die Ebene der EU (bzw. den IASB) bedeuten – mit entsprechenden Folgen für die Planbarkeit künftiger Haushaltseinnahmen.

Der zentrale materielle Einwand, der gegen eine Maßgeblichkeit der IAS für die Steuerbilanz vorgebracht wird, hängt damit zusammen, dass das Maßgeblichkeitsprinzip in erster Linie über eine Zielkomplementarität von Handelsbilanz (nach dem HGB) und Steuerbilanz gerechtfertigt wird. Demnach kann der Fiskus als „stiller Teilhaber“ eines Unternehmens nicht mehr von diesem

verlangen als den nach handelsrechtlichen Regeln bemessenen ausschüttungsfähigen Gewinn. Demgegenüber wird zwischen der Zielsetzung internationaler Rechnungslegungsstandards und der Steuerbilanz eine solche Zielharmonie überwiegend verneint.

Prinzipiell ist jedoch die Grundausrichtung der IAS durchaus mit dem Grundprinzip der Einkommensbesteuerung, der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit vereinbar. Zwar orientieren sich die IAS mit der Erfassung auch am Markt noch nicht realisierter Vermögenszuwächse nicht – wie das geltende EStG – an der Markteinkommenstheorie, sondern stärker an der klassischen Reinvermögenszugangstheorie (Schanz-Haig-Simons-Konzept). Dass damit ein anderer Maßstab für die Leistungsfähigkeit angelegt wird als nach dem geltenden Steuerrecht, ändert aber nichts daran, dass die ursprüngliche Reinvermögenszugangstheorie eine ökonomisch durchaus sinnvolle Interpretation des Leistungsfähigkeitsprinzips darstellt.



Dass nach dem geltenden Steuerrecht beim Betriebsvermögensvergleich – an der Markteinkommenstheorie orientiert – nur realisierte Erträge besteuert werden, kann man auf Gründe der Praktikabilität und der Verhältnismäßigkeit zurückführen. Genau diese Argumente lassen sich dementsprechend gegen eine Maßgeblichkeit der IAS anführen. So würden die oben beschriebenen Unterschiede bei der Interpretation des Realisationsprinzips in einigen Bereichen zu einer Besteuerung noch nicht realisierter Erträge führen. Dies wird vielfach als mit dem Übermaßverbot nicht vereinbar angesehen, i. d. S. dass es grundsätzlich unverhältnismäßig ist, den Steuerpflichtigen zur Veräußerung oder Beleihung von Wirtschaftsgütern zu zwingen, um die Steuerzahlung zu ermöglichen.

Das zweite – in der Grundkonzeption der IAS angelegte – Problem besteht darin, dass für eine „fair presentation“ des ökonomischen Werts eines „assets“ (Vermögenswerts) vom bilanzierenden Unternehmen Annahmen getroffen werden, bei denen offen ist, ob sie in hinreichendem Maße intersubjektiv überprüfbar sind. So ist es z. B. fraglich, ob die „hinreichende Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Nutzens“ und dessen „zuverlässige Bewertbarkeit“ im Rahmen der Anforderungen für die Aktivierung selbst erstellter immaterieller Anlagegüter mit dem Bestimmtheitsprinzip vereinbar sind.

Wenngleich sowohl die Gewinnermittlung nach den IAS als auch nach HGB grundsätzlich mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip vereinbar ist, kann im Hinblick auf die horizontale Steuergerichtigkeit zudem ein weiteres Argument gegen eine mögliche Maßgeblichkeit der IAS angeführt werden. Das geltende Einkommensteuerrecht geht von zwei Säulen der Einkunftsermittlung aus, dem Betriebsvermögensvergleich und dem Überschuss der (Betriebs-)Einnahmen über die Werbungskosten (in den Überschusseinkünften) bzw. die Betriebsausgaben (in der vereinfachten Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 ESG). In diesem Dualismus der Einkünfte wird bereits im bestehenden Steuersystem vielfach ein Verstoß gegen das Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung gesehen. Ein Betriebsvermögensvergleich nach den IAS weicht vom Grundsatz her („fair-value-Bewertung“, weiter „asset-Begriff“) aber in noch stärkerem Maße von der Überschussrechnung ab als der nach den GoB. Da auf die Überschussrechnung und auf die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG aus Praktikabilitäts- und Vereinfachungsgründen wohl nicht verzichtet werden kann, würde sich im Falle einer Maßgeblichkeit der IAS die Ungleichbehandlung der verschiedenen Einkünfte noch verschärfen.

Es lässt sich also festhalten, dass die Vereinbarkeit des Zustandekommens von – für die Steuerbilanz maßgeblichen – (EU-)IAS mit dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip umstritten ist. Für die

Nutzbarmachung der IAS hinsichtlich der steuerlichen Gewinnermittlung dürfte dies – so diese denn gewollt sein sollte – aber keine unüberwindliche Hürde darstellen. Auch materiell-rechtlich sind die IAS mit dem Grundprinzip der Einkommensteuer, der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, vereinbar. Im Hinblick auf Praktikabilität, Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit der Besteuerung gibt es jedoch eine Reihe von Bedenken, sodass eine uneingeschränkte Maßgeblichkeit der IAS sicherlich nicht infrage käme. Denkbar wäre es jedoch – ähnlich wie schon nach gelgendem Recht – eine grundsätzliche Maßgeblichkeit der IAS gegebenenfalls an bestimmten Stellen zu durchbrechen.

Somit stellt sich die Frage, ob eine Übertragung der IAS auf die steuerliche Gewinnermittlung unter ökonomischen Aspekten, d. h. im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz und/oder die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von Vorteil wäre.

4.2 Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz durch die IAS?

Ein mögliches ökonomisches Argument für die Anbindung der steuerlichen Gewinnermittlung an die IAS ergäbe sich, wenn es dadurch – im Vergleich zur derzeitigen Situation – zu einer geringeren Verzerrung von Investitionsentscheidungen und damit zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz käme. Investitionsneutral ist eine Steuer dann, wenn sie die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen zwischen verschiedenen Investitionsprojekten nicht verzerrt. Dieses theoretische Ideal erfüllt eine Steuer, die den ökonomischen Gewinn im kapitaltheoretischen Sinne besteuert, d. h., die um Entnahmen und Einlagen korrigierte Differenz der Ertragswerte eines Unternehmens am Anfang und Ende einer Steuerperiode (Johansson-Samuelson-Steuer). Unter dem Ertragswert versteht man dabei den Barwert aller künftigen Zahlungsüberschüsse. Die praktische Umsetzung dieser Steuer scheitert aber daran,

dass Annahmen über künftige Zahlungsströme intersubjektiv nicht überprüfbar sind. Da weder durch den Betriebsvermögensvergleich nach HGB noch durch die IAS der „wahre“ ökonomische Gewinn ermittelt werden kann, liegt in beiden Fällen keine Investitionsneutralität vor.

Die Frage, ob ein Betriebsvermögensvergleich nach den IAS zumindest zu einer geringeren Verzerrung führt, kann nicht beantwortet werden. Beim theoretischen Ideal der investitionsneutralen Steuer wird im Gegensatz zu einer Einkommensteuer nach dem Schanz-Haig-Simons-Konzept das (Betriebs-)Vermögen nicht als Summe des Werts einzelner – aktiver oder passiver – Wirtschaftsgüter ermittelt. Aus diesem Grunde lassen sich hieraus keine Ansatz- und Bewertungsprinzipien für einzelne Vermögensgegenstände ableiten. Es lässt sich deshalb nicht sicher beurteilen, ob eine Einkommensbesteuerung auf Basis der IAS im Vergleich zur derzeitigen Situation zu einer gesamtwirtschaftlichen Effizienzsteigerung führen würde.



4.3 Folgen einer IAS-basierten steuerlichen Gewinnermittlung für die Steuerbelastung deutscher Unternehmen und deren Position im internationalen Wettbewerb

Die Auswirkungen einer IAS-basierten steuerlichen Gewinnermittlung war Gegenstand eines 1998 im Auftrag des Bundesfinanzministeriums durchgeföhrten Forschungsvorhabens. Auf der methodischen Grundlage eines computergestützten Unternehmensmodells, das die Entwicklung einer Kapitalgesellschaft simulierte, wurden die Auswirkungen einer steuerlichen Maßgeblichkeit der IAS auf die effektive Gesamtsteuerbelastung

der Unternehmensebene innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren ermittelt. Betrachtet wurden zehn Branchen und fünf Länder (Deutschland, Frankreich, USA, Großbritannien, Niederlande). Von den oben angeführten Unterschieden zwischen HGB, EStG und den IAS wurden bei der quantitativen Analyse die materiell bedeutsamsten Unterschiede im Bereich der Aufwandsverrechnung (Abschreibungsmethoden und -zeiträume, Vorratsbewertung, Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge) berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der mittlerweile durch die Steuerreform 2000 eingeföhrten grundlegenden Änderungen der Unternehmensbesteuerung in Deutschland wurden die Ergebnisse durch die Autoren zwischenzeitlich aktualisiert. Für die Entwicklung der Steuerbelastung der deutschen Unternehmen und ihre Position im internationalen Wettbewerb ergibt sich danach folgendes Bild:

- Bei einer (uneingeschränkten) Maßgeblichkeit der IAS würde sich die steuerliche Belastung deutscher Unternehmen in einer Mehrzahl der betrachteten Branchen verringern. Branchen mit hoher Anlagen- und Vorratsintensität profitierten stärker, Branchen mit hoher Personalintensität weniger von einer Umstellung auf die IAS. „Verlierer“ waren das Bau- und das Ernährungsgewerbe sowie die Verkehrsbranche.
- Würde Deutschland im nationalen Alleingang zu einer IAS-basierten Gewinnermittlung übergehen, so würde sich demnach die Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen mit Ausnahme der genannten Branchen verbessern.
- Im Gutachten von 1998 war als Folge einer Umstellung auf die IAS noch für alle Branchen eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition ermittelt worden. Dies dokumentiert, dass mit der – bei gleichzeitiger Reduzierung der Steuersätze vorgenommenen – Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (insbesondere im Bereich der Abschreibungen) die Diskrepanz zwischen den IAS und dem gelgenden Gewinnermittlungsrecht abgebaut wurde.

- Der Hauptgrund für die effektive Entlastung ist auf die Unterschiede im Zusammenhang mit der Behandlung von Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge zurückzuführen. Dies hat zur Konsequenz, dass Unternehmen, die keine Pensionsrückstellungen im Rahmen einer betrieblichen Altersversorgung bilden, wegen der steuerlichen Mehrbelastungen im Bereich der Abschreibungen durch eine IAS-basierte Gewinnermittlung steuerlich insgesamt wohl stärker belastet würden. Betroffen sein dürfte davon vor allem der Mittelstand.
- Bei einem international einheitlichen Übergang aller betrachteten Länder zur IAS-basierten Gewinnermittlung würde sich die deutsche Position in noch stärkerem Maße verbessern, sodass sich nun für alle Branchen eine verbesserte Wettbewerbssituation ergäbe. Grund: Im Ausland stimmen die Bilanzierungsregeln für Aufwendungen der betrieblichen Altersvorsorge bereits weitgehend mit den IAS überein. Entgegen der Situation in Deutschland stünden den überall entstehenden Mehrbelastungen im Bereich der Abschreibungen deshalb keine Entlastungen bei den Vorsorgeaufwendungen entgegen.
- Bei einer IAS-basierten Angleichung der Steuerbemessungsgrundlage würde sich die internationale steuerliche Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen jedoch nicht **grundlegend** verbessern. Eine spürbare Verringerung des Abstands zu Ländern mit einer deutlich geringeren effektiven Belastung, wie z. B. die Niederlande oder Großbritannien, wäre

nur über eine weitere Absenkung der tariflichen Steuersätze möglich.

5 Fazit und Alternativen zu einer Maßgeblichkeit der IAS

Ingesamt lässt sich festhalten, dass das Maßgeblichkeitsprinzip auch bei einem möglichen Übergang zu IAS-basierten Einzelabschlüssen nicht unbedingt aufgegeben werden müsste. Unter (Steuer-)Wettbewerbsaspekten erschiene ein Festhalten an der Maßgeblichkeit sogar vorteilhaft. Vor einem solchen Schritt wären jedoch eine Reihe von Aspekten zu diskutieren. Neben den oben angesprochenen rechtlichen Problemen, müssten insbesondere die Auswirkungen auf die Höhe und Stetigkeit des Steueraufkommens sowie die Konsequenzen für kleinere und mittlere Unternehmen genauer unter die Lupe genommen werden.

Vor diesem Hintergrund wären zudem Alternativen zu einer steuerlichen Gewinnermittlung auf IAS-Basis zu prüfen. Hierbei wäre zunächst die Kodifizierung der derzeitigen Regeln des HGB/EStG im Rahmen eines eigenen Steuerbilanzrechts denkbar. Diskutiert werden sollten aber beispielsweise auch der Übergang zu einer modifizierten Einnahmen-Überschuss-Rechnung, einer pauschalierten Gewinnermittlung oder einer Cash-Flow Besteuerung. Bei allen künftigen Überlegungen wird schließlich zu berücksichtigen sein, dass die IAS zumindest über die europäische Ebene Eingang in die steuerliche Gewinnermittlung in Deutschland finden dürften.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	76
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	128
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	133

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	76
2	Produzierendes Gewerbe	78
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	78
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	78
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	80
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	82
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	84
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	84
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	86
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	88
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	88
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	90
3	Privater Konsum	92
4	Außenwirtschaft	94
5	Arbeitsmarkt	96
5.1	Bundesrepublik Deutschland	96
5.2	Früheres Bundesgebiet	98
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	100
6	Preise	102
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	102
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	104
7	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	106
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
7.2	Preise	106
7.3	Außenwirtschaft	107
7.4	Einkommensverteilung	107

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	108
2	Gewährleistungen	108
3	Bundesaushalt 2001 bis 2006	109
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006	110
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003 Kabinettbeschluss vom 19. Juni 2002	112
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003	116
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003	118
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	120
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	121
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	122

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	123
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	124
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	125
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	126
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003	127

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002	128
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2002	128
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	129
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, August 2002	130

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	133
②	Produzierendes Gewerbe	134
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	134
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	134
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	136
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	138
②.2	Auftragseingang der Industrie	140
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	140
②.2.1.1	Werte	140
②.2.1.2	Volumen	141
②.2.2	Früheres Bundesgebiet	142
②.2.2.1	Werte	142
②.2.2.2	Volumen	143
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	144
②.2.3.1	Werte	144
②.2.3.2	Volumen	145
②.3	Umsatz der Industrie	146
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	146
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	147
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	148
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	148
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	149
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	150
③	Löhne und Gehälter	151
④	Außenwirtschaft	152
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	152
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	153

@4.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	154
@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	155
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	156
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	156
@4.7	Handelsbilanzsaldo	156
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	157
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	157
5	Arbeitsmarkt	158
@5.1	Früheres Bundesgebiet	158
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	159
6	Preise	160
7	Zinssätze	161

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2000		2001				2002	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	0	+ 0,1	+ 0,6	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	.	.
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	0	+ 0,1	+ 0,6	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Inlandsnachfrage	0	0	- 0,4	+ 0,1	- 1,2	- 0,2	- 0,8	+ 0,3
Private Konsumausgaben ⁴⁾	- 0,2	- 0,6	+ 1,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 1,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1
Ausrüstungen	+ 3,7	- 0,8	- 2,2	- 3,7	- 3,7	- 2,3	- 1,7	- 1,6
Bauten	- 1,2	- 1,7	- 3,0	- 0,3	- 0,7	- 0,9	- 0,5	- 3,5
Sonstige Anlagen	+ 2,1	+ 3,6	- 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	0	+ 0,6
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	0	+ 0,3	- 0,5	- 0,1	- 0,7	+ 0,3	- 0,4	+ 0,8
Exporte	+ 2,7	+ 4,7	0	- 0,5	+ 0,9	- 1,0	+ 0,7	+ 1,1
Importe	+ 2,6	+ 5,0	- 2,8	- 0,2	- 2,0	- 0,6	- 2,7	+ 1,5
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,1	0	+ 0,9	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 1,1	- 0,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,4	- 0,1	+ 0,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,5	0
Inlandsnachfrage	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	0	+ 0,6	+ 0,1
Private Konsumausgaben	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,5	0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	+ 0,9	- 0,1	- 0,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	- 1,0

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X-12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

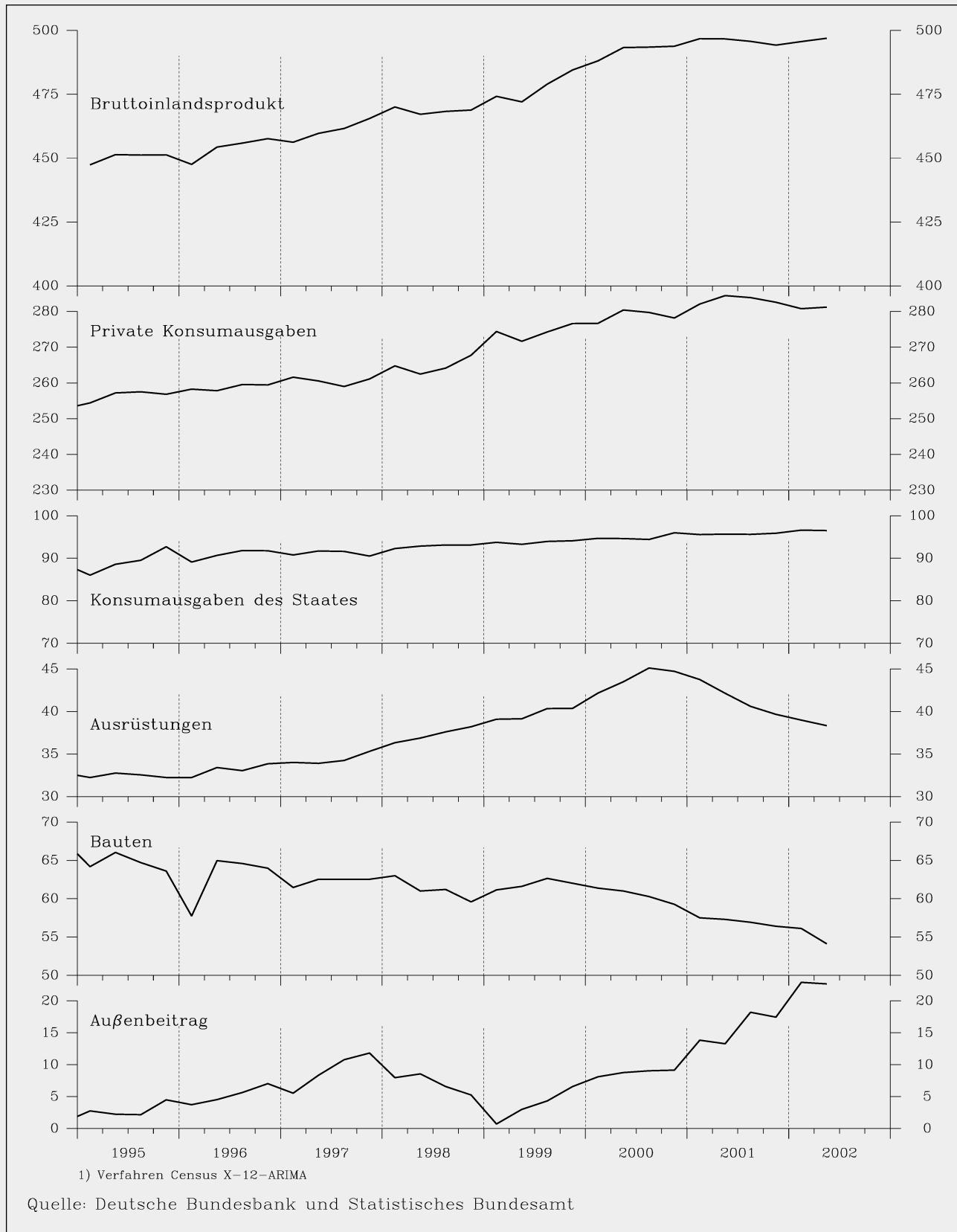
³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2002				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/Aug. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,5	+ 1,9	- 0,6	+ 1,8	+ 1,2
Industrie ³	- 1,6	+ 2,3	- 0,6	+ 2,1	+ 1,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	+ 1,3	- 0,4	+ 1,5	+ 1,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,1	+ 4,2	- 0,7	+ 3,6	+ 3,2
- Konsumgüterproduzenten	- 0,8	+ 1,3	- 1,0	+ 1,0	+ 0,1
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,2	+ 5,7	+ 1,5	- 2,8	+ 2,9
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,2	- 1,5	+ 1,9	- 0,5
Energie ⁴	+ 2,3	- 2,2	- 3,2	+ 1,5	- 3,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 4,4	+ 1,4	+ 0,6	- 0,8	+ 0,8
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2002				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.-Aug. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,1	- 2,0	- 1,8	- 1,2	- 2,9
Industrie ³	- 4,1	- 1,8	- 1,1	- 0,3	- 2,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,3	- 1,2	- 0,1	+ 1,2	- 1,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 6,4	- 1,8	- 1,4	+ 0,3	- 3,9
- Konsumgüterproduzenten	- 3,3	- 2,6	- 2,6	- 4,1	- 2,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 12,8	- 8,0	- 3,6	- 11,0	- 8,4
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,9	- 1,2	- 2,4	- 2,5	- 1,3
Energie ⁴	+ 2,1	+ 1,4	- 2,2	- 1,6	- 0,6
Bauhauptgewerbe ⁵	- 8,8	- 7,2	- 7,2	- 9,4	- 5,0
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2001	2002			
	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

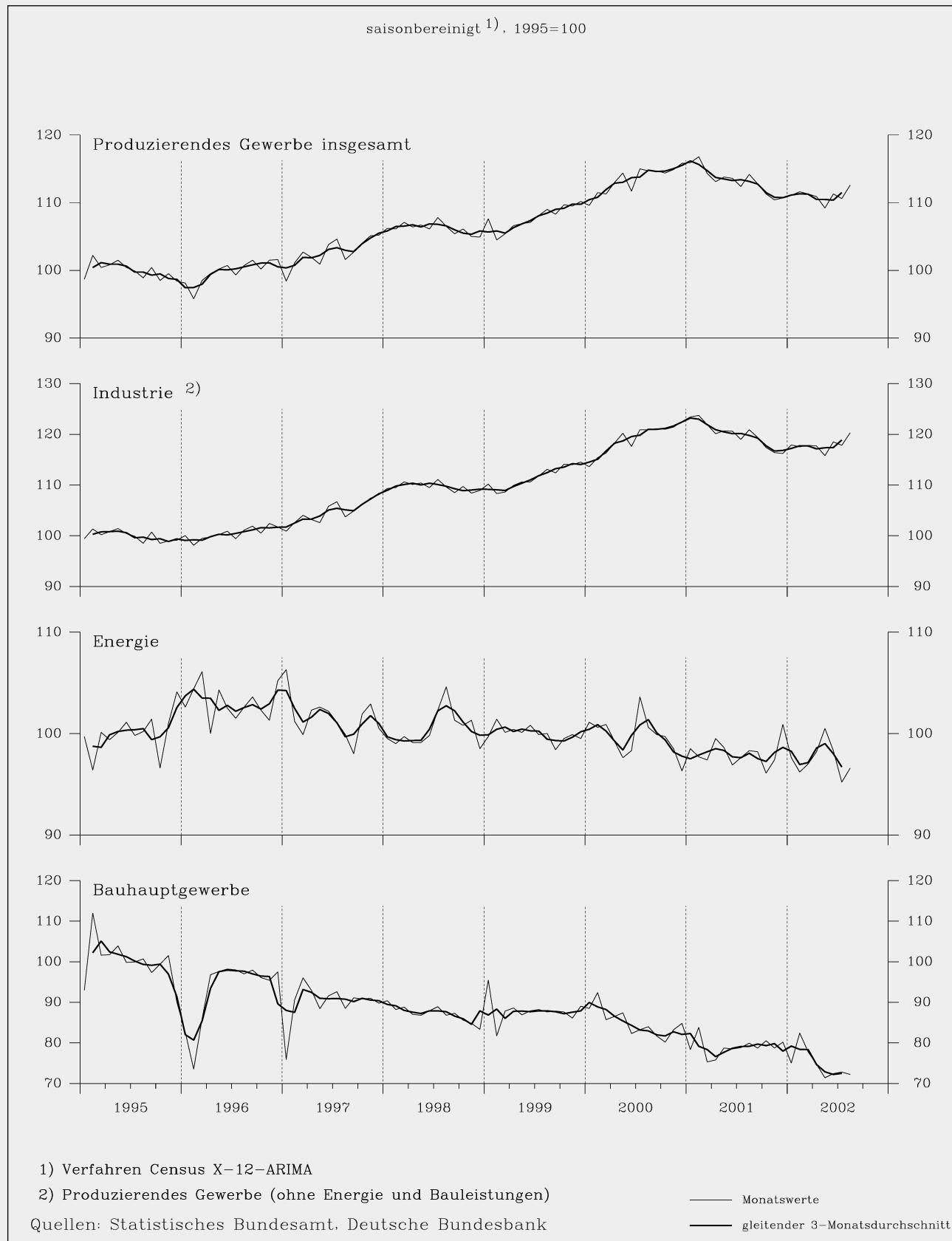
⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/ Aug. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,6	+ 2,0	- 0,5	+ 1,5	+ 1,4
Industrie ³	- 1,7	+ 2,4	- 0,3	+ 1,8	+ 1,7
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	+ 1,4	- 0,3	+ 1,2	+ 1,1
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,0	+ 4,2	- 0,4	+ 3,3	+ 3,4
- Konsumgüterproduzenten	- 1,0	+ 1,2	- 0,8	+ 0,5	+ 0,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,6	+ 6,0	+ 3,4	- 4,7	+ 4,0
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,1	- 1,8	+ 1,8	- 0,9
Energie ⁴	+ 2,4	- 2,5	- 3,2	+ 1,6	- 3,6
Bauhauptgewerbe ⁵	- 4,7	+ 1,5	+ 1,3	- 1,4	+ 1,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.- Aug. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,2	- 2,1	- 1,5	- 1,2	- 3,0
Industrie ³	- 4,5	- 2,1	- 1,1	- 0,5	- 3,2
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,8	- 1,5	- 0,2	+ 1,0	- 2,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 6,6	- 2,1	- 1,2	+ 0,2	- 4,1
- Konsumgüterproduzenten	- 3,6	- 3,2	- 2,9	- 4,4	- 3,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 13,6	- 8,7	- 3,0	- 12,0	- 8,8
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,0	- 1,7	- 2,9	- 2,6	- 1,6
Energie ⁴	+ 2,4	+ 1,3	- 2,5	- 1,6	- 0,6
Bauhauptgewerbe ⁵	- 7,2	- 5,5	- 5,0	- 7,6	- 3,5
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	85,5	84,6	82,8	83,3	83,8
	2001				
	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	58,9	57,8	56,6	57,3	56,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

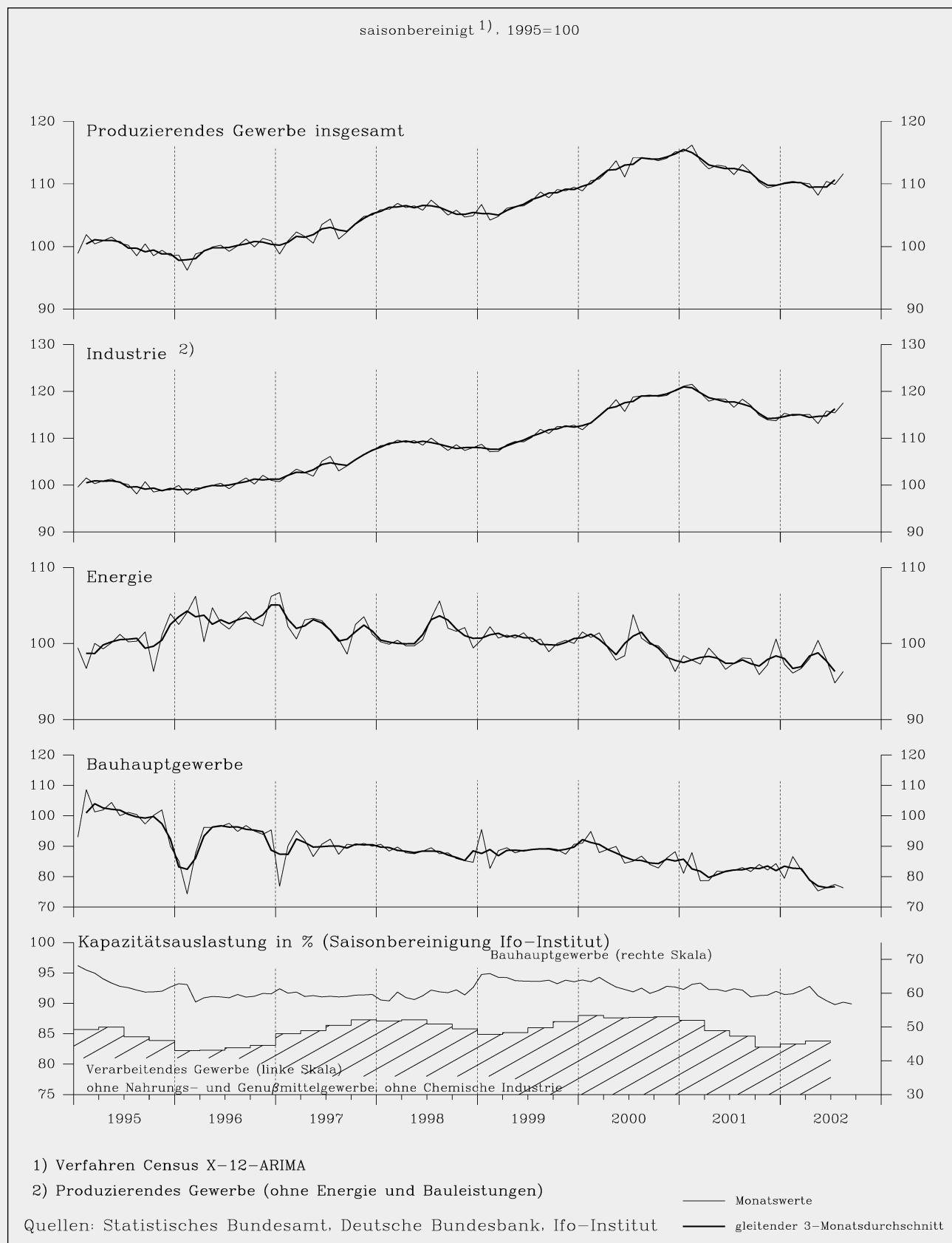
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/ Aug. ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,7	+ 1,3	- 3,3	+ 5,0	- 0,2
Industrie ³	- 0,6	+ 1,7	- 3,4	+ 6,1	+ 0,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,2	- 2,1	+ 5,1	+ 0,3
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,6	+ 5,8	- 6,2	+ 8,1	+ 0,4
- Konsumgüterproduzenten	+ 2,1	+ 0,8	- 2,4	+ 5,8	+ 0,8
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 3,3	- 19,8	+ 25,3	- 8,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7
Energie ⁴	+ 1,9	- 0,3	- 3,4	+ 0,7	- 3,1
Bauhauptgewerbe ⁵	- 2,9	+ 0,9	- 3,1	+ 2,3	- 1,6
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	Mai	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.- Aug. ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,7	- 0,9	- 4,1	- 2,5	- 1,0
Industrie ³	+ 0,3	+ 2,4	- 1,1	+ 1,3	+ 1,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 3,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,9	+ 2,8	- 5,4	+ 1,6	+ 0,1
- Konsumgüterproduzenten	- 0,3	+ 2,3	+ 0,1	- 1,0	+ 0,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,1	+ 1,0	- 11,1	+ 0,4	- 4,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,6	+ 2,6	+ 2,0	- 1,2	+ 1,7
Energie ⁴	+ 0,2	+ 2,4	- 0,7	- 1,4	+ 0,3
Bauhauptgewerbe ⁵	- 15,4	- 14,8	- 16,4	- 16,5	- 12,1
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001		2002		
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	82,2	81,0	79,0	77,7	79,7
	2001	2002			
	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	66,7	65,9	67,1	68,2	67,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

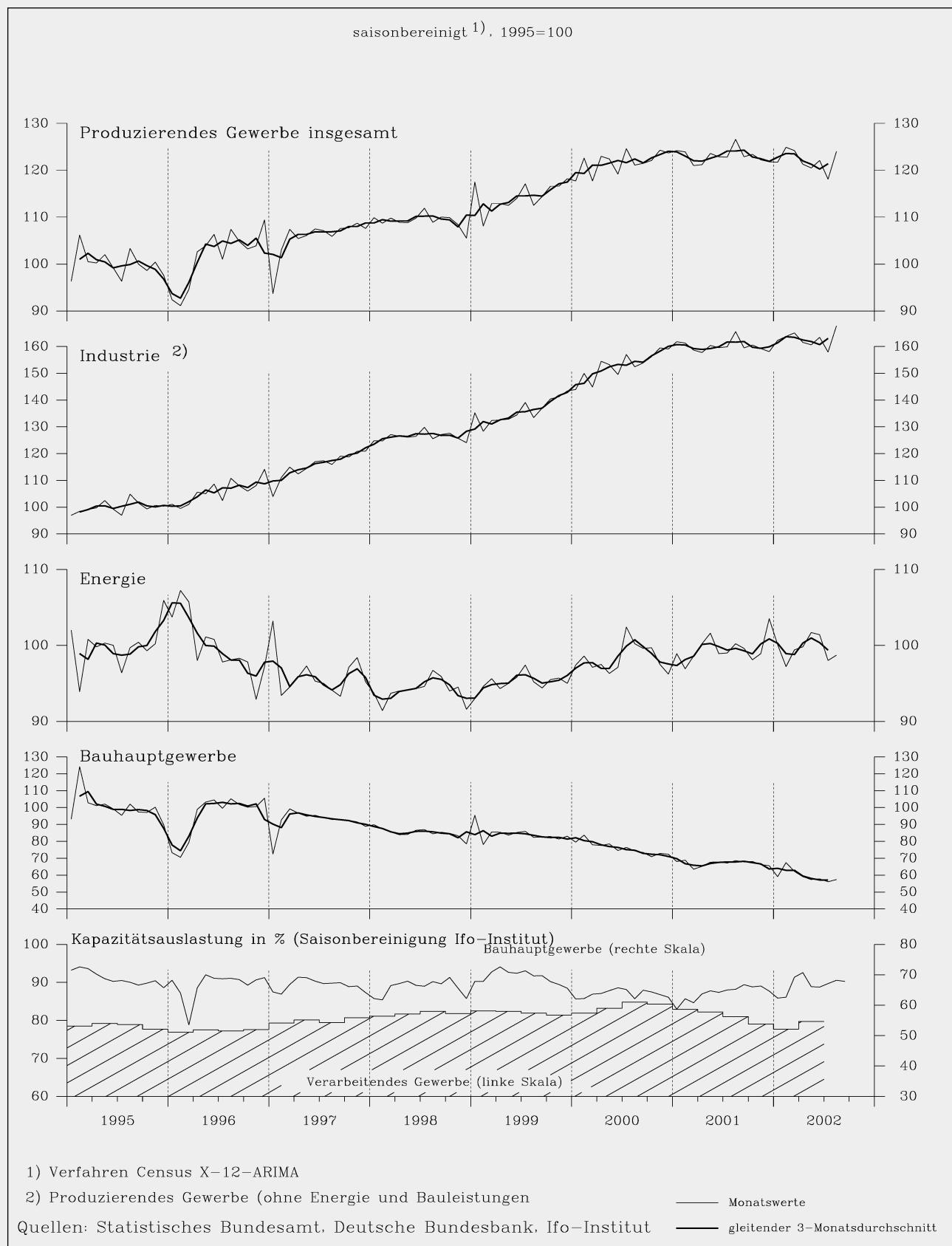
⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/ Aug. ^p	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/ Aug. ^p
Industrie insgesamt³	- 3,3	- 0,3	+ 1,7	- 1,2	- 3,3	- 0,4	+ 1,7	- 1,2
Inland	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3
Ausland	- 7,4	- 1,4	+ 2,7	- 3,9	- 7,4	- 1,5	+ 2,6	- 4,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,7	+ 0,3	- 0,1	0	- 1,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,3
Inland	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8
Ausland	- 3,0	+ 0,4	- 1,2	- 1,6	- 3,4	+ 0,5	- 1,4	- 1,9
Investitionsgüterproduzenten	- 5,9	- 0,3	+ 4,1	- 1,4	- 5,6	- 0,6	+ 4,2	- 1,4
Inland	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,4
Ausland	- 10,8	- 2,0	+ 5,7	- 5,0	- 10,6	- 2,4	+ 5,7	- 5,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,3	- 2,7	- 1,8	- 3,7	- 0,2	- 2,8	- 1,7	- 3,7
Inland	- 0,1	- 2,4	- 1,8	- 3,3	- 0,2	- 2,4	- 1,7	- 3,3
Ausland	- 0,6	- 3,2	- 1,8	- 4,3	- 0,3	- 3,5	- 1,7	- 4,4
Auftragseingang ²								
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Werte				Volumen				
2002								
	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.- Aug. ^p	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.- Aug. ^p
Industrie insgesamt³	+ 1,0	+ 3,8	- 1,7	- 1,9	+ 1,0	+ 3,5	- 2,2	- 2,0
Inland	+ 0,3	+ 1,3	- 5,7	- 5,0	+ 0,1	+ 0,9	- 6,0	- 5,0
Ausland	+ 1,9	+ 7,0	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 6,7	+ 2,9	+ 1,8
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 5,1	- 1,9	- 2,0	+ 3,1	+ 5,8	- 1,6	- 0,4
Inland	0	+ 2,9	- 3,4	- 4,5	+ 1,1	+ 3,4	- 3,1	- 3,1
Ausland	+ 4,6	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 6,4	+ 9,8	+ 0,9	+ 3,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 4,2	+ 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 2,8	- 0,6	- 2,9
Inland	+ 1,6	+ 1,4	- 6,2	- 5,1	+ 0,5	- 0,1	- 7,0	- 6,5
Ausland	- 0,2	+ 6,9	+ 6,9	+ 1,7	- 1,2	+ 5,7	+ 5,9	+ 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,4	- 5,0	- 10,6	- 4,7	+ 5,4	- 5,7	- 11,2	- 5,2
Inland	- 3,0	- 5,8	- 11,4	- 8,1	- 3,5	- 6,7	- 12,3	- 8,8
Ausland	+ 23,5	- 3,3	- 8,5	+ 2,7	+ 24,1	- 3,5	- 8,5	+ 2,5
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,2	+ 0,3	- 8,6	- 2,6	- 3,4	+ 0,1	- 9,0	- 3,2
Inland	- 3,0	- 2,4	- 10,4	- 4,8	- 3,4	- 2,7	- 10,6	- 5,4
Ausland	- 3,8	+ 5,5	- 5,3	+ 2,0	- 3,6	+ 5,3	- 5,7	+ 1,4
Nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 2,0	- 2,8	- 9,7	- 3,8	+ 1,9	- 3,3	- 10,2	- 4,4
Inland	- 3,0	- 4,2	- 11,0	- 6,6	- 3,5	- 4,8	- 11,4	- 7,3
Ausland	+ 14,3	- 0,1	- 7,2	+ 2,4	+ 14,8	- 0,5	- 7,4	+ 2,1
Auftragsbestand								
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
2000			2001			2002		
Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

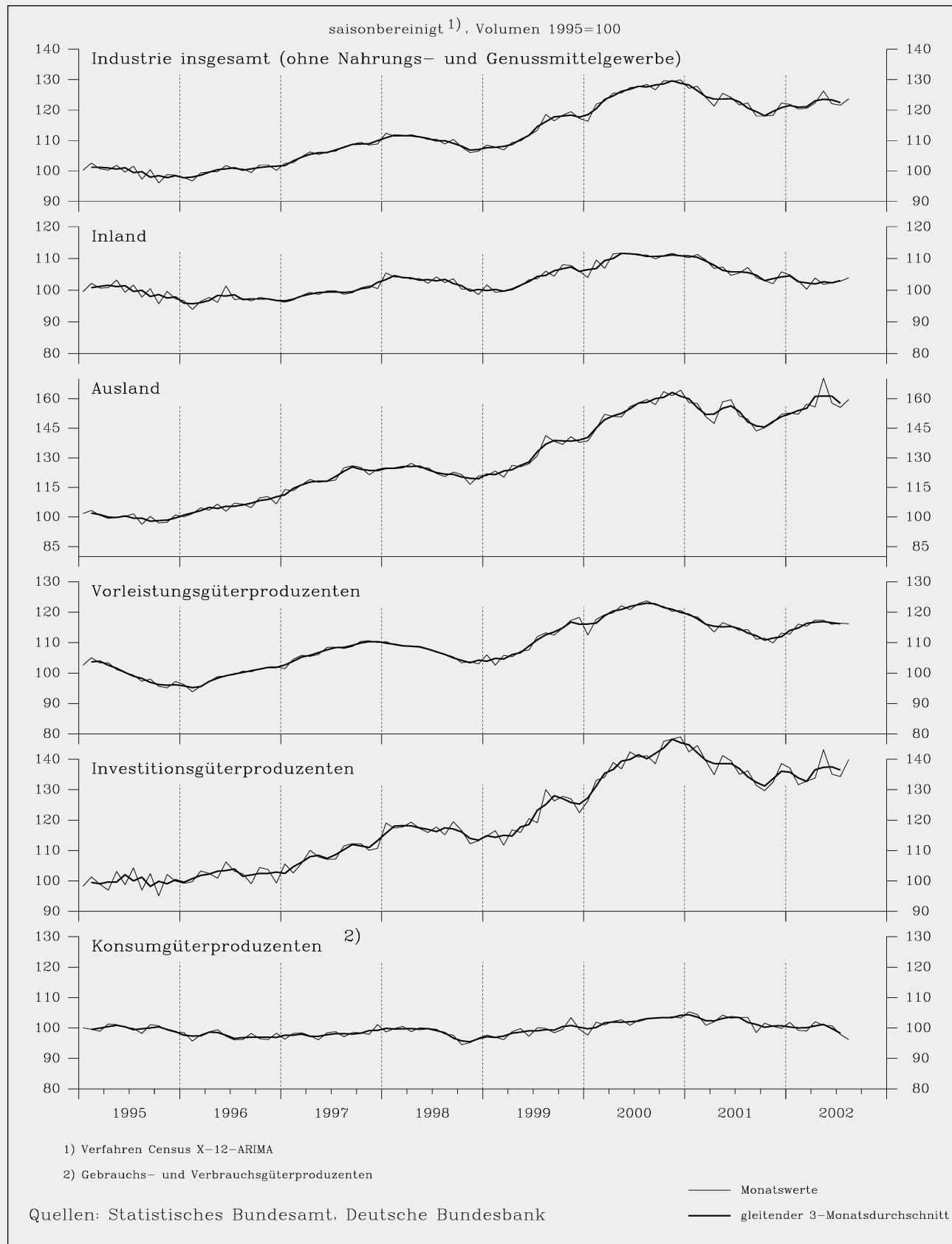
⁶ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/Aug. ^p	Juni	Juli	Aug. ^p	Juli/Aug. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 3,6	+ 0,1	+ 0,4	- 1,5	- 3,5	- 0,2	+ 0,4	- 1,7
Inland	+ 0,4	+ 1,3	0	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,2
Ausland	- 7,5	- 1,2	+ 0,9	- 4,7	- 7,4	- 1,4	+ 0,7	- 4,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,5	- 0,9	0	- 0,7	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 6,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,8	- 6,1	+ 0,2	+ 1,9	- 2,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,4	- 2,1	- 2,4	- 3,5	- 0,4	- 2,2	- 2,3	- 3,6
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 0,5	- 5,3	+ 20,8	+ 4,8	+ 0,3	- 4,8	+ 20,1	+ 4,9
Inland	+ 3,6	- 5,7	+ 11,2	+ 1,4	+ 3,5	- 5,5	+ 11,3	+ 1,6
Ausland	- 5,8	- 4,6	+ 42,4	+ 12,1	- 6,4	- 3,2	+ 40,1	+ 12,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,3	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,7	- 2,7	+ 3,4	+ 5,1	+ 4,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,4	- 13,8	+ 45,2	+ 7,5	+ 3,6	- 13,0	+ 44,5	+ 8,1
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 2,0	- 9,3	+ 7,3	- 5,1	+ 2,0	- 9,0	+ 6,7	- 5,0
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.-Aug. ^p	Juni	Juli	Aug. ^p	Jan.-Aug. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	+ 0,7	+ 3,9	- 2,8	- 2,3	+ 0,7	+ 3,5	- 3,3	- 2,5
Inland	- 0,5	+ 1,2	- 6,6	- 5,4	- 0,5	+ 0,8	- 6,9	- 5,5
Ausland	+ 2,0	+ 7,1	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,1	+ 6,8	+ 1,5	+ 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,8	+ 4,6	- 2,5	- 2,6	+ 3,1	+ 5,4	- 2,5	- 1,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 4,8	- 1,1	- 1,8	- 0,9	+ 3,4	- 2,1	- 3,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,3	- 4,3	- 10,9	- 4,4	+ 5,4	- 5,0	- 11,6	- 5,1
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	- 3,7	- 0,3	- 9,4	- 3,2	- 3,9	- 0,5	- 9,8	- 3,8
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 1,7	- 2,7	- 10,3	- 3,9	+ 1,7	- 3,2	- 10,8	- 4,6
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 4,9	+ 2,3	+ 11,4	+ 3,5	+ 5,3	+ 3,0	+ 11,5	+ 4,1
Inland	+ 7,3	+ 1,5	+ 3,3	- 0,5	+ 7,5	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,2
Ausland	+ 0,1	+ 3,8	+ 30,1	+ 11,8	+ 0,6	+ 5,7	+ 30,0	+ 12,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,5	+ 8,9	+ 5,2	+ 4,2	+ 4,0	+ 10,0	+ 5,9	+ 6,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,6	- 5,1	+ 21,6	+ 3,1	+ 6,9	- 5,1	+ 21,3	+ 2,6
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,2	- 13,1	- 5,1	- 6,8	+ 6,6	- 13,7	- 5,6	- 7,5
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 3,6	+ 10,5	+ 4,4	+ 7,9	+ 3,5	+ 10,6	+ 4,5	+ 7,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 5,7	- 3,2	- 1,0	- 1,1	+ 5,3	- 3,4	- 1,2	- 1,6
	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	2000		2001			2002		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Auftragsbestand								
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7b}	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,7	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,3	2,2
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4	3,3	3,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,8	1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2	2,4	2,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4	1,4	1,6
Investitionsgüter prod. Gewerbe	4,1	4,1	4,4	4,2	3,6	2,9	3,2	2,9
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	1,7	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

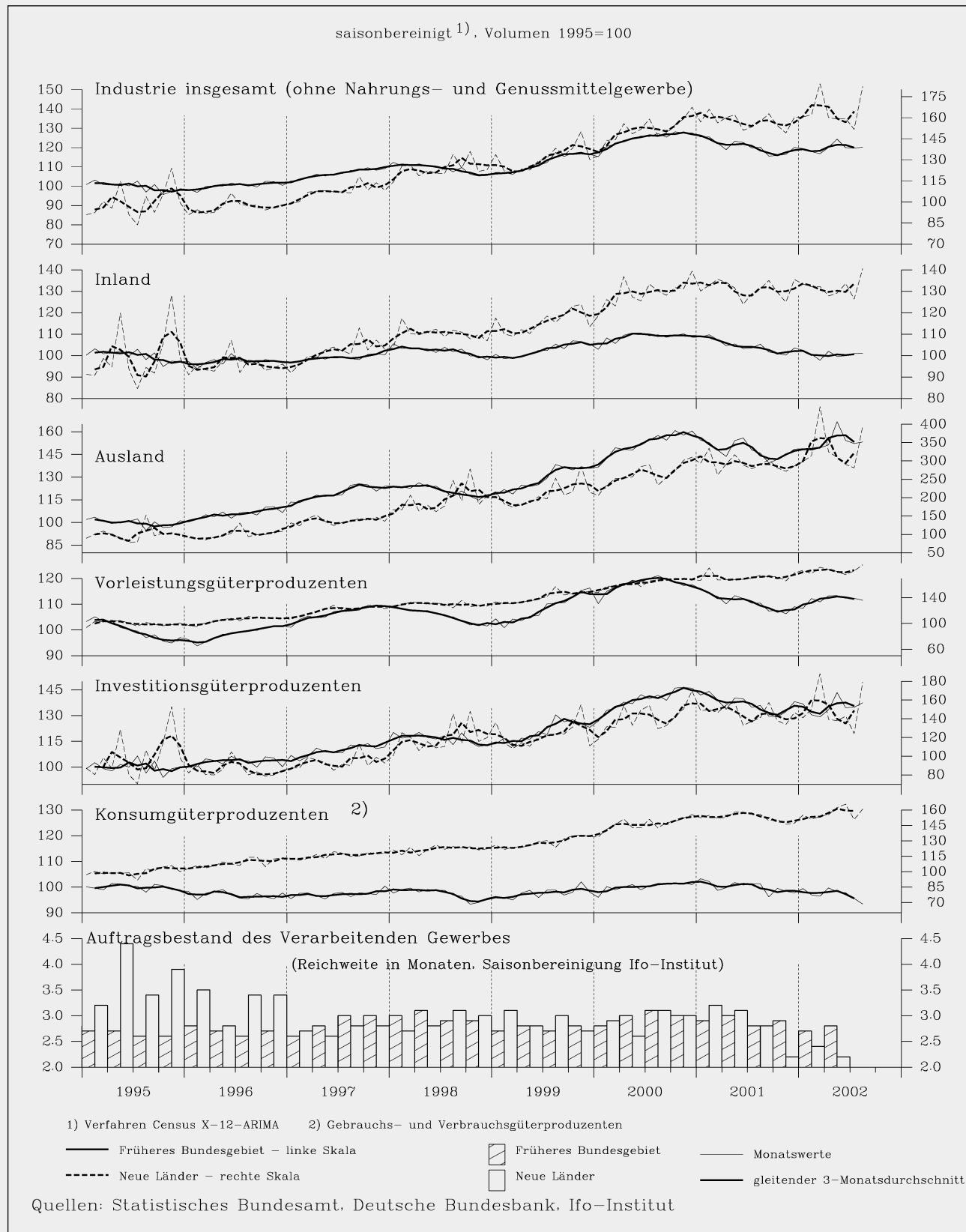
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 9,1	+ 5,3	- 3,0	- 1,2	- 9,0	+ 5,1	- 2,8	- 1,3
Hochbau	- 8,0	+ 7,2	- 4,3	+ 0,5	- 7,6	+ 6,8	- 4,3	+ 0,3
Wohnungsbau	- 6,0	- 1,2	- 8,4	- 8,4	- 5,9	- 1,4	- 8,3	- 8,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 9,2	+ 12,3	- 2,2	+ 5,6	- 8,7	+ 11,8	- 2,1	+ 5,6
- Gewerblicher Hochbau	- 5,0	+ 8,7	+ 0,6	+ 6,2
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 22,0	+ 25,5	- 10,9	+ 4,1
Tiefbau	- 10,4	+ 3,3	- 1,6	- 3,1	- 10,4	+ 3,1	- 1,4	- 3,2
Straßenbau	+ 2,5	- 0,8	- 7,5	- 3,3	+ 2,6	- 1,1	- 7,5	- 3,5
Tiefbau ohne Straßenbau	- 16,8	+ 5,8	+ 1,7	- 3,0	- 16,6	+ 5,5	+ 2,0	- 3,1
- Gewerblicher Tiefbau	- 24,7	+ 7,5	+ 1,4	- 6,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 7,4	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,2
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 16,4	- 10,6	- 3,8	- 6,1	- 16,0	- 10,1	- 3,3	- 5,7
Hochbau	- 21,1	- 16,6	- 10,0	- 11,7	- 20,6	- 16,0	- 9,7	- 11,1
Wohnungsbau	- 19,2	- 22,1	- 13,3	- 17,1	- 18,8	- 21,8	- 12,8	- 16,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 22,3	- 13,3	- 8,4	- 8,7	- 21,8	- 12,7	- 7,9	- 8,0
- Gewerblicher Hochbau	- 23,1	- 9,0	- 10,2	- 9,6
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 18,6	- 23,7	- 1,5	- 4,7
Tiefbau	- 10,5	- 2,7	+ 3,8	+ 1,5	- 10,1	- 2,4	+ 4,4	+ 1,9
Straßenbau	- 8,7	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,5	- 8,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,6
Tiefbau ohne Straßenbau	- 11,7	- 4,5	+ 5,6	+ 1,3	- 11,2	- 4,0	+ 6,2	+ 1,9
- Gewerblicher Tiefbau	- 7,3	- 1,1	+ 12,2	+ 9,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 15,1	- 7,5	- 0,3	- 6,0
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2001				2002			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

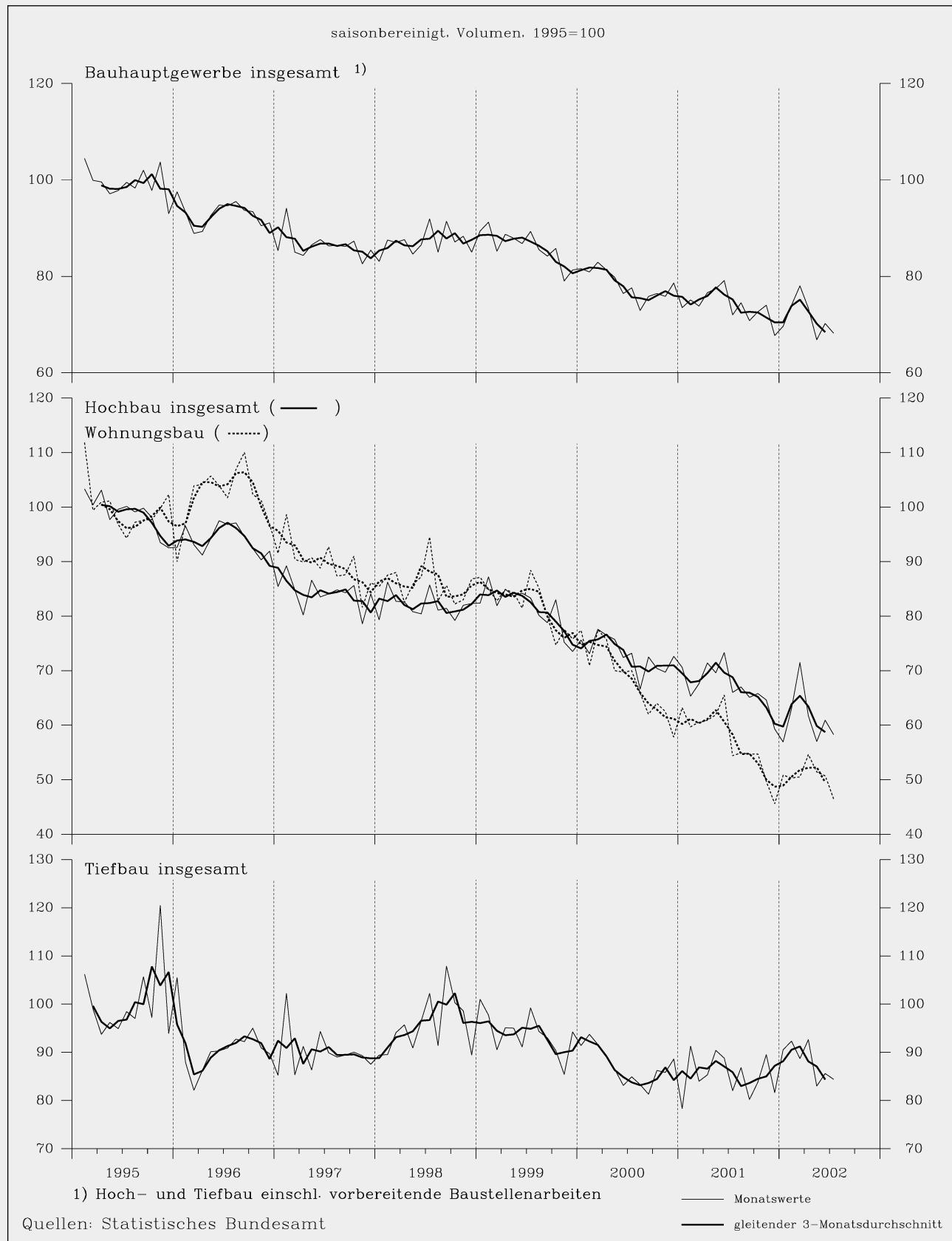
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,0	+ 8,5	- 3,3	+ 0,5	- 10,7	+ 8,3	- 3,2	+ 0,5
Hochbau	- 9,3	+ 9,1	- 3,1	+ 2,3	- 9,0	+ 9,0	- 3,0	+ 2,4
Wohnungsbau	- 7,2	0	- 10,5	- 8,8	- 7,2	0	- 10,5	- 8,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 10,5	+ 14,7	+ 1,1	+ 8,9	- 10,1	+ 14,5	+ 1,2	+ 9,1
Tiefbau	- 12,9	+ 7,4	- 3,7	- 1,8	- 12,9	+ 7,4	- 3,6	- 1,8
Straßenbau	- 0,3	+ 3,5	- 7,4	- 0,5	- 0,2	+ 3,5	- 7,3	- 0,3
Tiefbau ohne Straßenbau	- 19,0	+ 9,8	- 1,6	- 2,6	- 18,8	+ 9,6	- 1,6	- 2,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,7	- 4,4	- 2,1	- 6,7	- 2,9	- 4,6	- 2,1	- 7,0
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 17,7	- 9,0	- 2,6	- 5,9	- 17,3	- 8,6	- 1,9	- 5,4
Hochbau	- 21,5	- 14,5	- 7,2	- 10,3	- 20,9	- 14,0	- 6,6	- 9,7
Wohnungsbau	- 15,0	- 18,9	- 10,3	- 14,4	- 14,3	- 18,3	- 9,8	- 13,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 24,8	- 12,0	- 5,7	- 7,9	- 24,4	- 11,5	- 5,2	- 7,4
Tiefbau	- 12,6	- 1,6	+ 3,9	+ 0,3	- 12,2	- 1,1	+ 4,6	+ 0,8
Straßenbau	- 5,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,5	- 5,2	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,0
Tiefbau ohne Straßenbau	- 16,7	- 5,3	+ 4,1	- 1,3	- 16,1	- 4,9	+ 4,6	- 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,4	- 15,2	- 8,1	- 6,7	- 11,2	- 15,2	- 8,2	- 6,5
Hochbau	- 19,3	- 24,6	- 21,9	- 17,8	- 18,7	- 24,1	- 21,5	- 17,3
Wohnungsbau	- 33,6	- 34,1	- 24,5	- 27,6	- 33,2	- 33,8	- 24,2	- 27,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 8,3	- 18,5	- 20,5	- 12,0	- 7,4	- 17,8	- 20,0	- 10,9
Tiefbau	- 4,4	- 5,9	+ 3,9	+ 4,5	- 4,7	- 6,3	+ 3,5	+ 4,7
Straßenbau	- 15,9	- 11,5	- 5,3	- 4,0	- 17,0	- 12,9	- 7,3	- 5,2
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 4,1	- 1,9	+ 9,7	+ 9,6	+ 4,6	- 1,5	+ 10,3	+ 10,5
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2001				2002			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,7	2,6	2,7	2,8	2,5	2,5	2,4	2,3
Hochbau	2,6	2,5	2,7	2,8	2,4	2,4	2,3	2,3
Tiefbau	3,0	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,6	2,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9
Hochbau	2,2	1,9	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
Tiefbau	1,9	2,0	1,8	1,9	2,1	2,0	2,1	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

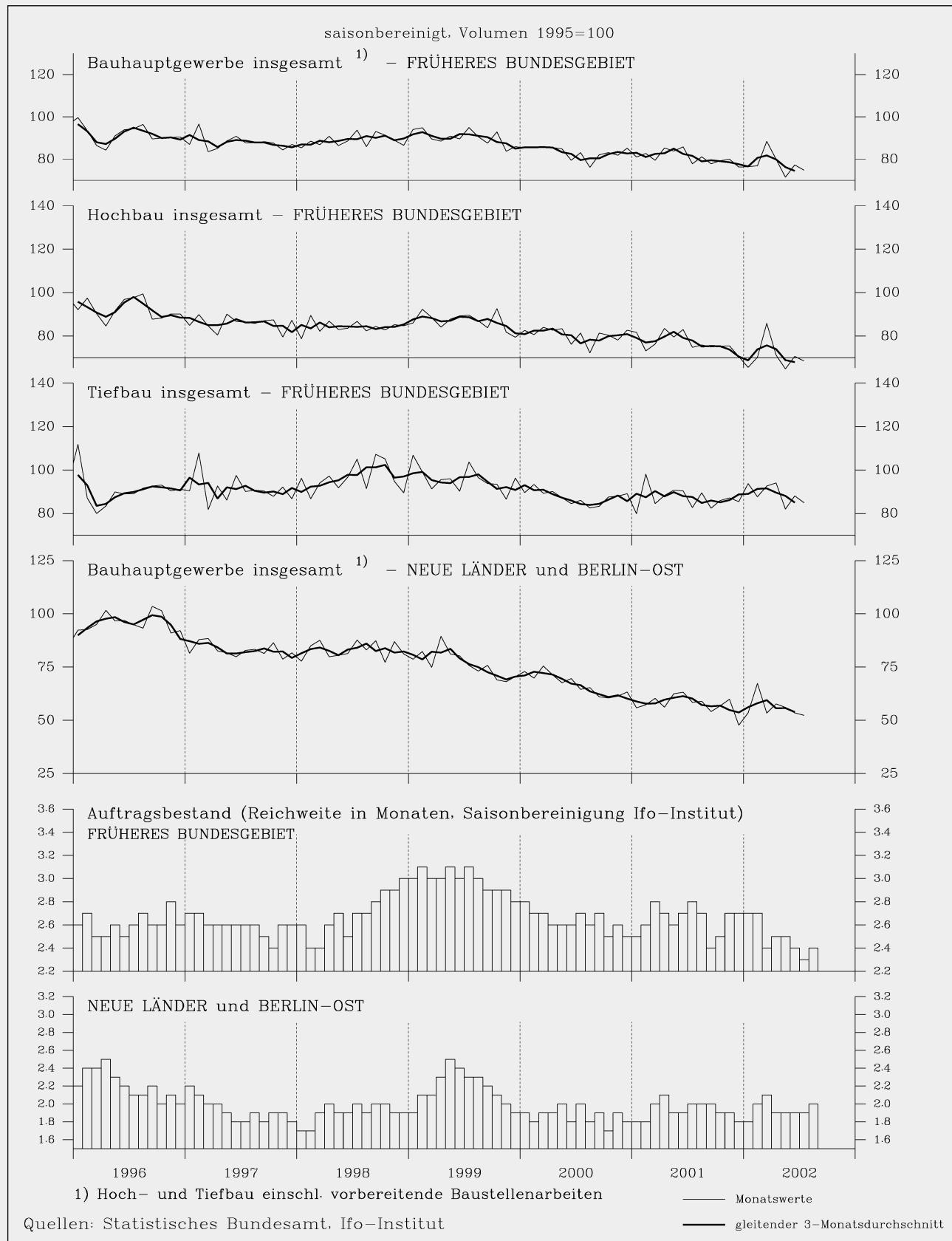
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Juni	Juli	Aug.	Juli/ Aug.	Juni	Juli	Aug.	Juli/ Aug.
Einzelhandel (einschl. EH mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen)	- 0,8	0	+ 0,8	0	- 0,8	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 1,1	+ 0,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	0
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Juni	Juli	Aug.	Jan.- Aug.	Juni	Juli	Aug.	Jan.- Aug.
Einzelhandel (EH; einschl. EH mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen)
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 4,0	+ 0,6	- 2,5	- 2,0	- 3,8	+ 1,0	- 2,2	- 2,7
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	- 3,5	+ 2,3	- 0,4	0	- 3,7	+ 2,3	- 0,6	- 1,4
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	- 3,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 0,9	- 3,2	+ 2,7	+ 0,5	- 0,6
Sonstige Waren verschiedener Art	- 5,6	- 0,9	- 6,7	- 5,8	- 6,1	- 1,1	- 7,1	- 6,7
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 4,4	- 2,0	- 4,1	- 2,2	- 5,0	- 2,8	- 5,4	- 3,9
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 1,7	+ 5,6	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,0	+ 6,6	+ 3,8	+ 3,6
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 7,5	- 2,1	- 5,8	- 6,2	- 8,1	- 2,5	- 6,3	- 7,0
darunter: Bekleidung	- 2,8	- 0,8	- 3,6	- 4,3	- 2,9	- 0,3	- 3,5	- 4,7
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 12,9	- 1,3	- 9,4	- 9,2	- 14,2	- 2,6	- 10,6	- 10,6
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 16,1	- 9,6	- 14,8	- 14,3	- 15,5	- 9,0	- 14,0	- 13,7
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 1,7	+ 1,1	+ 2,2	- 0,7	- 1,8	+ 1,0	+ 2,2	- 1,0
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 9,9	- 5,6	- 6,9	- 6,7	- 9,9	- 5,4	- 6,6	- 7,0
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	- 23,3	+ 105,6	- 12,4	+ 9,4	- 23,7	+ 104,7	- 12,7	+ 8,4
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 1,0	- 5,2	- 7,9	- 4,6	+ 6,5	+ 1,3	- 2,1	0
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 2000 = 100; Volumen in Preisen von 1995.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

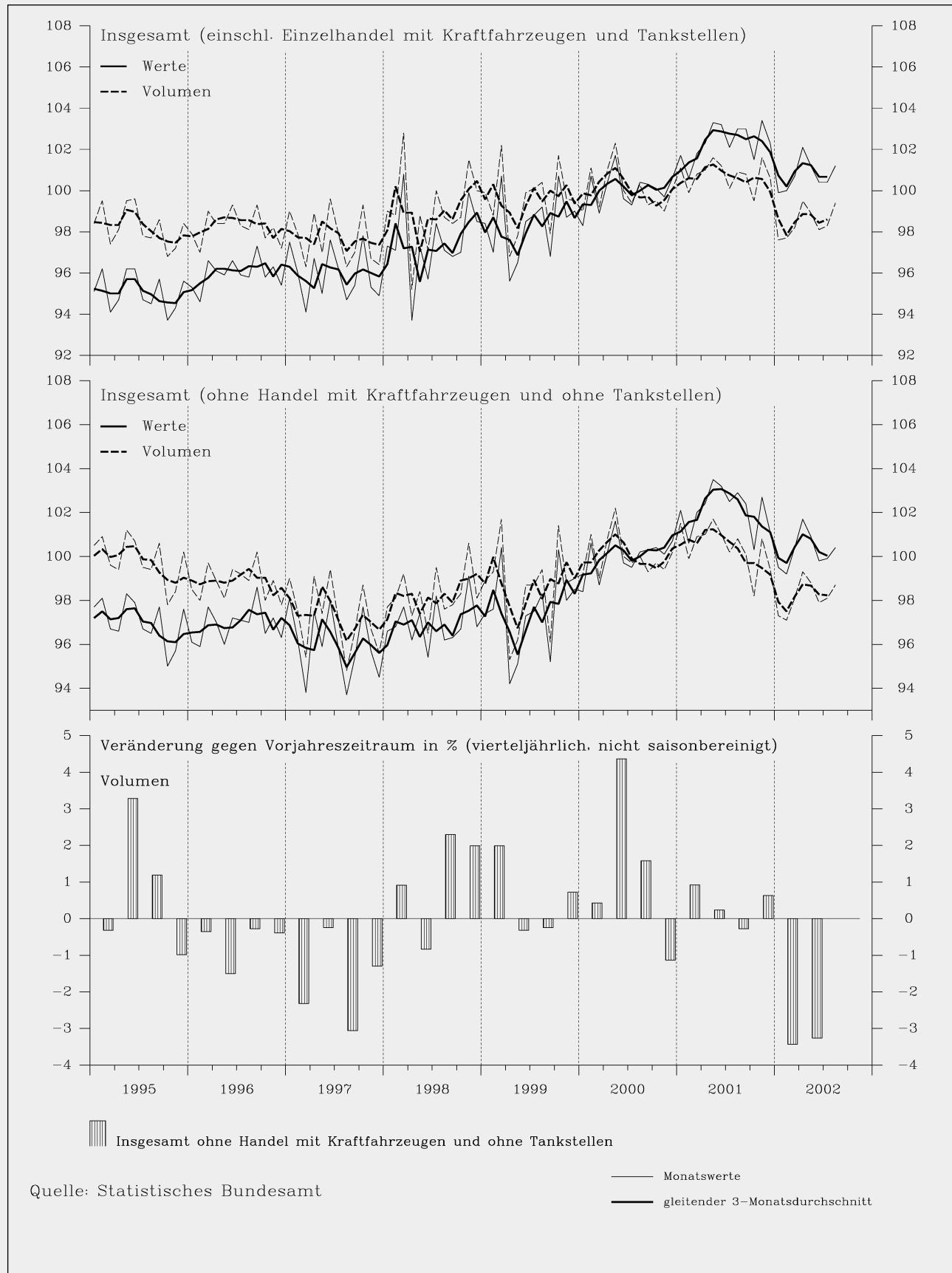
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juli	Aug.	Jan.- Aug.	Juli	Aug.	Jan.- Aug.
Einfuhr	45,9	42,8	365,4	43,0	41,6	341,2
Ausfuhr	55,3	51,6	427,2	54,8	52,2	425,3
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 9,4	+ 8,8	+ 61,8	+ 11,9	+ 10,5	+ 84,1
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,6	- 3,9	- 0,6	- 0,4	- 3,2
Dienstleistungen	- 5,0	- 4,8	- 34,5	- 4,6	- 3,7	- 26,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 4,1	+ 1,1	- 10,9	- 4,8	- 0,4	- 10,7
laufenden Übertragungen	- 2,6	- 1,5	- 17,5	- 1,7	- 1,5	- 16,4
Leistungsbilanz	- 2,7	+ 3,1	- 5,0	+ 0,2	+ 4,5	+ 27,1
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 2						
	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.	Jan.- Aug.
in Mrd. €						
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 9,8	+ 8,3	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7	+ 22,3
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
Dienstleistungen	+ 2,0	+ 4,4	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 7,9
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 0,9	+ 3,2	+ 3,2	- 0,6	- 1,5	+ 0,1
laufenden Übertragungen	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	0	+ 1,1
Leistungsbilanz	+ 11,5	+ 16,2	+ 9,0	+ 2,9	+ 1,4	+ 32,1
in %						
Einfuhr	- 9,7	- 4,8	- 0,6	- 6,5	- 2,7	- 6,6
Ausfuhr	- 2,2	+ 1,0	+ 5,6	- 0,9	+ 1,0	- 0,4
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 2						
	Werte			Volumen ³		
	Juli	Aug.	Juli / Aug.	Juni	Juli	Juni / Juli
Einfuhr	- 7,4	+ 8,1	- 0,1	+ 8,8	- 6,8	+ 2,2
Ausfuhr	- 4,9	+ 10,6	+ 2,6	+ 6,0	- 3,4	+ 3,2

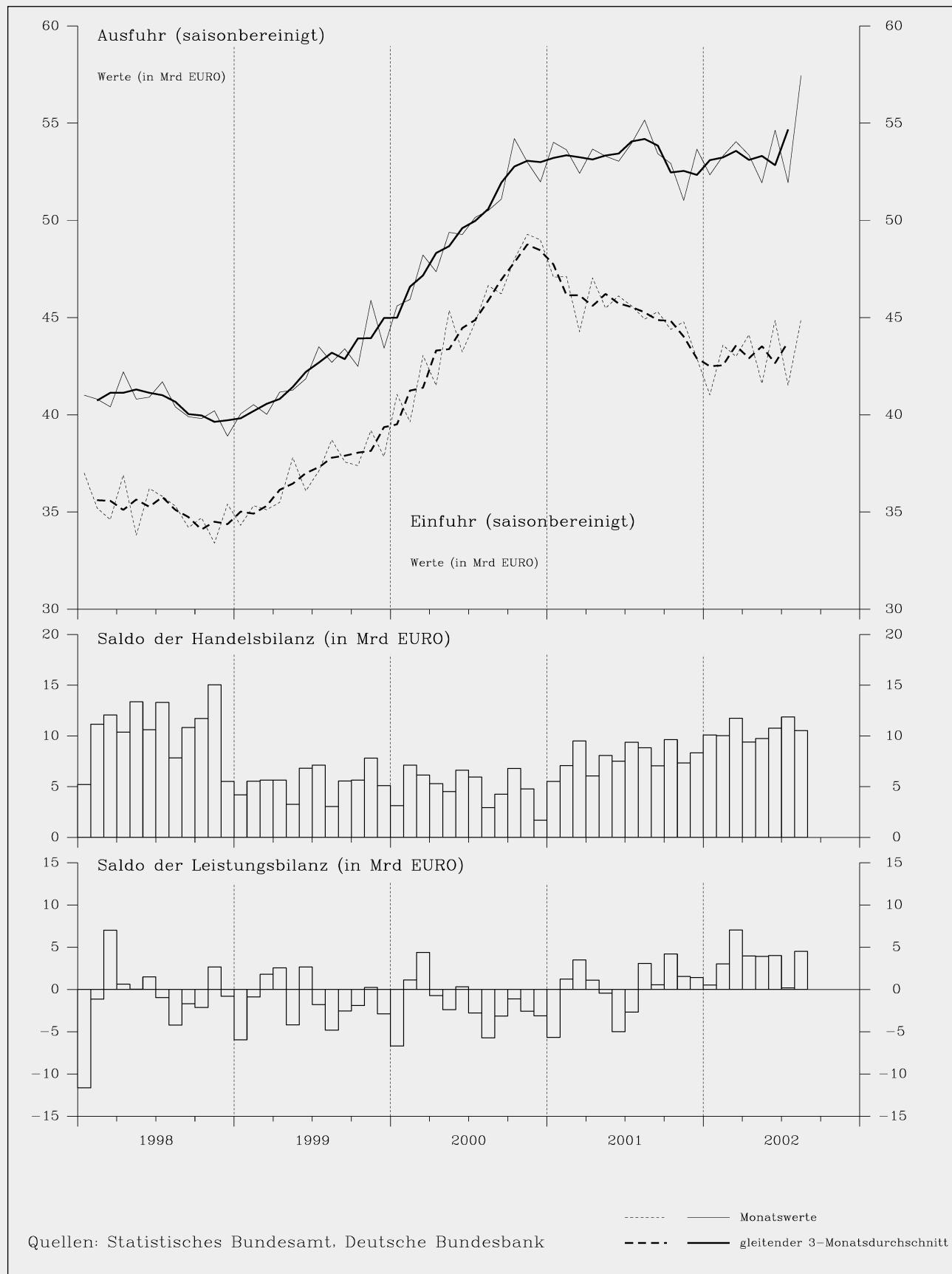
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 2000; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 915	39 002	39 213	38 685	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 799	3 789	3 743	4 047	4 018	3 942
Zugänge an Arbeitslosen	672	547	579	694	615	603
Abgänge an Arbeitslosen	567	557	625	602	644	680
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,2	9,2	9,0	9,7	9,6	9,5
Kurzarbeiter	103	92	114	173	145	216
Offene Stellen	522	508	485	471	458	420
	Veränderungen in 1.000 ³					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2 0 0 2					
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 32	.	.	- 230	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 93	- 29	- 76	+ 248	+ 229	+ 199
Zugänge an Arbeitslosen	+ 133	- 79	- 12	+ 23	+ 68	+ 24
Abgänge an Arbeitslosen	+ 48	+ 42	+ 36	+ 35	+ 86	+ 55
Kurzarbeiter	- 29	- 28	+ 72	+ 70	+ 53	+ 103
Offene Stellen	- 26	- 13	- 38	- 50	- 50	- 65
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴					
	2 0 0 2					
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
	38 789	38 751	38 709	38 704	.	.
Erwerbstätige insgesamt ¹	3 991	4 056	4 095	4 099	4 099	4 098
Arbeitslose insgesamt	9,6	9,7	9,8	9,8	9,8	9,8
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)					
	2 0 0 2					
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
	- 6	- 38	- 42	- 5	.	.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 16	+ 65	+ 39	+ 4	0	- 1
Arbeitslose insgesamt	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

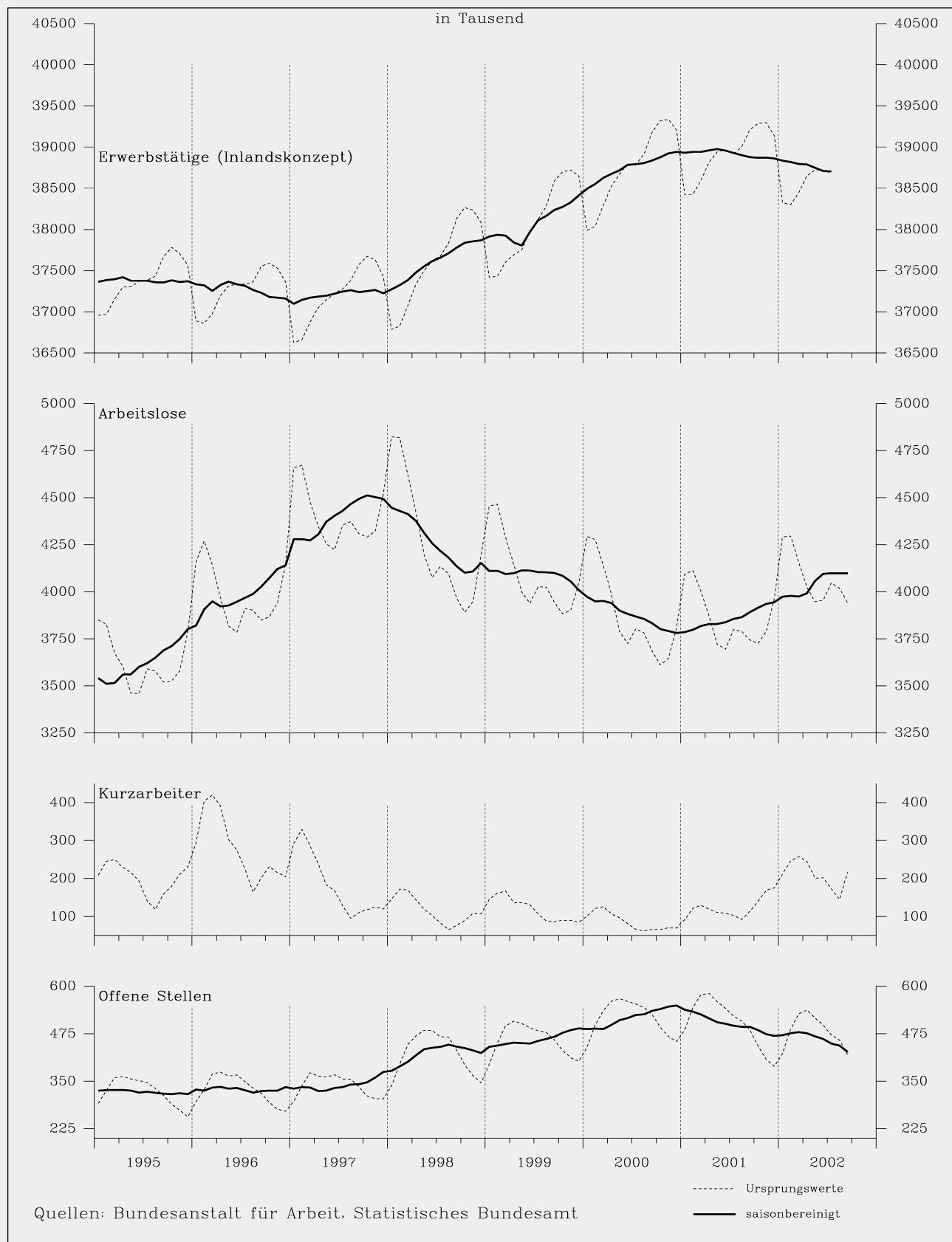
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 445	2 446	2 422	2 636	2 631	2 594
Zugänge an Arbeitslosen	453	388	394	496	439	421
Abgänge an Arbeitslosen	388	386	419	420	444	458
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,3	7,3	7,2	7,8	7,8	7,7
Kurzarbeiter	80	70	89	145	106	143
Offene Stellen	453	440	417	398	379	350
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 76	- 5	- 37	+ 191	+ 185	+ 173
Zugänge an Arbeitslosen	+ 122	- 57	- 18	+ 43	+ 51	+ 27
Abgänge an Arbeitslosen	+ 45	+ 24	+ 13	+ 32	+ 58	+ 39
Kurzarbeiter	- 23	- 38	+ 36	+ 65	+ 37	+ 53
Offene Stellen	- 23	- 19	- 29	- 54	- 61	- 67
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 2						
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 594	2 638	2 654	2 672	2 680	2 688
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 2						
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 6	+ 44	+ 16	+ 18	+ 8	+ 8
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 354	1 342	1 321	1 411	1 387	1 347
Zugänge an Arbeitslosen	218	160	185	198	176	182
Abgänge an Arbeitslosen	179	171	206	182	199	222
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,3	17,1	16,9	18,0	17,7	17,2
Kurzarbeiter	23	23	24	28	38	74
Offene Stellen	69	68	68	73	79	70
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2002						
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 17	- 24	- 40	+ 57	+ 45	+ 26
Zugänge an Arbeitslosen	+ 11	- 23	+ 6	- 20	+ 16	- 3
Abgänge an Arbeitslosen	+ 3	+ 18	+ 23	+ 3	+ 28	+ 16
Kurzarbeiter	- 6	+ 10	+ 35	+ 5	+ 16	+ 49
Offene Stellen	- 3	+ 6	- 9	+ 4	+ 11	+ 2
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2002						
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 397	1 418	1 441	1 427	1 419	1 410
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,8	18,1	18,4	18,2	18,1	18,0
Offene Stellen	69	69	70	70	75	70
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2002						
	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 10	+ 21	+ 23	- 14	- 8	- 9
Offene Stellen	- 1	0	+ 1	0	+ 5	- 5

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

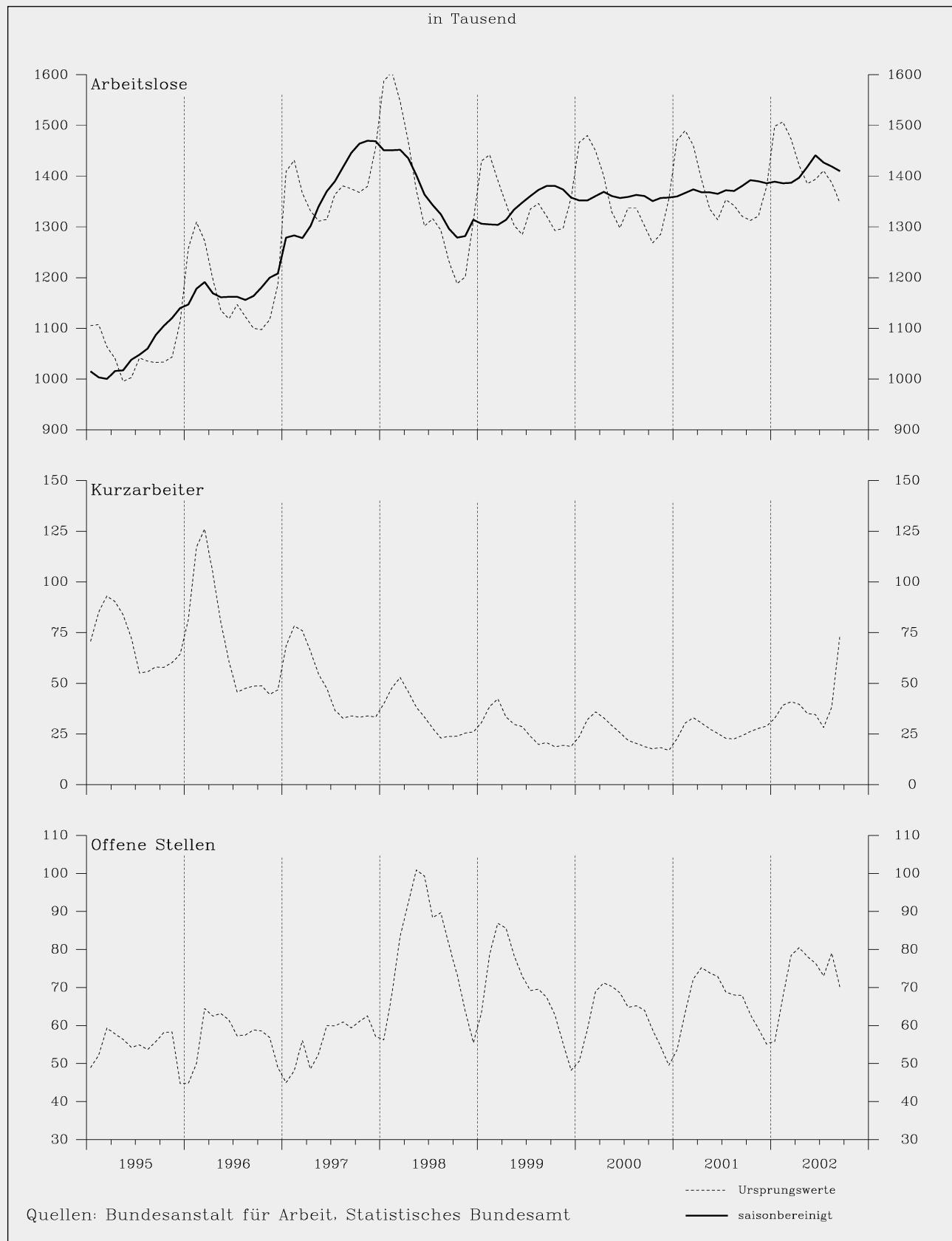
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Waren	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
- Verbrauchsgüter	- 0,3	- 0,3	+ 0,3	0	+ 0,3	+ 0,1
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,9	- 0,5	- 0,5
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 2,4	- 3,5	- 0,6	- 4,2	- 1,9	- 1,5
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	- 0,5	0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9
- Langlebige Gebrauchsgüter	- 0,1	- 0,2	0	+ 0,3	0	0
Dienstleistungen	+ 0,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 0,3	- 0,1	.	- 1,0	- 1,0	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	- 0,3	- 0,3	.	- 2,4	- 2,4	.
- Energie	- 1,1	- 0,7	.	- 5,4	- 5,6	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,2	0	.	- 0,1	0	.
Investitionsgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 1,1	+ 1,1	.
Konsumgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,1	.	+ 0,4	+ 0,5	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 1,4	+ 1,5	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	0	0	.	+ 0,2	+ 0,2	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	0	- 0,3	.	- 6,7	- 8,2	.
Pflanzliche Produkte	- 2,5	- 2,2	.	- 2,6	- 3,9	.
Tierische Produkte	+ 1,3	+ 0,8	.	- 8,9	- 10,4	.
Baupreise³⁾	2 0 0 2					
	Febr.	Mai	Aug.	Febr.	Mai	Aug.
Wohngebäude						
Straßenbau	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

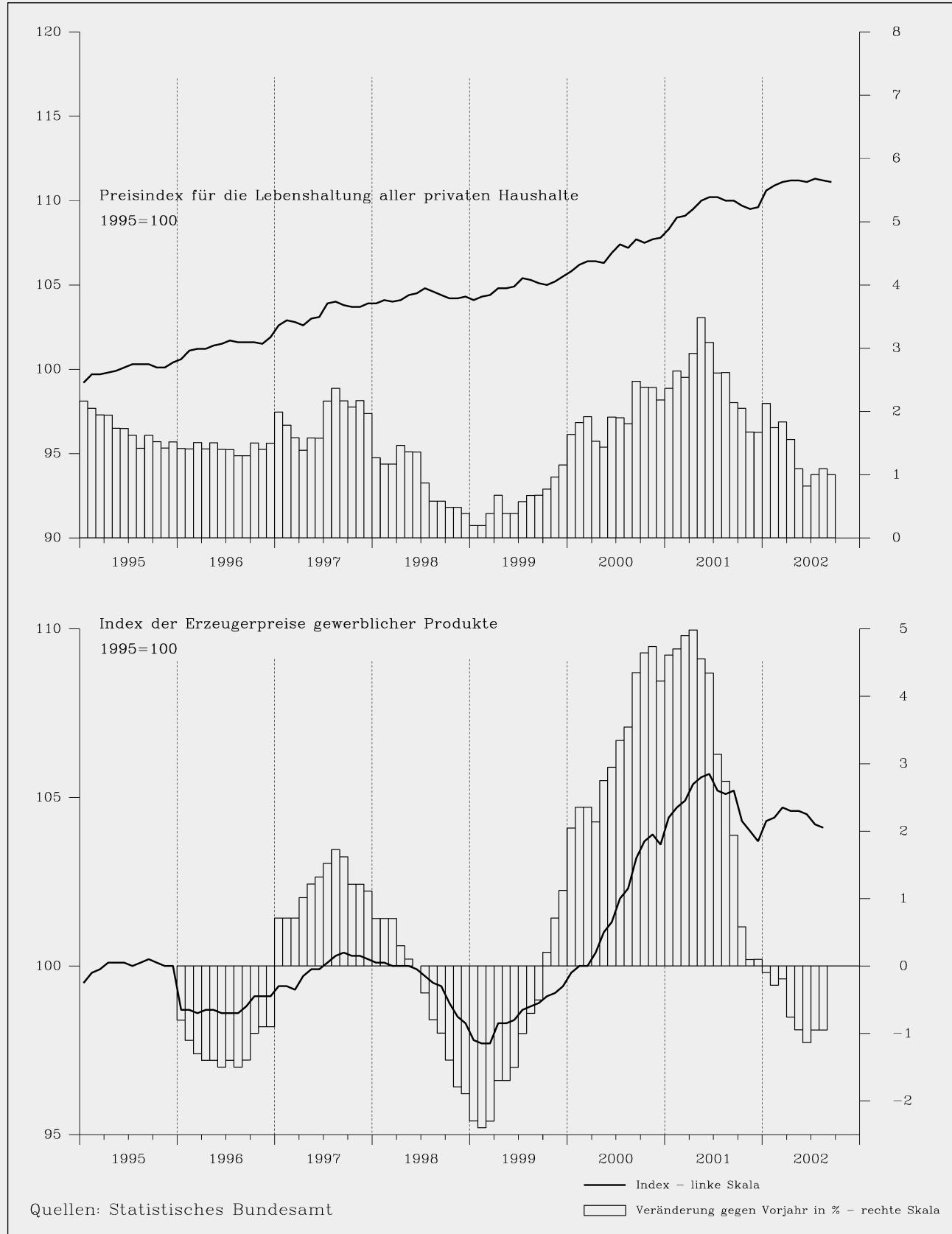
¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	+ 3,2	+ 1,9	+ 4,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 8,8
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 5,8	+ 1,9	+ 6,2	+ 8,5	+ 10,7	+ 20,8
- Industrie-Rohstoffe	+ 0,7	- 2,2	+ 0,4	- 0,4	0	+ 2,8
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 3,7	+ 3,2	+ 6,0	+ 2,2	+ 2,7	+ 9,3
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar ³⁾	+ 3,9	- 1,5	+ 0,3	+ 15,2	+ 8,5	+ 7,6
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	+ 1,2	- 0,7	+ 0,1	+ 7,4	+ 3,9	+ 3,6
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 0,5	+ 0,6	.	- 4,2	- 2,6	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 1,0	+ 0,9	.	- 3,3	- 1,8	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 0,4	+ 0,5	.	- 4,3	- 2,8	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 0,4	+ 1,7	.	- 11,7	- 7,6	.
- Fertigwaren	- 0,5	+ 0,1	.	- 2,0	- 1,3	.
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,1	+ 0,1	.	- 0,5	0	.
Terms of Trade	+ 0,4	- 0,5	.	+ 3,9	+ 2,7	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

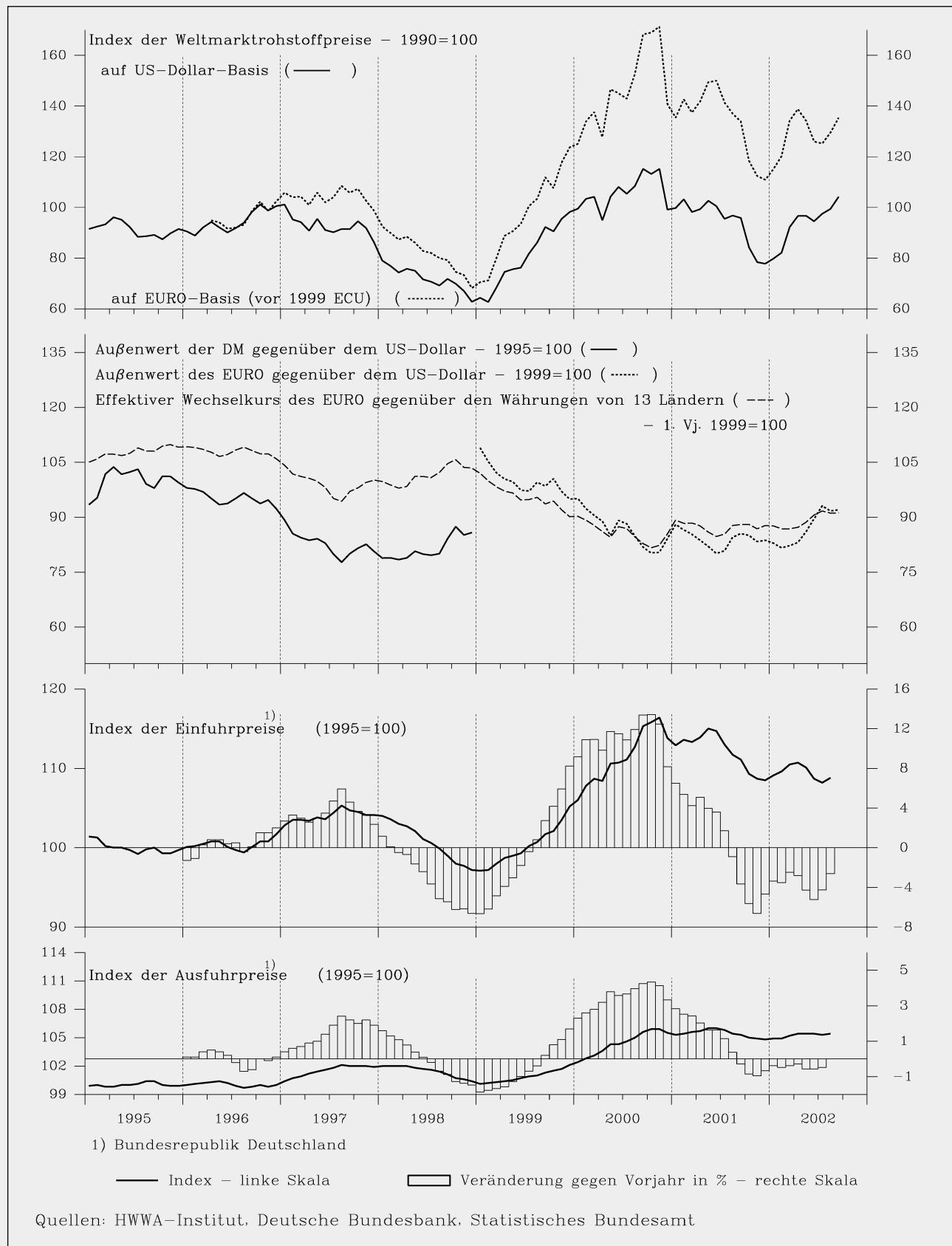
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ² in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)		Verdienst je Arbeitnehmer
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 ⁵	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldentart

	Stand 31. August 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 30. September 2002 Mio. €
Anleihen ²	442 633	0	0	442 633
Bundesobligationen	129 462	23	0	129 485 ^p
Bundesschatzbriefe ³	20 056	153	461	19 749 ^p
Bundesschatzanweisungen	73 180	7 000	5 000	75 180
Unverzinsliche Schatzanweisungen	24 426	4 856	0	29 282
Finanzierungsschätzte ⁴	1 724	54	95	1 683 ^p
Schuldscheindarlehen ⁵	39 614	590	939	39 266
Medium Term Notes Treuhand	445	0	0	445
Gesamte umlaufende Schuld⁶	731 540			737 723

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. August 2002 Mio. €	Stand 30. September 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	161 697	176 946
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	239 596	230 972
langfristig (mehr als 4 Jahre)	330 248	329 805
Gesamte umlaufende Schuld⁶	731 540	737 723

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundesseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzte.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundesseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

^p Vorläufig.

2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis September 2002 in Mrd. €	Januar bis September 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	101,5	103,1
Internationale Finanzinstitute	47	31,6	31,6
Kapitalanlagen	40	26,7	25,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	51,3	46,7

3 Bundeshaushalt 2001 bis 2006

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2001 Ist	2002 Soll	2003 ¹ Reg.-Entwurf Mrd. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	243,1 - 0,5	247,5 1,8	246,3 - 0,5	245,1 - 0,5	245,5 0,2	249,4 1,6
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	220,2 - 0,1	223,8 1,6	230,4 3,0	234,4 1,7	240,0 2,4	248,9 3,7
3. Finanzierungsdefizit	- 22,9	- 23,7	- 15,9	- 10,7	- 5,5	- 0,5
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	130,0	179,4	203,1	170,4	177,1	150,2
5. Tilgungen (+)	107,2	158,3	187,7	160,4	172,0	150,2
6. Nettokreditaufnahme	- 22,8	- 21,1	- 15,5	- 10,2	- 5,0	0,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 2,7	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 22,9 9,4	- 23,7 9,6	- 15,9 6,4	- 10,7 4,4	- 5,5 2,2	- 0,5
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	27,3 - 3,1	25,0 - 8,2	25,3 0,9	26,1 3,2	25,4 - 2,7	25,6 0,9
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

¹ Stand Kabinettbeschluss vom 19. Juni 2002.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: August 2002.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Soll	2003 ¹ Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 807	27 132	27 181	27 173	27 333	27 425
Aktivitätsbezüge	20 440	20 620	20 618	20 544	20 607	20 665
Ziviler Bereich	8 414	8 374	8 531	8 558	8 636	8 710
Militärischer Bereich	12 026	12 246	12 087	11 986	11 971	11 955
Versorgung	6 367	6 513	6 563	6 629	6 727	6 760
Ziviler Bereich	2 598	2 591	2 515	2 461	2 431	2 426
Militärischer Bereich	3 770	3 922	4 048	4 167	4 296	4 334
Laufender Sachaufwand	18 503	16 069	16 885	16 622	16 569	16 505
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 619	1 592	1 570	1 564	1 584	1 597
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 331	8 120	8 347	8 335	8 354
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 899	7 147	7 196	6 711	6 649	6 554
Zinsausgaben	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
an andere Bereiche	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
Sonstige	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 582	38 841	38 163	39 726	41 916	42 922
an Ausland	3	4	3	3	3	3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	132 359	138 443	138 480	139 546	138 233	140 092
an Verwaltungen	13 257	14 859	14 458	14 656	11 794	11 888
Länder	5 580	5 921	6 138	5 971	5 774	5 752
Gemeinden	241	221	199	179	55	31
Sondervermögen	7 435	8 715	8 120	8 504	5 964	6 104
Zweckverbände	2	2	2	1	1	1
an andere Bereiche	119 102	123 584	124 022	124 890	126 439	128 203
Unternehmen	16 674	16 865	16 812	16 529	16 497	16 259
Rnten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	20 668	20 651	18 774	18 341	17 961	17 543
an Sozialversicherung	78 143	82 311	84 626	86 375	88 337	90 763
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	672	783	770	750	742	742
an Ausland	2 940	2 965	3 031	2 886	2 894	2 889
an Sonstige	5	9	10	8	8	7
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	215 296	220 532	220 754	223 112	224 095	226 988
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 905	6 803	7 195	7 459	7 363	7 411
Baumaßnahmen	5 551	5 586	5 672	5 932	5 863	5 942
Erwerb von beweglichen Sachen	882	787	966	957	933	911
Grunderwerb	473	430	556	570	567	558
Vermögensübertragungen	17 085	14 351	13 946	14 510	14 268	14 316
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 509	13 905	13 544	14 134	13 899	13 964
an Verwaltungen	9 496	5 980	5 556	6 550	6 328	6 367
Länder	9 431	5 878	5 477	6 472	6 250	6 289
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	102	80	78	78	78
an andere Bereiche	7 013	7 924	7 988	7 585	7 572	7 598
Sonstige – Inland	5 370	6 028	5 995	5 580	5 526	5 612
Ausland	1 643	1 897	1 993	2 005	2 045	1 985
Sonstige Vermögensübertragungen	577	446	402	376	368	352
an andere Bereiche	577	446	402	376	368	352
Unternehmen – Inland	167	0	0	0	0	0
Sonstige – Inland	183	196	171	166	168	163
Ausland	227	250	231	210	200	189

¹ Stand Kabinettbeschluss vom 19. Juni 2002.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Soll	2003 ¹ Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung	3 859	4 334	4 520	4 476	4 095	4 201
an Verwaltungen	3 185	3 699	3 954	3 884	3 475	3 494
Länder	166	147	101	63	46	38
Gemeinden	166	147	101	63	46	38
0	0	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	3 019	3 552	3 852	3 821	3 429	3 456
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 841	2 564	2 852	2 811	2 409	2 406
Ausland	1 178	988	1 000	1 010	1 020	1 050
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	674	634	567	592	620	707
Inland	24	52	10	0	0	0
Ausland	651	583	556	592	620	707
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	27 850	25 487	25 661	26 445	25 726	25 928
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	1 481	- 115	- 4 457	- 4 321	- 3 516
Ausgaben zusammen	243 145	247 500	246 300	245 100	245 500	249 400
¹ Darunter: Investive Ausgaben	27 273	25 041	25 259	26 069	25 357	25 577

¹ Stand Kabinettbeschluss vom 19. Juni 2002.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003 Kabinettsbeschluss vom 19. Juni 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 579	44 467	24 828	13 434	0	6 205
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 566	8 207	4 090	1 387	0	2 730
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 771	2 828	473	109	0	2 245
03 Verteidigung	28 343	27 966	16 135	11 021	0	810
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 574	2 302	1 678	599	0	25
05 Rechtsschutz	324	298	221	68	0	9
06 Finanzverwaltung	3 001	2 867	2 231	250	0	385
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 518	8 322	456	679	0	7 188
13 Hochschulen	2 235	1 109	7	4	0	1 097
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 153	1 153	0	0	0	1 153
15 Sonstiges Bildungswesen	451	359	9	82	0	269
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 007	5 449	439	587	0	4 424
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	672	252	1	6	0	245
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge-aufgaben, Wiedergutmachung	106 518	105 600	170	383	0	105 048
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen-versicherung	82 247	82 247	0	0	0	82 247
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 265	6 255	0	0	0	6 255
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 682	4 439	0	246	0	4 192
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12 017	11 873	42	66	0	11 764
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	112	112	0	0	0	112
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 196	676	128	70	0	478
3 Gesundheit und Sport	902	620	237	187	0	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	330	297	137	95	0	65
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	330	297	137	95	0	65
32 Sport	126	78	0	0	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	215	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	232	101	36	53	0	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 878	832	2	3	0	827
41 Wohnungswesen	1 380	791	0	2	0	789
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	0	1	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	54	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	443	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 226	660	25	123	0	512
52 Verbesserung der Agrarstruktur	802	302	0	2	0	300
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	163	163	0	57	0	105
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	163	163	0	57	0	105
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	262	195	25	64	0	106
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 312	3 922	47	375	0	3 499
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	379	354	0	230	0	124
621 Kernenergie	124	124	0	0	0	124
622 Erneuerbare Energienformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	255	230	0	230	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 038	3 019	0	5	0	3 014
64 Handel	92	92	0	58	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 095	151	0	0	0	151
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 777	431	47	56	0	327

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003 Kabinettsbeschluss vom 19. Juni 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausbaben der Kapital- rechnung ¹	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	¹ Darunter: Investive Ausbaben
0 Allgemeine Dienste	4 111	1 098	1 455	1 557	4 064
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	359	358	1	0	359
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 943	48	1 338	1 556	2 938
03 Verteidigung	377	262	115	0	335
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	272	272	0	0	272
05 Rechtsschutz	26	26	0	0	26
06 Finanzverwaltung	134	132	1	1	134
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	3 195	118	3 078	0	3 195
13 Hochschulen	1 126	1	1 125	0	1 126
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	92	14	78	0	92
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 558	102	1 455	0	1 558
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	420	0	420	0	420
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	917	13	901	4	566
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohl- fahrtspflege u. Ä.	10	0	10	0	10
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	244	3	239	2	12
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	144	3	139	3	24
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	520	7	513	0	520
3 Gesundheit und Sport	283	180	103	0	279
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	32	28	4	0	32
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	32	28	4	0	32
32 Sport	47	0	47	0	47
33 Umwelt- und Naturschutz	72	29	43	0	69
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	131	123	8	0	131
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 046	0	936	110	1 046
41 Wohnungswesen	590	0	479	110	590
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	0	14	0	14
44 Städtebauförderung	443	0	443	0	443
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	566	11	553	2	566
52 Verbesserung der Agrarstruktur	500	0	500	0	500
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	66	11	53	2	66
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 390	1	989	2 400	3 390
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	25	0	25	0	25
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energienformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	25	0	25	0	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	19	0	19	0	19
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	945	0	945	0	945
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 346	1	945	2 400	3 346

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003 Kabinettsbeschluss vom 19. Juni 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 325	2 868	1 048	1 179	0	641
72 Straßen	7 261	925	0	778	0	147
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	927	681	455	189	0	37
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	336	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	158	158	45	9	0	104
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 632	1 093	548	200	0	345
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 028	12 332	27	210	0	12 095
81 Wirtschaftsunternehmen	10 919	6 314	27	31	0	6 256
832 Eisenbahnen	4 598	90	0	0	0	90
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 320	6 224	27	31	0	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 109	6 017	0	178	0	5 839
873 Sondervermögen	5 839	5 839	0	0	0	5 839
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	270	179	0	178	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	41 015	41 130	341	313	38 208	2 269
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 268	2 268	0	0	0	2 268
92 Schulden	38 275	38 275	0	67	38 208	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	472	587	341	246	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	246 300	220 754	27 181	16 885	38 208	138 480

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003 Kabinettsbeschluss vom 19. Juni 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	¹ Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 457	5 681	1 775	1	7 457
72 Straßen	6 336	4 905	1 430	1	6 336
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	246	246	0	0	246
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	539	530	10	0	539
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	4 696	93	4 157	446	4 695
81 Wirtschaftsunternehmen	4 604	24	4 135	446	4 604
832 Eisenbahnen	4 508	0	4 110	398	4 508
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	96	24	25	48	96
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	92	70	22	0	91
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	92	70	22	0	91
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 661	7 195	13 946	4 520	25 259

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003¹

	1997	1998	1999	2000	2001 ⁴	2002 ⁴	2003 ⁴
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	571,0	580,6	596,9	597,8	603,3	608½	612½
Einnahmen	522,8	551,8	569,0	564,0	556,0	565½	576
Finanzierungssaldo	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 47,3	- 43	- 36½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	226,0	233,6	246,9	244,4	243,1	247½	246½
Einnahmen	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	224	230½
Finanzierungssaldo	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23½	- 16
Länder (West)							
Ausgaben	186,3	188,3	189,9	193,6	200,1	199½	202
Einnahmen	173,9	179,3	184,4	187,9	179,0	183	190
Finanzierungssaldo	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,7	- 21,2	- 16½	- 12
Gemeinden (West)							
Ausgaben	116,2	115,7	117,9	119,8	122,7	123	124½
Einnahmen	114,2	118,3	120,4	121,6	119,3	119½	121½
Finanzierungssaldo	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 3,4	- 3½	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	61,3	61,1	60,4	60,8	60,1	59½	59½
Einnahmen	54,2	55,8	56,4	56,5	55,7	55	56
Finanzierungssaldo	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 4,4	- 4½	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	27,7	26,8	26,2	25,3	25,2	25	25
Einnahmen	26,9	26,3	26,0	25,5	24,7	24½	25
Finanzierungssaldo	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0,5	- ½	- 0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 6,3	1,7	2,8	0,1	0,9	1	½
Einnahmen	- 4,5	5,5	3,1	- 0,9	- 1,4	1½	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2	- ½
Einnahmen	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	1½	3
Länder (West)							
Ausgaben	- 5,5	1,1	0,9	2,0	3,4	- ½	1
Einnahmen	- 3,8	3,1	2,8	1,9	- 4,7	2	4
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 14,5	- 0,4	1,9	1,6	2,5	0	1
Einnahmen	- 14,0	3,6	1,8	0,9	- 1,9	0	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	- 4,4	- 0,3	- 1,1	0,7	- 1,2	- 1	- 0
Einnahmen	- 4,0	3,0	1,1	0,1	- 1,4	- 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 20,2	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 0,7	- 1	½
Einnahmen	- 19,4	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 3,2	0	1½

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003¹

	1997	1998	1999	2000	2001 ⁴	2002 ⁴	2003 ⁴							
	Mrd. €													
	Anteil in %													
Finanzierungssaldo														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2	- 1½							
darunter:														
Bund	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1	- 1½							
Länder (West)	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1,0	- 1	- 1½							
Gemeinden (West)	- 0,1	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0	- 0							
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0	- 0							
Gemeinden (Ost)	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0	- 0							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7,8	- 7	- 6							
darunter:														
Bund	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 9½	- 6½							
Länder (West)	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 10,6	- 8½	- 6							
Gemeinden (West)	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 2,8	- 3	- 2½							
Länder (Ost)	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 7,3	- 7½	- 6½							
Gemeinden (Ost)	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1,9	- 1	- ½							
Ausgaben in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,5	30,1	30,2	29,5	29,2	29	28							
darunter:														
Bund	12,1	12,1	12,5	12,1	11,8	11½	11							
Länder (West)	10,0	9,8	9,6	9,6	9,7	9½	9							
Gemeinden (West)	6,2	6,0	6,0	5,9	5,9	6	5½							
Länder (Ost)	3,3	3,2	3,1	3,0	2,9	3	2½							
Gemeinden (Ost)	1,5	1,4	1,3	1,3	1,2	1	1							

¹ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2002: Reg. Entwurf Bund.

² Mit LAF, ERP, EU, FDE, Entsch. F., ELF, BEV, und Vers.-Rücklage.

³ Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ 2001: Ist; 2002 und 2003 = Schätzung.

Stand: Juli 2002.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht																				
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	140,8	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9										
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	2,4	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0										
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	122,4	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1										
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	- 0,7	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7										
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 18,4	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9										
darunter:																				
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6										
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3										
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-										
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-										
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten																				
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	20,5	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9										
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	2,1	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1										
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,6	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2										
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8										
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	16,5	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1										
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	4,0	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8										
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,7	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3										
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6										
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	17,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3										
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	0,4	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0										
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,1	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0										
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	33,8	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0										
Steuereinnahmen¹	Mrd. €	40,2	61,0	112,6	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8										
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	1,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4										
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	80,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4										
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	92,0	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1										
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3										
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6										
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6										
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9										
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	0,0	55,8	63,6	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2										
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴																				
öffentliche Haushalte³	Mrd. €	59,2	129,4	459,6	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1										
darunter:																				
Bund	Mrd. €	23,1	54,8	225,2	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4										

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2002.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Ist-Ergebnisse									Soll	Entwurf
		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003		
I. Gesamtübersicht												
Ausgaben	Mrd. €	237,6	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	247,5	246,3		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,4	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	1,8	- 0,5		
Einnahmen	Mrd. €	211,7	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	223,8	230,4		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	1,6	3,0		
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 25,8	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7	- 15,9		
darunter:												
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1	- 15,5		
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 0,4		
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten												
Personalausgaben	Mrd. €	27,1	27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,1	27,2		
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	1,2	0,2		
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0	11,0		
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,9	15,8	15,7		
Zinsausgaben	Mrd. €	25,4	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	38,9	38,2		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	3,3	- 1,7		
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	15,7	15,5		
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	38,7	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	57,0	56,8	55,4		
Investive Ausgaben	Mrd. €	34,0	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	25,0	25,3		
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,8	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 8,2	0,9		
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1	10,3		
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	37,0	36,1	35,2	35,5	36,1	35,5	34,2	33,8	34,4		
Steuereinnahmen¹	Mrd. €	187,2	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	199,2	204,8		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,4	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	2,8	2,8		
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	80,5	83,1		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	89,0	88,9		
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,8	43,2		
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1	- 15,5		
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	8,5	6,3		
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	75,3	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	84,1	61,4		
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	51,2	70,4	64,3	88,6	82,3	81,0	57,9	49,0	41,9		
nachrichtlich: Schuldenstand⁴												
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 010,4	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 246,0	1 282,0		
darunter:												
Bund	Mrd. €	364,3	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	710,5	726,0		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2002.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
			Anteile am BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,7
2001 ³	23,0	41,5	21,6	39,1
2002 ⁴	23	42	21½	39
2003 ⁴	23½	42	21½	39

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2002.

⁴ Schätzung; Stand: Juni 2002, angepasst an die geänderte Basis 2001.

Stand: September 2002.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002 ⁵	2003 ⁵	2004 ⁵	2005 ⁵	2006 ⁵
Schulden (Mrd. €)¹							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,2	1 203,9	1 246	1 282	1 304	1 323	1 330
Bund	715,6	697,3	710½	726	736	741	740½
Länder (West) ³	278,4	299,8	320	333½	340½	349½	353
Länder (Ost) ³	54,8	57,9	61½	65	67	69	70
Gemeinden (West) ⁴	67,3	67,0	69	70½	71	72½	72½
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16	16	16	15½
Sonderrechnungen	58,3	59,1	61½	64½	66½	68½	71
Schulden in % der Gesamt-Schulden							
Bund	59,7	57,9	57	56½	56½	56	55½
Länder (West) ³	23,2	24,9	25½	26	26	26½	26½
Länder (Ost) ³	4,6	4,8	5	5	5	5	5½
Gemeinden (West) ⁴	5,6	5,6	5½	5½	5½	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1	1	1	1
Sonderrechnungen	4,9	4,9	5	5	5	5	5½
Schulden in % des BIP							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,2	58,4	59	58½	57	55½	53½
Bund	35,3	33,8	33½	33	32	31	30
Länder (West) ³	13,7	14,5	15	15	15	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,7	2,8	3	3	3	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,3	3,2	3½	3	3	3	3
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	0½	0½	0½	0½
Sonderrechnungen	2,9	2,9	3	3	3	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	60,3	59,8	60½	59½	58	56½	55

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschließlich Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2002 (Bund: Soll/RegE/Finanzplan).

Stand: Juli 2002.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,5	50,5
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,3	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,7	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,7	56,7	43,3
1984	212,0	120,8	91,3	57,0	43,0
1985	223,5	132,0	91,6	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,6	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	110,9	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002 ²	454,8	220,6	234,2	48,5	51,5
2003 ²	474,5	232,5	242,0	49,0	51,0
2004 ²	498,6	250,0	248,6	50,1	49,9
2005 ²	508,4	253,7	254,7	49,9	50,1
2006 ²	535,9	275,4	260,4	51,4	48,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

² Schätzung vom Mai 2002.

Stand: Mai 2002.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland ¹	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,7	- 2,8	- 2,1
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,2	0,2
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,9	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 0,8	- 0,4	0,3	0,5
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich ²	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,0	- 1,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	1,7	0,4	0,2
Italien ³	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	2,7	5,8	5,0	2,0	2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,2	0,0	- 0,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,1	- 0,1	0,3
Portugal ⁴	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 4,4	- 1,8	- 2,7	- 2,6	- 2,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,3	2,7
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,7	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,7	0,9	- 0,2	- 0,5
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 0,9	- 1,3	- 1,4	- 1,2
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 0,9
Japan	- 4,4	- 0,8	2,8	- 4,2	- 7,4	- 6,9	- 6,3	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,5	- 0,7	- 0,9

¹ D – Revision des Statistischen Bundesamtes (August 2002) für 2000: - 1,4; für 2001: - 2,8. Das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm schätzt für 2002: - 2½ und für 2003: - 1½.

² F – Revidiertes Haushaltsgesetz (Juli 2002) für 2002: - 2,6.

³ I – Mittelfristige Finanzplanung der italienischen Regierung (Juli 2002) für 2001: - 2,2; für 2002: - 1,1; für 2003: - 0,8.

⁴ P – Revision des portugiesischen Staatshaushalts (Juli 2002) für 2001: - 4,1; für 2002: - 2,8.

Quelle: Für die Jahre 1980 bis 1995 – Zeitschrift Europäische Wirtschaft, Ausgabe 4/2002 (Anhang) (Herausgeber: EU-Kommission). Für die Jahre 2000 bis 2003 – EU-KOM Frühjahrsprognose, April 2002 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: August 2002.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland ¹	31,7	41,7	43,5	61,0	60,3	59,8	60,8	60,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	124,7	109,3	107,5	104,3	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	61,2	46,8	44,7	43,2	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,2	102,8	99,7	97,9	95,2
Spanien	17,0	42,7	44,0	66,6	60,4	57,2	55,5	53,5
Frankreich	20,4	31,8	36,3	59,3	57,4	57,2	57,4	57,2
Irland	72,3	105,3	97,5	65,1	39,0	36,3	33,6	31,4
Italien ²	58,3	82,0	97,3	120,2	110,6	109,4	107,8	105,6
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	6,0	5,6	5,5	5,2	5,1
Niederlande	46,3	70,5	77,4	69,9	56,0	52,9	50,1	47,4
Österreich	36,4	49,4	57,5	64,7	63,6	61,8	60,2	57,6
Portugal	34,9	66,6	63,0	58,9	53,4	55,4	56,5	57,2
Finnland	11,6	16,4	14,5	54,1	44,0	43,6	43,1	42,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,1	55,3	55,9	52,6	49,9
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	50,8	42,4	39,0	37,6	36,1
Euro-Zone	35,1	52,8	59,1	75,3	70,2	69,1	68,6	67,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	71,0	64,2	62,8	61,9	60,5
Japan	k. A.	67,7	64,6	80,4	123,5	132,8	143,3	152,0
USA	k. A.	59,0	66,6	74,5	59,4	59,5	58,9	57,6

¹ D – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) für 2002: 60%, für 2003: 59%.

² I – Mittelfristige Finanzplanung der italienischen Regierung (Juli 2002) für 2002: 108,5; für 2003: 104,5.

Quelle: EU-KOM – Frühjahrspрогнose, April 2002 Japan und USA – OECD Economic Outlook No. 71, Juni 2002.

Stand: August 2002.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,4	24,3	23,4	22,7	22,3	22,9	23,0
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: August 2002.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,8	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	38,2	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	44,8	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,4	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	44,9	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,7	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,8	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,9	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	36,6	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	41,7	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,9	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	41,6	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,5	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	47,6	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,1	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,8	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,1	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: August 2002.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,71	80,31	83,44	79,99	95,66	96,96
davon:						
Agrarpolitik	38,81	39,78	40,51	41,53	44,26	44,83
Strukturpolitik	28,37	26,66	27,59	22,46	32,13	33,01
Interne Politiken	4,88	4,47	5,37	5,30	6,16	6,11
Externe Politiken	4,07	4,59	3,84	4,23	4,67	4,68
Verwaltungsausgaben	4,22	4,51	4,74	4,86	5,18	5,34
Reserven	0,27	0,30	0,19	0,21	0,68	0,43
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,10	0,00	1,20	1,40	2,60	2,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	0,59	- 0,50	3,90	- 4,13	19,59	1,36
davon:						
Agrarpolitik	- 4,46	2,50	1,84	2,52	6,57	1,29
Strukturpolitik	8,86	- 6,03	3,49	- 18,59	43,05	2,74
Interne Politiken	- 1,01	- 8,40	20,13	- 1,30	16,23	- 0,81
Externe Politiken	2,01	12,78	- 16,34	10,16	10,40	0,21
Verwaltungsausgaben	2,18	6,87	5,10	2,53	6,58	3,09
Reserven	- 6,90	11,11	- 36,67	10,53	223,81	- 36,76
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 52,38	- 100,00		16,67	85,71	- 1,54
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,09	49,53	48,55	51,92	46,27	46,24
Strukturpolitik	35,15	33,20	33,07	28,08	33,59	34,04
Interne Politiken	6,05	5,57	6,44	6,63	6,44	6,30
Externe Politiken	5,04	5,72	4,60	5,29	4,88	4,83
Verwaltungsausgaben	5,23	5,62	5,68	6,08	5,42	5,51
Reserven	0,33	0,37	0,23	0,26	0,71	0,44
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,12	0,00	1,44	1,75	2,72	2,64
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	84,53	86,90	92,72	96,28	95,66	96,96
davon:						
Zölle	12,16	11,71	13,11	12,83	10,30	10,71
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,95	2,15	2,16	1,82	1,42	1,43
MwSt-Eigenmittel	33,09	31,33	35,19	30,69	22,60	24,12
BSP-Eigenmittel	35,03	37,51	37,58	34,46	46,60	59,90
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	4,94	2,80	6,70	3,84	- 0,64	1,36
davon:						
Zölle	- 0,65	- 3,70	11,96	- 2,14	- 19,72	3,98
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,04	10,26	0,47	- 15,74	- 21,98	0,70
MwSt-Eigenmittel	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 26,36	6,73
BSP-Eigenmittel	30,27	7,08	0,19	- 8,30	35,23	28,54
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,39	13,48	14,14	13,33	10,77	11,05
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,31	2,47	2,33	1,89	1,48	1,47
MwSt-Eigenmittel	39,15	36,05	37,95	31,88	23,63	24,88
BSP-Eigenmittel	41,44	43,16	40,53	35,79	48,71	61,78

Bemerkungen:

1998 bis 2001 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2002 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 3/2002.
2003 Haushaltsentwurf des Rates.
Stand: September 2002.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 797	97 619	50 239	27 246	29 275	17 322	237 046	139 087
darunter:								
Steuereinnahmen	129 672	76 483	24 938	14 772	17 041	10 392	171 652	101 647
übrige Einnahmen	34 124	21 136	25 301	12 474	12 234	6 930	65 394	37 440
Bereinigte Ausgaben	175 690	110 722	53 006	32 341	34 628	23 166	257 058	163 130
darunter:								
Personalausgaben	70 916	46 765	13 925	9 053	12 056	8 061	96 898	63 880
Bauausgaben	2 729	1 305	1 652	744	893	450	5 273	2 499
übrige Ausgaben	102 045	62 652	37 429	22 544	21 679	14 655	154 887	96 751
Finanzierungssaldo	- 11 883	- 13 103	- 2 767	- 5 096	- 5 332	- 5 844	- 19 982	- 24 043

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2002



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	August 2001			Juli 2002			August 2002		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	139 249	145 398	273 445	111 385	124 155	227 170	130 010	139 087	259 581
111	darunter: Steuereinnahmen	120 218	106 783	227 001	98 278	89 265	187 543	115 017	101 647	216 664
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	83 625	23 772	107 397	96 606	32 962	129 568	110 851	39 582	150 433
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	166 587	160 855	316 240	154 319	144 289	290 240	172 892	163 130	326 506
121	darunter: Personalausbaben (inklusive Versorgung)	17 682	62 013	79 696	15 596	56 409	72 005	17 766	63 880	81 646
122	Bauausgaben	2 854	2 829	5 683	2 379	2 106	4 485	2 867	2 499	5 366
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	89	89	-	158	158	-	216	216
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	107 556	20 986	128 542	81 416	19 311	100 727	90 372	23 551	113 923
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-27 338	-15 457	-42 795	-42 935	-20 135	-63 069	-42 882	-24 043	-66 925
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	14 362	1 884	16 246	23 392	12 771	36 163	28 783	15 715	44 498
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	205	205	-	205	205
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-700	-700	-	-1 437	-1 437	-	-1 437	-1 437
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 273	6 123	13 396	9 007	8 768	17 775	10 590	8 064	18 654
32	Vorschüsse	-	8 183	8 183	-	14 248	14 248	-	10 581	10 581
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	9 856	9 856	-	7 569	7 569	-	7 519	7 519
34	Saldo (31+32+33)	7 273	7 796	15 069	9 007	2 089	11 095	10 590	5 002	15 592
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-5 702	-6 477	-12 179	-10 536	-6 508	-17 044	-3 509	-4 558	-8 068
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	5 702	5 812	11 514	10 536	5 071	15 607	3 509	4 422	7 932
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	26	26	-	170	170	-	177	177
56	Zusammen	5 702	5 837	11 539	10 536	5 241	15 777	3 509	4 599	8 109
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-640	-640	0	-1 267	-1 267	0	41	41
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2 270	2 270	-	1 283	1 283	-	1 340	1 340
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	2 052	2 052	-	955	955	-	926	926

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: August 2002.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, August 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 383,7	20 577,5⁹	4 981,6	10 164,4	3 701,4	11 667,4	26 148,2	6 122,7	1 791,9
111	darunter: Steuereinnahmen	13 370,3	16 115,7	2 828,9	8 311,5	1 893,6	8 338,8	21 877,5	4 234,2	1 086,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	196,0	–	257,8	198,1	–	60,1	84,2
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 067,7	1 966,3 ⁷	1 558,3	1 220,6	735,3	2 819,8	7 347,0	2 584,3	588,5
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	19 380,6	22 056,0⁹	6 284,4	11 764,0	4 413,9	13 801,6	29 126,5	7 779,9	2 158,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 642,8	9 617,0	1 609,6	4 583,5	1 289,4	5 184,3 ³	12 504,7 ³	3 151,8	923,5
122	Bauausgaben	246,6	473,8	173,7	219,4	85,4	158,9	52,6 ⁴	41,1	35,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 147,6	1 519,8	–	1 258,6	–	–	–214,1	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 625,7	753,5 ⁸	1 111,6	2 180,0	468,4	1 487,7	5 327,4	1 468,1	529,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 1 996,9	- 1 478,5⁹	- 1 302,8	- 1 599,6	- 712,5	- 2 134,2	- 2 978,3	- 1 657,2	- 367,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	1 434,9	1 180,3	522,4	-806,3	277,3	1 343,3	2 021,7	1 135,3	58,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	204,6	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	192,4	-1 467,3	–	0,7	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 617,9	1 252,1	159,3	463,9	69,5	220,7	1 789,9	981,1	153,1
32	Vorschüsse	1 518,9	4 420,3	-63,3	0,8	0,3	1 070,4	905,8	541,4	5,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	304,0	4 933,7	–	532,1	67,7	977,8	-287,2	3,0	33,9
34	Saldo (31+32+33)	403,0	1 765,5	222,6	995,2	136,9	128,1	596,9	442,7	181,9
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	238,0	0,0	-557,8	-1 410,0	-298,3	-662,8	-359,7	-79,3	-126,4
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	525,0	984,6	216,0	50,0	330,0	80,0	126,4
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	117,0	60,0	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	525,0	1 101,6	276,0	50,0	330,0	80,0	126,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	238,0	0,0	-32,8 ⁵	-308,4 ⁵	-22,3 ⁵	-612,8 ⁵	-29,8 ⁵	0,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	953,6	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	977,8	-290,0	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne September-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 20 466,9 Mio. €, die Ausgaben 21 838,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1 371,2 Mio. €.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, August 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	8 670,0	5 083,5	4 159,0	4 809,0	9 675,0	2 142,2	5 604,8	139 086,9
111	darunter: Steuereinnahmen	4 723,5	2 756,7	3 148,8	2 569,3	4 814,9	1 036,8	4 540,7	101 647,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	581,4	335,0	53,5	327,2	1 286,7	215,4	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	870,2	2 063,0	2 465,5	1 384,9	9 545,2	671,7	693,2	39 581,5
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 527,2	6 094,0	5 050,6	6 021,5	13 790,2	2 789,0	6 687,1	63 130,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 766,1	1 791,8	2 157,6	1 596,3	4 938,8	843,4	2 279,2	63 879,8
122	Bauausgaben	238,8	104,9	77,3	140,8	94,5	80,2	275,5	2 499,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	99,9	216,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	958,7	843,5	1 559,6	965,2	3 878,3	393,4	0,0	23 550,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-857,2	-1 010,5	-891,6	-1 212,5	-4 115,2	-646,9	-1 082,3	-24 043,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	-87,2	1 212,6	919,1	419,7	5 025,0	362,9	695,5	5 715,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	204,6
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	-162,9	-1 437,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	696,4	129,0	–	767,5	-1 430,3	222,5	971,7	8 064,3
32	Vorschüsse	54,4	431,1	–	16,9	–	63,9	1 614,6	10 580,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	306,1	95,2	–	52,7	66,1	75,8	357,7	7 518,6
34	Saldo (31+32+33)	948,1	-206,9	–	803,3	-1 364,2	234,4	-285,2	5 002,3
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	3,7	-4,8	27,5	10,5	-454,4	-49,5	-834,9	-4 558,2
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	745,0	483,1	24,1	858,0	4 422,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	177,0
56	Zusammen	–	–	–	745,0	483,1	24,1	858,0	4 599,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	3,7	-4,8 ⁵	27,5	755,5	28,7	-25,5 ⁵	23,1	40,8
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	51,5	–	–	334,6	1 339,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	66,1	-163,2	334,1	926,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne September-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 20 466,9 Mio. €, die Ausgaben 21 838,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1371,2 Mio. €.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)		2002 1)						
				3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj					
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %												
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen												
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1,2	+ 0,5					
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,6					
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,9	+ 1,1					
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4					
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	9,8	9,8	10,1	8,3	9,0	13,9	9,6					
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,1	7,3	7,3	7,2	7,2	8,1	7,6					
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,1	9,2	10,2	9,7					
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
in Preisen von 1995												
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	- 0,7	+ 1,1					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1,8	+ 3,8	+ 0,4	- 0,7	- 2,8	- 5,1	+ 0,2					
Baugewerbe	+ 0,5	- 2,7	- 6,5	- 5,2	- 4,9	- 7,2	- 3,3					
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,7	+ 5,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,3					
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,3	+ 4,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2					
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3					
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
in Preisen von 1995												
Konsum	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	- 0,6	- 0,6					
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8	- 1,2	- 1,2					
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,7					
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	- 0,0	+ 1,2	+ 0,8					
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 2,5	- 5,3	- 6,2	- 7,4	- 8,8	- 5,0					
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 9,5	- 5,8	- 9,6	- 11,8	- 13,2	- 8,0					
Bauten	+ 1,4	- 2,6	- 6,0	- 5,1	- 4,8	- 6,9	- 3,8					
Sonstige Anlagen	+ 13,5	+ 8,4	+ 5,0	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,8					
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 0,8	- 1,0	- 0,8	+ 0,2					
Inlandsnachfrage	+ 2,8	+ 1,8	- 0,8	- 1,4	- 1,7	- 3,0	- 1,5					
Exporte	+ 5,6	+ 13,7	+ 5,0	+ 5,4	- 1,2	- 1,9	+ 2,8					
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 0,3	- 1,6	- 2,7	- 0,3					
Importe	+ 8,5	+ 10,5	+ 1,0	- 0,2	- 6,0	- 7,3	- 3,0					
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9					
Preisentwicklung												
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4					
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,1					
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	- 0,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6					
Verteilung des Bruttonationaleinkommens												
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,2					
Volkseinkommen	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,6	- 0,2	+ 2,6					
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 3,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9					
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 1,2	+ 2,5	- 3,6	+ 6,8					
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,8	- 0,1	+ 2,2					
dar. private Haushalte	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,2	+ 0,3					

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: August 2002.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	111,1	104,1	- 3,8	- 2,7	- 1,8	- 1,2	- 2,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	117,6	110,1	- 4,3	- 2,6	- 1,1	- 0,3	- 2,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,9	111,7	- 3,2	- 1,3	- 0,1	+ 1,2	- 1,6
Investitionsgüterproduzenten.....	129,0	117,4	- 6,3	- 3,6	- 1,4	+ 0,3	- 3,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	92,8	81,2	- 7,6	- 10,2	- 3,6	- 11,0	- 8,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	102,3	100,6	- 0,6	- 1,3	- 2,4	- 2,5	- 1,3
Energie.....	87,0	86,5	- 1,0	+ 0,7	- 2,2	- 1,6	- 0,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-u. Tiefbau.....	84,4	76,4	- 0,8	- 6,0	- 7,2	- 9,4	- 5,0
Hochbauleistungen.....	80,1	71,4	- 2,1	- 7,5	- 7,9	- 10,9	- 6,3
Tiefbauleistungen.....	92,6	85,6	+ 1,8	- 3,4	- 5,6	- 7,0	- 2,7
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	71,9	71,1	- 3,3	- 2,4	+ 0,8	- 0,7	- 2,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	63,6	63,1	- 4,0	- 0,2	+ 5,1	+ 2,9	- 0,8
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	62,7	62,0	- 5,8	- 2,2	+ 6,6	+ 2,6	- 2,0
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	74,0	76,7	+ 9,2	+ 20,2	- 8,2	+ 6,2	+ 10,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	96,2	94,1	- 1,2	- 6,5	- 6,1	- 7,5	- 5,0
Verarbeitendes Gewerbe.....	117,7	110,1	- 4,2	- 2,6	- 1,0	- 0,4	- 2,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	107,3	104,9	+ 1,9	- 0,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,2
Ernährungsgewerbe.....	107,8	105,2	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,7	- 2,7	+ 0,9
Tabakverarbeitung.....	96,6	97,6	- 16,2	- 12,2	- 16,4	- 14,2	- 14,5
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	73,1	63,3	- 10,6	- 9,4	- 8,4	- 10,8	- 9,9
Textilgewerbe.....	83,2	66,5	- 8,5	- 5,7	- 3,3	- 8,4	- 6,8
Bekleidungsgewerbe.....	57,0	58,3	- 15,0	- 19,3	- 18,3	- 14,9	- 16,8
Ledergewerbe.....	75,6	67,5	+ 0,8	+ 6,1	+ 1,1	- 4,5	+ 2,1
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	92,2	85,3	- 7,4	- 5,6	- 4,9	- 6,1	- 6,2
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	103,9	105,3	- 4,1	- 2,4	- 3,1	- 2,3	- 3,1
Papiergewerbe.....	109,3	102,8	- 0,4	+ 4,3	+ 2,7	- 0,6	+ 1,7
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	121,9	113,9	- 1,5	+ 9,0	+ 5,6	+ 0,7	+ 3,5
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	101,1	95,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	- 1,4	+ 0,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	101,6	106,4	- 5,8	- 5,1	- 5,5	- 3,0	- 5,2
Verlagsgewerbe.....	110,1	110,2	- 7,9	- 4,2	- 3,4	- 1,4	- 5,2
Druckgewerbe.....	95,3	103,3	- 4,0	- 5,9	- 7,7	- 4,7	- 5,2
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	102,7	98,7	- 0,8	- 2,0	+ 1,2	- 4,4	- 1,4
Chemische Industrie.....	126,7	122,8	+ 6,2	+ 5,2	+ 3,9	+ 9,4	+ 6,0
Chemische Grundstoffe.....	139,5	138,0	+ 8,8	+ 7,8	+ 8,3	+ 14,8	+ 9,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	119,6	114,5	+ 5,6	+ 4,2	+ 0,2	+ 5,0	+ 4,3
Chemiefasern.....	85,8	76,4	- 14,7	- 14,6	- 10,7	- 1,8	- 12,9
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	116,7	113,2	- 2,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 2,2	- 0,4
Gummifiguren.....	117,5	121,1	- 0,9	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,5
Kunststoffwaren.....	116,4	110,5	- 2,9	0,0	+ 0,5	+ 2,3	- 0,8

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug. p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	93,3	88,3	- 7,6	- 6,6	- 6,8	- 6,2	- 7,0
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	108,0	104,6	- 11,6	- 8,9	- 6,1	- 3,1	- 8,9
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	90,3	82,8	- 7,1	- 5,9	- 7,6	- 8,3	- 6,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	117,5	108,1	- 5,1	- 1,7	+ 0,9	- 1,5	- 2,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	111,5	102,1	- 3,5	+ 2,7	+ 4,9	- 0,9	+ 0,2
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	114,4	104,0	- 4,0	+ 7,5	+ 8,6	- 2,4	+ 1,9
Gießereiindustrie.....	118,6	100,5	- 5,6	+ 1,5	+ 8,4	- 5,2	- 1,2
Metallerzeugnisse.....	120,7	111,2	- 5,8	- 3,9	- 0,8	- 1,9	- 4,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	103,1	98,0	- 6,2	- 2,7	- 3,1	+ 0,3	- 3,6
Maschinenbau.....	113,3	96,7	- 5,0	- 4,5	- 1,7	- 5,0	- 4,5
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	112,1	102,4	- 2,9	- 3,2	- 0,9	- 1,0	- 2,6
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	123,4	73,4	+ 11,6	+ 15,0	+ 16,3	+ 3,8	+ 13,0
Werkzeugmaschinen.....	106,7	92,8	- 11,1	- 8,2	- 14,7	- 15,1	- 10,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	133,1	126,2	- 10,0	- 8,4	- 7,0	- 3,5	- 8,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	163,7	180,9	- 18,6	- 16,8	- 18,4	- 7,9	- 16,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	123,5	116,4	- 6,8	- 5,4	- 2,8	- 0,2	- 5,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	148,0	141,1	- 20,8	- 17,6	- 15,2	- 12,6	- 18,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	133,2	123,4	- 2,0	- 3,1	- 4,0	- 0,8	- 2,6
Fahrzeugbau.....	145,6	134,2	- 4,6	+ 0,3	+ 4,2	+ 8,7	- 0,3
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	150,8	138,7	- 5,6	- 0,1	+ 4,3	+ 9,4	- 0,8
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	143,5	135,4	- 6,1	+ 0,4	+ 5,0	+ 13,9	- 0,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	107,2	101,3	+ 6,9	+ 5,2	+ 3,6	+ 2,3	+ 5,3
Schiffbau.....	77,8	79,6	+ 4,4	+ 2,3	- 7,5	- 5,1	+ 1,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	138,6	129,4	+ 10,1	+ 6,2	+ 8,1	+ 6,1	+ 7,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	80,4	72,9	- 9,7	- 11,4	- 7,5	- 13,0	- 10,5
Möbel.....	68,7	62,8	- 12,4	- 16,3	- 11,4	- 18,9	- 14,5
Recycling.....	251,5	238,7	- 1,1	+ 9,2	+ 5,8	+ 7,5	+ 4,7
Energieversorgung.....	91,9	91,5	- 0,6	+ 1,2	- 3,6	- 2,5	- 0,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug.p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	110,4	102,5	- 4,2	- 2,7	- 1,5	- 1,2	- 3,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	115,3	107,0	- 4,7	- 3,0	- 1,1	- 0,5	- 3,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,7	108,0	- 3,8	- 1,8	- 0,2	+ 1,0	- 2,0
Investitionsgüterproduzenten.....	128,1	115,3	- 6,7	- 3,9	- 1,2	+ 0,2	- 4,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	90,7	77,2	- 7,6	- 10,7	- 3,0	- 12,0	- 8,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	98,7	96,8	- 1,0	- 1,4	- 2,9	- 2,6	- 1,6
Energie.....	86,6	86,1	- 1,1	+ 0,8	- 2,5	- 1,6	- 0,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-u. Tiefbau.....	89,9	79,4	+ 0,3	- 4,3	- 5,0	- 7,6	- 3,5
Hochbauleistungen.....	87,2	76,1	- 0,6	- 5,2	- 5,2	- 8,4	- 4,2
Tiefbauleistungen.....	94,9	85,6	+ 2,1	- 2,6	- 4,7	- 6,0	- 2,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	70,7	68,4	- 4,7	- 2,7	- 0,3	- 1,9	- 3,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	60,6	59,4	- 5,3	- 0,3	+ 4,3	+ 2,9	- 1,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	59,3	57,8	- 7,6	- 2,5	+ 5,9	+ 2,7	- 3,0
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	75,4	77,8	+ 10,1	+ 20,5	- 8,3	+ 6,0	+ 10,9
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	102,9	97,2	- 3,3	- 7,5	- 7,9	- 9,9	- 6,6
Verarbeitendes Gewerbe.....	115,9	106,2	- 5,4	- 2,9	- 0,3	- 1,3	- 3,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	103,6	99,6	+ 1,1	- 0,2	- 0,1	- 4,1	- 0,2
Ernährungsgewerbe.....	103,9	99,7	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,7	- 3,7	+ 0,5
Tabakverarbeitung.....	98,2	98,0	- 16,7	- 10,7	- 13,8	- 13,0	- 13,6
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	71,2	59,7	- 11,4	- 9,6	- 7,4	- 11,6	- 10,2
Textilgewerbe.....	79,8	60,2	- 9,4	- 6,2	- 1,7	- 9,7	- 7,3
Bekleidungsgewerbe.....	57,9	58,8	- 14,8	- 18,3	- 17,6	- 14,4	- 16,1
Ledergewerbe.....	75,3	65,2	0,0	+ 6,0	+ 2,2	- 5,9	+ 1,7
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	83,6	72,8	- 11,7	- 8,2	- 6,1	- 10,7	- 9,5
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	101,1	101,9	- 4,7	- 3,0	- 3,7	- 3,2	- 3,8
Papiergewerbe.....	106,6	99,3	- 2,0	+ 3,5	+ 2,5	- 2,1	+ 0,6
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	119,8	112,4	- 2,0	+ 8,1	+ 4,2	+ 1,3	+ 2,9
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	98,3	91,2	- 1,8	+ 0,2	+ 1,1	- 4,4	- 1,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervief. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	98,7	103,1	- 5,8	- 5,7	- 6,4	- 3,6	- 5,6
Verlagsgewerbe.....	109,1	110,1	- 7,1	- 5,1	- 5,1	- 0,5	- 5,4
Druckgewerbe.....	91,7	98,3	- 4,6	- 6,2	- 7,7	- 6,2	- 5,8
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Bruststoffen.....	101,1	97,0	- 1,8	- 2,7	+ 2,4	- 4,1	- 1,9
Chemische Industrie.....	123,2	118,8	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,8	+ 9,3	+ 5,6
Chemische Grundstoffe.....	137,4	135,0	+ 8,2	+ 8,0	+ 10,5	+ 15,1	+ 9,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	112,8	109,4	+ 3,1	+ 3,5	- 0,5	+ 6,4	+ 3,2
Chemiefasern.....	85,7	75,5	- 14,6	- 14,2	- 9,9	- 2,3	- 12,7
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	114,8	109,6	- 2,7	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,9	- 0,4
Gummiwaren.....	117,8	118,9	- 1,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8
Kunststoffwaren.....	113,8	106,3	- 3,3	- 0,3	+ 1,3	+ 2,0	- 1,0

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug. p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	90,9	83,7	- 9,8	- 7,6	- 6,6	- 8,2	- 8,3
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	101,5	94,0	- 14,8	- 10,1	- 5,0	- 7,9	- 11,1
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	88,7	79,9	- 9,4	- 7,1	- 8,4	- 10,0	- 8,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	115,7	104,0	- 6,2	- 1,2	+ 2,7	- 2,8	- 2,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	111,7	99,7	- 5,8	+ 3,7	+ 7,9	- 3,7	- 0,4
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	115,6	104,4	- 2,7	+ 11,1	+ 13,7	- 1,4	+ 4,4
Gießereiindustrie.....	118,8	95,0	- 8,5	+ 3,2	+ 13,9	- 9,1	- 1,7
Metallerzeugnisse.....	117,9	106,3	- 6,5	- 3,7	+ 0,3	- 2,5	- 4,1
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	98,1	90,5	- 7,5	- 3,7	- 3,1	- 0,3	- 4,5
Maschinenbau.....	113,1	94,9	- 5,8	- 4,5	- 0,7	- 5,3	- 4,5
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	111,7	100,0	- 3,8	- 3,1	+ 0,4	- 1,7	- 2,8
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	124,5	71,5	+ 10,9	+ 15,5	+ 16,6	+ 1,3	+ 12,7
Werkzeugmaschinen.....	104,6	89,9	- 11,4	- 8,3	- 14,6	- 15,7	- 11,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	129,1	121,0	- 11,6	- 9,5	- 7,1	- 5,1	- 9,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	160,0	169,4	- 22,0	- 18,9	- 18,9	- 10,8	- 19,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	123,0	114,1	- 8,0	- 5,7	- 2,1	- 1,0	- 5,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	136,6	128,8	- 23,6	- 20,3	- 17,8	- 15,3	- 20,7
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	128,1	115,3	- 3,0	- 3,6	- 3,3	- 2,9	- 3,3
Fahrzeugbau.....	145,4	131,0	- 5,4	+ 0,1	+ 5,5	+ 8,0	- 0,6
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	149,6	134,3	- 6,3	- 0,3	+ 5,6	+ 8,5	- 1,1
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	144,7	132,9	- 6,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 13,0	- 0,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	110,5	103,2	+ 7,3	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,9	+ 5,4
Schiffbau.....	80,1	81,4	+ 4,0	+ 2,8	- 7,2	- 6,3	+ 0,9
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	136,0	126,1	+ 10,2	+ 6,1	+ 8,2	+ 6,0	+ 7,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	78,5	67,9	- 11,6	- 12,8	- 7,0	- 15,5	- 12,0
Möbel.....	68,6	59,0	- 13,7	- 16,8	- 9,5	- 20,8	- 15,3
Recycling.....	244,3	230,4	- 10,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,2	- 4,0
Energieversorgung.....	92,5	91,6	- 1,2	+ 1,5	- 2,8	- 2,7	- 0,6

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug. p)
	1995 = 100						
Produzierendes Gewerbe 1).....	119,3	122,6	+ 1,0	- 1,2	- 4,1	- 2,5	- 1,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	156,8	162,3	+ 2,2	+ 1,7	- 1,1	+ 1,3	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	168,1	169,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 3,0
Investitionsgüterproduzenten.....	148,4	161,4	+ 0,8	+ 0,8	- 5,4	+ 1,6	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	138,7	167,7	- 6,5	- 2,4	- 11,1	+ 0,4	- 4,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	149,4	150,1	+ 3,9	+ 0,4	+ 2,0	- 1,2	+ 1,7
Energie.....	89,9	89,5	+ 0,8	+ 0,7	- 0,7	- 1,4	+ 0,3
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	64,7	65,5	- 5,9	- 13,5	- 16,4	- 16,5	- 12,1
Hochbauleistungen.....	54,0	54,4	- 10,3	- 18,5	- 21,6	- 21,3	- 16,8
Tiefbauleistungen.....	84,3	85,8	+ 0,7	- 6,4	- 9,3	- 10,1	- 5,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	78,6	80,7	+ 2,2	- 2,3	+ 7,8	- 0,4	+ 0,8
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	82,9	83,3	+ 2,9	- 0,7	+ 10,7	+ 1,6	+ 2,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	84,1	84,3	+ 3,3	- 1,0	+ 11,4	+ 1,2	+ 2,3
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	52,6	59,9	- 10,2	+ 10,1	- 13,2	+ 18,8	- 0,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	70,7	75,9	- 0,2	- 5,4	+ 2,2	- 4,0	- 2,6
Verarbeitendes Gewerbe.....	159,9	163,3	+ 1,6	+ 1,8	- 0,6	+ 0,3	+ 1,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	145,8	149,3	+ 4,9	- 1,8	+ 0,8	- 1,1	+ 1,0
Ernährungsgewerbe.....	146,7	150,5	+ 5,4	- 1,2	+ 1,6	- 0,1	+ 1,6
Tabakverarbeitung.....	77,1	59,2	- 23,1	- 42,4	- 51,4	- 65,8	- 39,9
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	112,7	118,5	- 7,8	- 5,3	- 9,3	- 8,5	- 7,1
Textilgewerbe.....	135,7	142,2	- 6,8	- 2,6	- 6,4	- 5,3	- 5,0
Bekleidungsgewerbe.....	40,6	44,5	- 15,7	- 32,6	- 31,6	- 31,3	- 25,3
Leidgeworke.....	87,0	93,3	+ 2,7	+ 6,9	+ 1,4	+ 6,6	+ 4,7
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	185,9	201,4	+ 11,2	+ 8,5	+ 6,6	+ 7,8	+ 9,1
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	150,0	154,7	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,9	+ 7,2	+ 3,9
Papiergewerbe.....	172,9	165,3	+ 18,8	+ 16,2	+ 14,2	+ 11,9	+ 16,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	133,8	131,9	+ 20,0	+ 15,0	+ 8,5	+ 8,7	+ 15,2
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	224,0	208,9	+ 17,7	+ 17,2	+ 19,1	+ 14,7	+ 17,3
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern....	142,3	151,1	- 3,5	+ 0,1	+ 2,8	+ 5,5	- 0,3
Verlagsgewerbe.....	108,6	109,0	- 9,1	- 0,3	+ 3,8	+ 1,2	- 3,2
Druckgewerbe.....	201,6	225,2	+ 0,6	- 0,5	0,0	+ 8,7	+ 1,2
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	133,6	131,1	+ 10,8	+ 6,1	- 14,3	- 9,0	+ 2,5
Chemische Industrie.....	202,9	183,8	+ 7,7	+ 11,2	+ 5,7	- 0,5	+ 7,7
Chemische Grundstoffe.....	182,8	172,3	+ 4,8	+ 8,9	+ 2,2	+ 0,6	+ 5,5
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	232,9	177,6	+ 20,6	+ 13,9	+ 12,7	- 14,7	+ 11,9
Chemiefasern.....	94,5	85,2	- 19,4	- 21,0	- 16,2	+ 1,7	- 17,8
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	168,5	174,7	- 4,6	- 0,6	- 6,1	- 3,2	- 3,1
Gummiwaren.....	138,7	164,1	- 13,5	- 11,5	- 23,4	- 14,2	- 14,0
Kunststoffwaren.....	174,9	177,0	- 2,3	+ 1,8	- 2,3	- 0,6	- 0,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juli p)	August p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juli p)	August p)	Jan. - Aug. p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	116,4	114,7	- 2,1	- 1,6	- 1,7	- 6,1	- 2,4
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	212,4	222,3	- 3,4	+ 5,0	+ 7,2	+ 6,1	+ 2,2
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	98,4	90,5	- 1,2	- 3,8	- 3,1	- 9,4	- 3,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	167,1	162,4	- 4,8	- 2,6	- 0,1	- 4,1	- 3,3
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	167,4	151,4	- 1,3	+ 2,5	+ 6,6	- 3,6	+ 0,8
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	109,6	92,0	- 33,7	- 32,9	- 36,7	- 40,1	- 34,5
Gießereiindustrie.....	179,5	175,4	- 6,2	+ 0,6	+ 6,8	- 9,9	- 2,7
Metallerzeugnisse.....	167,0	165,6	- 5,9	- 4,2	- 1,9	- 4,2	- 4,5
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	134,5	140,9	- 3,2	+ 0,9	- 0,2	- 0,4	- 0,9
Maschinenbau.....	128,8	123,9	- 5,6	- 4,4	- 6,7	- 11,8	- 6,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	149,9	149,5	- 3,3	- 3,4	- 5,1	- 7,8	- 4,1
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	116,6	90,3	- 5,9	+ 3,7	+ 39,6	+ 13,0	+ 4,9
Werkzeugmaschinen.....	163,9	142,6	- 17,8	- 11,4	- 6,0	- 14,0	- 13,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte u. -einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik u. Optik.....	226,9	248,7	+ 8,8	+ 5,1	- 0,4	+ 10,2	+ 6,5
Büromaschinen, Datenverarbei- tungsgeräte u. -einrichtungen.....	269,3	502,4	+ 26,9	+ 17,3	- 14,2	+ 28,4	+ 19,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	161,6	159,4	+ 5,3	+ 4,1	+ 1,2	- 2,9	+ 3,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richtentechnik.....	391,0	411,5	+ 15,1	+ 7,5	+ 6,0	+ 16,2	+ 11,2
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik.....	227,5	244,2	+ 1,2	+ 1,5	- 3,0	+ 12,8	+ 2,1
Fahrzeugbau.....	163,9	190,4	- 1,4	+ 3,5	- 7,5	+ 9,4	+ 1,0
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	231,0	281,9	- 2,5	+ 2,2	- 10,0	+ 11,1	0,0
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	103,2	224,0	- 18,7	- 6,5	- 51,1	+ 4,5	- 15,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	84,8	82,5	+ 2,3	+ 8,4	+ 1,8	+ 3,1	+ 4,7
Schiffbau.....	69,7	67,4	+ 2,9	+ 1,8	- 3,1	- 3,4	+ 1,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	373,4	363,7	+ 11,0	+ 7,2	+ 8,1	+ 5,1	+ 8,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	114,3	139,4	+ 2,8	+ 4,0	- 2,5	+ 1,7	+ 2,6
Möbel.....	78,6	119,4	- 8,6	- 9,1	- 20,0	- 8,4	- 9,8
Recycling.....	271,5	261,9	+ 35,6	+ 39,3	+ 30,6	+ 31,5	+ 35,9
Energieversorgung.....	91,5	90,2	- 0,7	+ 1,3	- 1,9	- 2,5	- 0,3

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	129,6	118,4	- 6,5	+ 1,1	+ 3,8	- 1,7	- 1,9
davon: Inland.....	109,3	101,0	- 9,1	- 2,2	+ 1,3	- 5,7	- 5,0
Ausland.....	166,1	149,7	- 3,4	+ 5,1	+ 7,0	+ 3,5	+ 1,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	121,7	109,2	- 7,1	+ 1,2	+ 5,1	- 1,9	- 2,0
davon: Inland.....	109,8	100,1	- 9,9	- 1,5	+ 2,9	- 3,4	- 4,5
Ausland.....	146,1	128,0	- 2,9	+ 5,1	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,8
Investitionsgüterproduzenten.....	146,3	132,9	- 6,5	+ 1,3	+ 4,2	+ 0,4	- 1,5
davon: Inland.....	118,3	107,3	- 9,0	- 2,5	+ 1,4	- 6,2	- 5,1
Ausland.....	184,7	167,7	- 4,3	+ 4,7	+ 6,9	+ 6,9	+ 1,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	94,7	87,3	- 8,0	+ 0,9	- 5,0	- 10,6	- 4,7
davon: Inland.....	84,8	80,5	- 10,7	- 4,8	- 5,8	- 11,4	- 8,1
Ausland.....	123,6	107,2	- 2,2	+ 13,4	- 3,3	- 8,5	+ 2,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	106,2	109,1	- 2,6	- 1,0	+ 0,3	- 8,6	- 2,6
davon: Inland.....	89,2	93,6	- 5,3	- 3,0	- 2,4	- 10,4	- 4,8
Ausland.....	159,9	157,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 5,5	- 5,3	+ 2,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	84,4	98,0	- 11,9	- 7,5	- 7,6	- 18,7	- 11,2
Textilgewerbe.....	83,2	73,4	- 9,8	- 4,8	- 0,6	- 9,2	- 6,9
Bekleidungsgewerbe.....	85,9	131,9	- 14,1	- 13,3	- 15,5	- 24,7	- 16,2
Ledergewerbe.....	81,9	92,0	- 6,3	- 0,6	- 12,6	- 18,4	- 6,9
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	100,8	95,0	- 6,5	- 0,1	+ 2,8	- 1,5	- 2,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	115,5	107,2	- 2,5	+ 0,9	+ 4,8	- 5,2	- 0,8
Papiergewerbe.....	124,0	110,0	- 0,3	+ 5,1	+ 8,6	- 3,5	+ 2,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	139,0	118,1	+ 1,6	+ 7,7	+ 14,6	- 4,1	+ 4,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	112,0	103,5	- 2,5	+ 2,5	+ 3,2	- 3,0	+ 0,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	102,5	103,0	- 6,1	- 5,4	- 1,6	- 7,8	- 5,6
Chemische Industrie.....	122,7	110,4	- 5,2	+ 2,1	+ 5,8	- 1,3	- 0,6
Chemische Grundstoffe.....	123,7	110,9	- 11,8	0,0	+ 3,3	- 4,6	- 4,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	135,6	120,9	+ 6,6	+ 3,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 4,9
Gummi- und Kunststoffwaren.....	124,2	114,9	- 2,5	+ 3,5	+ 7,3	+ 0,4	+ 1,4
Kunststoffwaren.....	123,7	114,3	- 3,3	+ 2,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 0,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	100,9	90,5	- 10,9	- 4,1	+ 2,6	- 5,4	- 5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	121,5	104,7	- 7,1	+ 1,9	+ 4,2	- 4,1	- 2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Gießereiindustrie.....	123,5	103,2	- 6,8	+ 5,5	+ 6,4	- 1,0	- 0,1
Metallerzeugnisse.....	141,3	125,3	- 8,5	+ 4,0	+ 5,7	+ 0,8	- 1,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	120,0	105,8	- 7,3	- 0,8	+ 2,6	- 6,5	- 3,6
Maschinenbau.....	109,2	95,8	- 7,2	- 1,2	+ 2,2	- 8,8	- 3,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	126,3	121,1	- 11,1	- 4,0	- 4,3	- 4,3	- 6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	90,3	95,2	- 18,7	- 11,3	- 19,4	- 11,1	- 15,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	117,1	109,6	- 11,1	- 11,7	- 3,7	- 6,6	- 9,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	145,6	149,5	- 11,7	+ 6,2	- 6,0	- 2,0	- 3,5
Fahrzeuggbau.....	141,7	127,1	- 7,4	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,5	- 1,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	177,8	162,5	- 3,1	+ 2,6	+ 8,7	+ 3,8	+ 1,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	188,4	176,3	- 1,5	+ 3,1	+ 7,5	+ 3,7	+ 1,9
Schiffbau.....	119,9	87,0	- 16,4	- 0,8	+ 21,5	+ 4,7	- 4,0
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	51,0	28,8	- 42,7	+ 67,9	+ 242,3	+ 70,4	+ 30,7
Möbel.....	183,8	157,9	+ 1,2	- 14,1	- 7,6	- 3,8	- 7,1
	85,8	78,9	- 14,8	- 10,3	- 7,5	- 17,1	- 12,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	124,7	114,0	- 6,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,2	- 2,0
davon: Inland.....	106,6	98,6	- 9,1	- 2,3	+ 0,9	- 6,0	- 5,0
Ausland.....	157,2	141,7	- 3,3	+ 5,1	+ 6,7	+ 2,9	+ 1,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	120,4	108,1	- 4,9	+ 2,7	+ 5,8	- 1,6	- 0,4
davon: Inland.....	109,5	99,8	- 7,9	- 0,2	+ 3,4	- 3,1	- 3,1
Ausland.....	143,0	125,1	- 0,2	+ 7,2	+ 9,8	+ 0,9	+ 3,9
Investitionsgüterproduzenten.....	138,0	125,6	- 8,1	+ 0,1	+ 2,8	- 0,6	- 2,9
davon: Inland.....	113,7	103,5	- 10,7	- 3,8	- 0,1	- 7,0	- 6,5
Ausland.....	171,3	155,7	- 5,6	+ 3,7	+ 5,7	+ 5,9	+ 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	89,7	82,6	- 8,8	+ 0,6	- 5,7	- 11,2	- 5,2
davon: Inland.....	80,0	75,8	- 11,5	- 5,4	- 6,7	- 12,3	- 8,8
Ausland.....	118,0	102,4	- 2,8	+ 13,6	- 3,5	- 8,5	+ 2,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	101,5	104,6	- 3,6	- 1,5	+ 0,1	- 9,0	- 3,2
davon: Inland.....	85,5	89,9	- 6,2	- 3,4	- 2,7	- 10,6	- 5,4
Ausland.....	151,7	150,8	+ 1,6	+ 2,6	+ 5,3	- 5,7	+ 1,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	83,1	96,6	- 12,4	- 8,1	- 8,1	- 19,1	- 11,7
Textilgewerbe.....	81,9	72,2	- 10,2	- 5,2	- 1,0	- 9,6	- 7,2
Bekleidungsgewerbe.....	84,7	130,1	- 14,6	- 14,1	- 16,1	- 25,1	- 16,8
Ledergewerbe.....	76,6	86,1	- 7,7	- 1,9	- 13,5	- 19,3	- 8,2
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	104,8	99,2	- 4,4	+ 2,5	+ 5,0	+ 0,4	0,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	112,3	104,1	- 0,9	+ 2,1	+ 4,2	- 6,0	+ 0,2
Papiergewerbe.....	119,8	105,9	+ 2,7	+ 7,1	+ 7,5	- 4,9	+ 3,9
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	137,6	117,1	+ 7,9	+ 11,4	+ 13,4	- 5,2	+ 8,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	105,5	96,8	- 2,6	+ 2,5	+ 1,8	- 4,8	- 0,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	100,8	101,4	- 6,5	- 5,6	- 1,5	- 7,7	- 5,7
Chemische Industrie.....	119,7	107,5	- 2,3	+ 4,1	+ 6,4	- 1,6	+ 1,3
Chemische Grundstoffe.....	125,0	111,7	- 4,6	+ 4,6	+ 4,6	- 4,7	- 0,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	124,4	110,9	+ 5,9	+ 3,1	+ 7,9	+ 2,2	+ 4,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	122,4	113,3	- 2,1	+ 3,8	+ 6,9	+ 0,3	+ 1,6
Kunststoffwaren.....	121,5	112,3	- 2,8	+ 3,4	+ 5,2	+ 0,4	+ 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	102,3	92,5	- 11,2	- 3,5	+ 2,8	- 4,0	- 5,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	118,9	102,3	- 5,0	+ 3,3	+ 5,3	- 3,7	- 0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	125,2	104,7	- 1,2	+ 9,4	+ 9,5	+ 0,8	+ 4,2
Gießereiindustrie.....	138,3	122,7	- 6,4	+ 5,2	+ 6,6	+ 1,0	+ 0,3
Metallerzeugnisse.....	113,9	100,5	- 8,1	- 1,5	+ 1,8	- 7,0	- 4,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	104,4	91,7	- 7,4	- 1,0	+ 2,4	- 8,4	- 3,8
Maschinenbau.....	112,8	98,5	- 8,5	+ 3,8	+ 3,9	- 0,2	- 1,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	129,0	124,4	- 11,5	- 3,7	- 4,0	- 3,6	- 6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	120,1	127,9	- 17,7	- 8,6	- 16,6	- 5,9	- 13,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	113,5	106,4	- 11,7	- 12,1	- 4,3	- 7,3	- 10,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	160,9	164,7	- 10,9	+ 7,4	- 3,2	+ 0,4	- 2,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	131,8	118,0	- 8,6	+ 1,6	+ 1,5	- 0,4	- 2,7
Fahrzeugbau.....	165,1	150,5	- 4,6	+ 1,5	+ 7,6	+ 2,7	- 0,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	174,6	163,0	- 3,0	+ 2,0	+ 6,4	+ 2,6	+ 0,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	113,5	82,4	- 17,2	- 1,6	+ 20,4	+ 3,9	- 4,9
Schiffbau.....	48,3	27,2	- 43,4	+ 66,0	+ 237,8	+ 68,9	+ 29,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	173,7	149,0	+ 0,1	- 14,9	- 8,4	- 4,7	- 8,0
Möbel.....	75,0	69,0	- 17,1	- 12,2	- 9,2	- 18,5	- 14,6

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	127,8	115,1	- 7,2	+ 1,0	+ 3,9	- 2,8	- 2,3
davon: Inland.....	107,3	98,3	- 9,7	- 2,6	+ 1,2	- 6,6	- 5,4
Ausland.....	162,9	143,9	- 4,5	+ 5,1	+ 7,1	+ 2,1	+ 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,5	104,6	- 7,9	+ 0,6	+ 4,6	- 2,5	- 2,6
davon: Inland.....	105,6	95,7	- 11,0	- 2,1	+ 2,4	- 4,1	- 5,2
Ausland.....	141,0	122,1	- 3,2	+ 4,7	+ 8,3	- 0,2	+ 1,5
Investitionsgüterproduzenten.....	147,2	130,7	- 7,4	+ 1,7	+ 4,8	- 1,1	- 1,8
davon: Inland.....	119,5	106,9	- 9,0	- 2,4	+ 2,0	- 7,2	- 5,0
Ausland.....	182,6	161,2	- 6,0	+ 5,1	+ 7,3	+ 4,9	+ 1,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	93,3	84,6	- 7,8	+ 1,0	- 4,3	- 10,9	- 4,4
davon: Inland.....	83,0	77,3	- 10,6	- 4,9	- 5,0	- 12,1	- 8,0
Ausland.....	121,7	105,0	- 1,7	+ 13,0	- 3,2	- 8,7	+ 2,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	103,6	106,4	- 3,2	- 1,6	- 0,3	- 9,4	- 3,2
davon: Inland.....	86,0	90,5	- 6,3	- 3,9	- 3,4	- 11,4	- 5,8
Ausland.....	157,8	155,0	+ 2,7	+ 3,0	+ 5,4	- 5,8	+ 2,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	82,5	96,4	- 12,2	- 8,2	- 8,4	- 19,5	- 11,8
Textilgewerbe.....	79,9	69,0	- 10,2	- 5,3	- 1,1	- 10,2	- 7,4
Bekleidungsgewerbe.....	86,0	132,6	- 14,1	- 13,5	- 15,9	- 24,8	- 16,4
Ledergewerbe.....	81,3	91,8	- 6,5	- 0,5	- 12,8	- 18,8	- 7,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	85,7	78,9	- 10,6	- 5,5	- 1,6	- 7,1	- 7,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,3	103,3	- 3,6	+ 0,5	+ 4,4	- 6,0	- 1,3
Papiergewerbe.....	119,3	105,6	- 1,4	+ 4,5	+ 8,1	- 4,5	+ 1,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	137,1	116,3	+ 1,4	+ 8,1	+ 15,0	- 4,4	+ 4,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	105,4	97,3	- 4,2	+ 1,0	+ 1,7	- 4,6	- 1,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	99,2	99,8	- 7,0	- 5,7	- 1,7	- 8,3	- 6,1
Chemische Industrie.....	119,4	107,0	- 5,4	+ 1,6	+ 5,5	- 1,7	- 1,0
Chemische Grundstoffe.....	119,6	107,3	- 12,2	- 0,2	+ 3,1	- 4,7	- 5,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	132,2	116,8	+ 6,4	+ 2,2	+ 6,9	+ 0,9	+ 4,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,8	110,3	- 2,9	+ 3,5	+ 7,7	+ 0,8	+ 1,3
Kunststoffwaren.....	118,8	109,4	- 3,6	+ 2,8	+ 5,9	+ 0,7	+ 0,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	93,3	83,2	- 12,1	- 5,2	+ 2,4	- 5,9	- 6,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	118,3	101,1	- 8,1	+ 1,8	+ 3,9	- 4,5	- 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	121,3	100,3	- 8,0	+ 5,7	+ 7,1	- 0,8	- 0,4
Gießereiindustrie.....	135,5	116,7	- 8,4	+ 4,7	+ 6,7	+ 0,2	- 0,7
Metallerzeugnisse.....	115,9	101,6	- 8,2	- 1,2	+ 1,3	- 7,5	- 4,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	101,3	88,3	- 9,6	- 1,3	- 0,3	- 11,4	- 5,5
Maschinenbau.....	122,3	105,4	- 7,4	+ 5,5	+ 6,2	+ 0,3	- 0,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	123,1	116,7	- 11,9	- 4,5	- 4,9	- 5,7	- 7,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	85,1	86,1	- 22,0	- 13,7	- 21,5	- 15,0	- 18,2
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	115,7	106,8	- 11,5	- 12,6	- 4,3	- 8,5	- 10,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	139,6	142,8	- 12,9	+ 6,7	- 7,2	- 2,9	- 4,2
Fahrzeugbau.....	138,0	122,7	- 7,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,2	- 1,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	181,6	160,7	- 4,3	+ 3,3	+ 9,7	+ 2,0	+ 1,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	188,3	172,1	- 1,2	+ 3,0	+ 9,0	+ 3,1	+ 2,1
Schiffbau.....	136,3	83,8	- 31,8	+ 6,1	+ 16,8	- 12,1	- 8,9
Luft- und Raumfahrtfahrzeugbau.....	41,2	34,2	- 45,4	+ 92,7	+ 172,8	+ 73,6	+ 32,8
Möbel.....	181,8	112,2	- 28,2	- 10,9	- 7,2	- 29,7	- 18,3
	84,9	75,6	- 14,9	- 10,7	- 6,7	- 17,6	- 12,8

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	122,8	110,7	- 7,3	+ 1,0	+ 3,5	- 3,3	- 2,5
davon: Inland.....	104,6	95,9	- 9,8	- 2,6	+ 0,8	- 6,9	- 5,5
Ausland.....	154,1	136,1	- 4,4	+ 5,2	+ 6,8	+ 1,5	+ 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,1	103,3	- 5,7	+ 2,1	+ 5,4	- 2,5	- 1,1
davon: Inland.....	105,1	95,3	- 9,1	- 0,8	+ 2,8	- 3,8	- 4,0
Ausland.....	137,9	119,2	- 0,5	+ 6,7	+ 9,5	+ 0,1	+ 3,5
Investitionsgüterproduzenten.....	138,7	123,5	- 9,0	+ 0,4	+ 3,4	- 2,1	- 3,2
davon: Inland.....	114,8	103,0	- 10,7	- 3,8	+ 0,4	- 8,0	- 6,5
Ausland.....	169,2	149,6	- 7,3	+ 4,1	+ 6,0	+ 3,9	- 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	88,4	80,2	- 8,5	+ 0,7	- 5,0	- 11,6	- 5,1
davon: Inland.....	78,3	72,9	- 11,4	- 5,4	- 6,0	- 13,0	- 8,8
Ausland.....	116,3	100,4	- 2,2	+ 13,2	- 3,4	- 8,7	+ 2,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	99,0	102,0	- 4,2	- 2,2	- 0,5	- 9,8	- 3,8
davon: Inland.....	82,4	86,9	- 7,1	- 4,4	- 3,7	- 11,6	- 6,3
Ausland.....	149,8	148,4	+ 1,6	+ 2,5	+ 5,1	- 6,2	+ 1,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	81,3	95,0	- 12,7	- 8,7	- 8,8	- 19,9	- 12,2
Textilgewerbe.....	78,6	67,9	- 10,5	- 5,8	- 1,5	- 10,5	- 7,8
Bekleidungsgewerbe.....	84,8	130,8	- 14,7	- 14,2	- 16,5	- 25,3	- 17,0
Ledergewerbe.....	76,0	86,0	- 7,8	- 1,7	- 13,8	- 19,6	- 8,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	88,7	81,9	- 8,9	- 3,2	+ 0,5	- 5,6	- 5,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	108,1	100,3	- 2,0	+ 1,5	+ 3,6	- 6,8	- 0,6
Papiergewerbe.....	115,1	101,6	+ 1,5	+ 6,4	+ 6,9	- 5,9	+ 3,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	135,4	115,1	+ 7,4	+ 11,8	+ 13,8	- 5,5	+ 8,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	99,2	91,0	- 4,4	+ 1,1	+ 0,4	- 6,3	- 2,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	97,6	98,4	- 7,5	- 5,8	- 1,6	- 8,1	- 6,3
Chemische Industrie.....	116,3	104,1	- 2,5	+ 3,4	+ 5,9	- 1,9	+ 0,8
Chemische Grundstoffe.....	120,9	108,0	- 5,0	+ 4,3	+ 4,5	- 4,9	- 0,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	121,5	107,1	+ 5,6	+ 2,1	+ 7,3	+ 1,2	+ 4,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	118,1	108,8	- 2,5	+ 3,9	+ 7,3	+ 0,6	+ 1,4
Kunststoffwaren.....	116,8	107,5	- 3,0	+ 3,3	+ 5,4	+ 0,5	+ 0,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	94,1	84,8	- 12,7	- 4,8	+ 2,3	- 4,6	- 6,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	115,7	98,8	- 5,9	+ 3,2	+ 5,0	- 4,1	- 1,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Gießereiindustrie.....	123,0	101,7	- 2,4	+ 9,8	+ 10,4	+ 0,9	+ 4,0
Metallerzeugnisse.....	132,7	114,3	- 6,3	+ 5,9	+ 7,6	+ 0,4	+ 0,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	109,9	96,4	- 8,9	- 2,0	+ 0,5	- 8,0	- 5,1
Maschinenbau.....	112,5	97,2	- 8,6	+ 4,1	+ 4,6	- 1,0	- 1,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	125,6	119,6	- 12,4	- 4,2	- 4,8	- 5,1	- 7,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	113,4	115,7	- 21,0	- 11,1	- 18,7	- 10,0	- 16,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	112,0	103,5	- 12,1	- 13,0	- 4,8	- 9,2	- 11,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	154,3	157,5	- 12,2	+ 7,8	- 4,5	- 0,5	- 2,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	128,4	113,9	- 8,7	+ 1,6	+ 1,9	- 0,7	- 2,7
Fahrzeugbau.....	168,6	148,6	- 5,8	+ 2,2	+ 8,7	+ 0,7	- 0,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	174,4	158,9	- 2,7	+ 1,8	+ 7,9	+ 1,9	+ 0,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	129,0	79,3	- 32,5	+ 5,1	+ 15,7	- 12,9	- 9,7
Schiffbau.....	39,0	32,4	- 46,1	+ 90,2	+ 170,8	+ 72,3	+ 31,5
Luft- und Raumfahrtfahrzeugbau.....	171,7	105,9	- 28,9	- 11,8	- 8,1	- 30,4	- 19,1
Möbel.....	74,2	66,0	- 17,3	- 12,5	- 8,4	- 19,2	- 14,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	159,0	173,5	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,3	+ 11,4	+ 3,5
davon: Inland.....	134,2	135,1	- 3,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 3,3	- 0,5
Ausland.....	283,7	366,9	+ 16,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 30,1	+ 11,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	188,1	183,4	+ 0,5	+ 6,1	+ 8,9	+ 5,2	+ 4,2
davon: Inland.....	163,9	156,9	+ 0,3	+ 3,6	+ 7,4	+ 3,0	+ 2,8
Ausland.....	303,1	309,6	+ 1,2	+ 12,2	+ 12,9	+ 11,3	+ 7,7
Investitionsgüterproduzenten.....	133,2	167,0	+ 7,0	- 3,7	- 5,1	+ 21,6	+ 3,1
davon: Inland.....	104,8	111,3	- 9,2	- 3,6	- 5,8	+ 5,3	- 5,0
Ausland.....	269,3	435,4	+ 34,0	- 3,7	- 4,3	+ 50,5	+ 16,4
Gebräuchsgüterproduzenten.....	123,3	140,3	- 11,6	- 0,2	- 13,1	- 5,1	- 6,8
davon: Inland.....	113,1	131,0	- 10,8	- 4,3	- 13,9	- 5,6	- 8,1
Ausland.....	228,5	235,7	- 16,3	+ 22,5	- 8,1	- 1,9	+ 0,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	172,6	176,8	+ 7,8	+ 8,5	+ 10,5	+ 4,4	+ 7,9
davon: Inland.....	159,8	160,5	+ 9,5	+ 8,8	+ 10,9	+ 2,8	+ 8,5
Ausland.....	269,4	300,6	- 0,1	+ 6,5	+ 8,1	+ 11,3	+ 4,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	124,3	133,8	- 6,6	0,0	+ 5,2	- 3,9	- 2,7
Textilgewerbe.....	136,4	142,7	- 6,6	+ 0,3	+ 4,9	- 0,8	- 2,2
Bekleidungsgewerbe.....	81,8	102,4	- 7,0	- 2,6	+ 7,2	- 16,7	- 5,9
Ledergewerbe.....	99,2	97,0	- 0,9	- 4,2	- 7,2	- 7,6	- 3,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	305,8	314,3	+ 15,7	+ 29,1	+ 23,5	+ 24,6	+ 23,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	196,0	181,2	+ 10,2	+ 7,1	+ 9,9	+ 3,4	+ 8,2
Papiergewerbe.....	203,3	183,3	+ 11,3	+ 11,6	+ 14,8	+ 6,8	+ 11,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	164,1	142,5	+ 4,7	+ 3,2	+ 10,1	- 0,8	+ 4,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	249,4	231,3	+ 17,8	+ 19,6	+ 18,7	+ 13,1	+ 18,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	180,9	176,9	+ 7,8	- 1,0	+ 0,1	- 3,1	+ 2,0
Chemische Industrie.....	192,7	180,9	- 0,7	+ 9,8	+ 10,3	+ 2,5	+ 4,9
Chemische Grundstoffe.....	187,2	167,6	- 7,0	+ 3,2	+ 3,6	- 2,9	- 1,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	221,7	229,4	+ 11,0	+ 22,4	+ 19,8	+ 17,7	+ 17,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	197,6	191,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 4,2	- 3,3	+ 1,8
Kunststoffwaren.....	198,2	190,2	+ 0,1	+ 3,9	+ 4,0	- 0,7	+ 2,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	163,1	150,0	- 3,7	+ 2,0	+ 3,8	- 3,5	- 0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	165,0	152,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 8,0	0,0	+ 3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	154,0	144,3	+ 4,1	+ 3,1	- 1,4	- 2,8	+ 2,2
Gießereiindustrie.....	212,4	229,3	- 9,0	- 0,9	- 1,0	+ 4,3	- 3,7
Metallerzeugnisse.....	172,8	158,9	+ 1,0	+ 3,5	+ 14,9	+ 1,9	+ 3,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	164,0	146,7	+ 5,9	- 0,4	+ 14,8	+ 2,9	+ 4,3
Maschinenbau.....	126,9	132,6	- 6,5	+ 0,4	- 6,2	+ 14,7	- 1,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	190,3	210,0	- 0,8	+ 2,0	+ 5,2	+ 15,1	+ 2,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	244,6	363,4	+ 14,3	+ 18,5	+ 9,5	+ 31,5	+ 17,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	138,5	151,8	- 6,7	+ 0,6	+ 4,8	+ 19,4	- 0,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	328,9	351,5	+ 8,8	- 1,5	+ 12,5	+ 9,5	+ 5,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	230,8	233,0	- 6,0	+ 2,7	- 3,5	+ 5,4	- 1,1
Fahrzeugbau.....	118,8	191,6	+ 17,2	- 7,5	- 10,9	+ 37,9	+ 6,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	190,0	304,3	- 8,6	+ 7,4	- 25,5	+ 16,7	- 1,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	60,2	98,9	+ 111,9	- 38,6	+ 81,3	+ 155,6	+ 30,9
Schiffbau.....	82,8	11,2	0,0	- 72,2	+ 479,0	+ 45,5	+ 14,9
Luft- und Raumfahrtfahrzeugbau.....	473,3	6775,5	+ 358,7	- 49,6	- 25,4	+ 723,0	+ 84,3
Möbel.....	98,8	127,0	- 13,5	- 6,7	- 16,6	- 11,4	- 11,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	155,8	169,3	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,0	+ 11,5	+ 4,1
davon: Inland.....	132,4	133,5	- 2,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,2
Ausland.....	274,4	350,3	+ 17,7	+ 4,5	+ 5,7	+ 30,0	+ 12,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	188,6	183,7	+ 3,3	+ 8,0	+ 10,0	+ 5,9	+ 6,2
davon: Inland.....	165,4	158,4	+ 3,1	+ 5,6	+ 8,2	+ 3,7	+ 4,8
Ausland.....	300,6	305,1	+ 3,7	+ 14,6	+ 15,0	+ 11,9	+ 9,9
Investitionsgüterproduzenten.....	127,6	159,8	+ 6,2	- 4,3	- 5,1	+ 21,3	+ 2,6
davon: Inland.....	101,2	108,5	- 9,8	- 4,3	- 6,4	+ 5,3	- 5,6
Ausland.....	254,2	407,2	+ 34,2	- 4,3	- 2,9	+ 50,8	+ 16,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	115,2	129,6	- 12,6	- 0,9	- 13,7	- 5,6	- 7,5
davon: Inland.....	105,4	120,7	- 11,9	- 4,9	- 14,8	- 6,2	- 8,9
Ausland.....	215,7	221,0	- 16,8	+ 22,3	- 7,6	- 1,4	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	164,8	168,8	+ 7,0	+ 8,2	+ 10,6	+ 4,5	+ 7,5
davon: Inland.....	153,2	153,9	+ 8,7	+ 8,6	+ 11,2	+ 3,1	+ 8,2
Ausland.....	253,6	282,4	- 0,6	+ 6,0	+ 7,7	+ 10,9	+ 4,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	122,2	131,5	- 7,3	- 0,7	+ 4,7	- 4,5	- 3,3
Textilgewerbe.....	134,3	140,6	- 7,1	- 0,3	+ 4,4	- 1,5	- 2,7
Bekleidungsgewerbe.....	79,3	99,7	- 7,9	- 3,9	+ 6,3	- 17,1	- 6,8
Ledergewerbe.....	93,1	91,2	- 2,0	- 5,1	- 8,0	- 8,5	- 4,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	323,7	334,0	+ 19,3	+ 33,4	+ 26,6	+ 27,8	+ 26,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	191,5	176,4	+ 12,7	+ 8,2	+ 9,2	+ 2,4	+ 9,2
Papiergewerbe.....	199,5	178,9	+ 15,5	+ 13,4	+ 13,5	+ 5,2	+ 13,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	167,7	145,6	+ 13,1	+ 7,0	+ 9,5	- 1,4	+ 8,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	236,8	218,0	+ 17,7	+ 19,7	+ 17,2	+ 10,9	+ 17,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	175,1	171,4	+ 7,2	- 1,1	+ 0,1	- 2,9	+ 1,7
Chemische Industrie.....	190,7	177,9	+ 3,0	+ 12,9	+ 12,4	+ 3,0	+ 7,8
Chemische Grundstoffe.....	189,6	168,5	- 0,6	+ 8,3	+ 6,3	- 2,5	+ 3,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	203,3	210,3	+ 10,1	+ 22,2	+ 19,8	+ 18,5	+ 16,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	194,1	188,0	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,3	- 3,8	+ 1,7
Kunststoffwaren.....	194,2	186,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 3,0	- 1,3	+ 1,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	167,1	153,4	- 4,5	+ 3,7	+ 5,0	- 1,9	+ 0,3
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	160,8	149,3	+ 5,2	+ 4,6	+ 8,4	+ 0,5	+ 4,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	154,8	145,6	+ 11,0	+ 6,7	+ 0,7	- 1,1	+ 6,7
Gießereiindustrie.....	207,4	224,0	- 7,3	+ 0,3	- 0,1	+ 4,9	- 2,4
Metallerzeugnisse.....	165,0	151,9	+ 0,2	+ 3,0	+ 14,2	+ 1,6	+ 3,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	157,5	141,0	+ 5,8	+ 0,1	+ 15,4	+ 3,8	+ 4,6
Maschinenbau.....	116,9	122,2	- 7,5	- 0,8	- 7,5	+ 13,3	- 2,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	196,0	218,7	+ 0,1	+ 3,0	+ 6,7	+ 16,8	+ 3,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	318,6	488,1	+ 14,0	+ 23,0	+ 14,9	+ 39,6	+ 19,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	136,5	149,2	- 7,2	- 0,1	+ 3,8	+ 17,9	- 0,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	362,5	386,2	+ 11,9	+ 1,3	+ 17,7	+ 13,9	+ 8,8
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	213,1	214,9	- 7,4	+ 1,5	- 4,4	+ 4,0	- 2,3
Fahrzeugbau.....	112,9	179,9	+ 16,3	- 8,6	- 10,5	+ 37,2	+ 5,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	180,8	285,0	- 9,4	+ 6,2	- 24,9	+ 16,0	- 2,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	57,1	93,5	+ 109,3	- 38,8	+ 79,6	+ 154,1	+ 29,7
Schiffbau.....	78,3	10,6	0,0	- 72,7	+ 471,5	+ 45,2	+ 13,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	447,5	6398,6	+ 372,8	- 50,0	- 26,0	+ 715,3	+ 86,8
Möbel.....	87,0	111,1	- 15,9	- 8,5	- 18,0	- 13,0	- 13,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar - August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	130,0	117,3	- 6,8	- 1,3	+ 2,9	- 4,0	- 3,3
davon: Inland.....	108,7	100,1	- 8,3	- 3,7	+ 1,1	- 6,4	- 5,3
Ausland.....	169,2	149,0	- 4,9	+ 1,5	+ 5,4	- 0,7	- 0,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	120,5	110,8	- 8,4	- 1,5	+ 2,8	- 3,1	- 3,8
davon: Inland.....	108,3	100,3	- 9,9	- 3,8	+ 1,1	- 5,1	- 5,6
Ausland.....	146,2	132,6	- 6,2	+ 2,0	+ 5,6	+ 0,2	- 0,9
Investitionsgüterproduzenten.....	148,0	130,1	- 6,4	- 1,6	+ 3,9	- 3,9	- 3,0
davon: Inland.....	118,2	106,3	- 7,8	- 3,8	+ 2,2	- 7,2	- 5,0
Ausland.....	188,9	162,9	- 5,1	+ 0,3	+ 5,4	- 0,7	- 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	95,1	83,6	- 6,2	0,0	- 2,0	- 12,6	- 4,0
davon: Inland.....	83,0	75,2	- 8,2	- 4,7	- 4,2	- 13,3	- 7,1
Ausland.....	131,0	108,7	- 1,5	+ 10,8	+ 2,3	- 11,2	+ 2,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	111,6	108,1	- 1,4	+ 0,2	+ 1,5	- 4,3	- 0,8
davon: Inland.....	92,6	92	- 3,5	- 2,5	- 0,6	- 6,2	- 3,1
Ausland.....	174,1	161,2	+ 3,0	+ 5,6	+ 5,4	- 0,6	+ 3,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	90,6	89,6	- 9,9	- 6,2	- 6,7	- 12,6	- 8,5
Textilgewerbe.....	85,9	73,2	- 11,7	- 6,0	- 2,7	- 8,7	- 8,2
Bekleidungsgewerbe.....	97,3	113,0	- 7,5	- 6,3	- 11,2	- 15,8	- 9,1
Ledergewerbe.....	119,9	104,9	+ 2,9	- 3,4	+ 2,4	- 9,8	- 0,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	95,4	87,8	- 5,7	- 0,5	+ 2,6	- 2,7	- 2,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	110,0	106,3	- 4,4	- 1,0	+ 1,3	- 4,7	- 2,5
Papiergewerbe.....	116,1	107,5	- 4,8	+ 0,5	+ 3,0	- 4,1	- 1,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	121,7	113,0	- 7,9	0,0	+ 2,0	- 3,3	- 3,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	111,4	102,9	- 1,9	+ 1,3	+ 3,9	- 4,8	- 0,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	100,6	104,4	- 3,6	- 3,4	- 1,8	- 5,5	- 3,5
Chemische Industrie.....	123,2	112,4	- 5,6	+ 0,8	+ 4,4	- 0,2	- 1,3
Chemische Grundstoffe.....	122,2	113,4	- 10,8	- 2,4	+ 1,2	- 2,7	- 5,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	140,9	125,2	+ 2,8	+ 4,1	+ 8,0	+ 3,0	+ 4,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	123,9	114,8	- 4,3	+ 2,4	+ 7,0	- 0,5	+ 0,1
Kunststoffwaren.....	123,4	113,8	- 4,5	+ 1,9	+ 5,6	- 0,6	- 0,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	101,6	91,6	- 8,9	- 4,4	- 0,2	- 7,8	- 5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	117,5	105,9	- 8,5	- 2,8	+ 2,0	- 5,1	- 4,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	116,8	104,7	- 11,8	- 2,2	+ 3,0	- 4,5	- 5,5
Gießereiindustrie.....	136,0	119,0	- 8,5	- 1,2	+ 5,1	- 4,0	- 3,6
Metallerzeugnisse.....	118,2	106,8	- 5,6	- 3,3	+ 1,4	- 5,7	- 3,9
Stahl- und Leichtmetallbau.....	102,1	93,4	- 7,2	- 5,3	- 1,9	- 7,2	- 5,7
Maschinenbau.....	125,0	107,9	- 3,0	+ 1,2	+ 3,5	- 6,7	- 1,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	133,2	128,2	- 8,3	- 4,6	- 4,5	- 6,7	- 6,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	95,8	101,1	- 16,3	- 14,0	- 14,3	- 12,8	- 14,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	123,2	116,0	- 6,0	- 4,9	- 2,5	- 8,3	- 5,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	161,4	162,9	- 12,0	- 4,2	- 8,2	- 6,4	- 8,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	142,5	130,2	- 4,1	- 1,1	- 0,1	- 1,4	- 2,2
Fahrzeugbau.....	177,9	153,0	- 7,7	- 0,5	+ 9,5	+ 0,9	- 2,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	176,9	153,9	- 8,4	- 0,7	+ 7,7	+ 2,1	- 2,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	185,2	146,3	- 1,7	+ 1,2	+ 22,9	- 7,4	+ 1,7
Schiffbau.....	167,9	74,6	- 6,0	+ 15,5	+ 215,0	- 28,6	+ 17,4
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	218,1	202,2	- 5,3	- 2,0	- 7,0	- 5,2	- 4,2
Möbel.....	83,6	72,2	- 13,5	- 11,3	- 4,9	- 19,8	- 12,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juli	August p)	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August p)	Januar -August
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	127,6	113,7	- 7,2	- 1,8	+ 3,2	- 4,2	- 3,6
davon: Inland.....	105,9	96,3	- 9,0	- 4,4	+ 1,0	- 7,1	- 5,8
Ausland.....	165,5	144,1	- 5,1	+ 1,1	+ 5,6	- 0,7	- 0,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,1	106,0	- 9,0	- 2,2	+ 2,4	- 3,5	- 4,5
davon: Inland.....	103,7	95,4	- 10,8	- 4,6	+ 0,6	- 5,8	- 6,5
Ausland.....	140,8	127,2	- 6,6	+ 1,5	+ 5,2	0,0	- 1,4
Investitionsgüterproduzenten.....	147,4	127,5	- 6,8	- 2,1	+ 4,5	- 3,8	- 3,2
davon: Inland.....	117,6	104,0	- 8,4	- 4,3	+ 2,6	- 7,6	- 5,4
Ausland.....	185,9	158,0	- 5,2	- 0,1	+ 6,1	- 0,3	- 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	93,8	80,4	- 5,9	+ 0,3	- 1,3	- 13,1	- 3,9
davon: Inland.....	81,4	71,5	- 8,0	- 4,7	- 3,2	- 14,0	- 6,9
Ausland.....	129,1	105,9	- 1,3	+ 10,5	+ 2,1	- 11,4	+ 2,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	108,9	105	- 1,7	- 0,2	+ 0,8	- 5,1	- 1,3
davon: Inland.....	89,4	88,6	- 4,1	- 3,2	- 1,4	- 7,1	- 3,7
Ausland.....	171,6	157,5	+ 2,9	+ 5,5	+ 5,0	- 1,6	+ 3,4
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	89,1	87,6	- 9,8	- 6,5	- 7,0	- 13,2	- 8,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	105,8	102,1	- 5,0	- 1,5	+ 0,8	- 5,4	- 3,2
Chemische Industrie.....	119,5	108,6	- 5,9	+ 0,2	+ 4,0	- 0,8	- 1,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,4	110,0	- 4,6	+ 2,3	+ 7,2	- 0,2	0,0
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,4	102,5	- 9,0	- 3,1	+ 1,6	- 5,1	- 5,0
Maschinenbau.....	123,3	106,9	- 3,2	+ 1,0	+ 3,0	- 6,5	- 1,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	129,4	123,5	- 9,3	- 5,3	- 5,2	- 7,4	- 7,1
Fahrzeugbau.....	178,7	149,1	- 7,7	- 0,9	+ 11,5	+ 1,2	- 1,9
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	172,4	179,5	- 1,6	+ 4,4	+ 1,0	- 1,4	+ 1,0
davon: Inland.....	145,4	148,8	- 1,4	+ 2,0	+ 1,7	- 1,0	+ 0,3
Ausland.....	316,6	342,8	- 2,1	+ 9,8	- 0,6	- 2,4	+ 2,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	189,7	184,2	- 1,4	+ 4,7	+ 7,1	+ 0,7	+ 2,3
davon: Inland.....	165,3	161,4	- 2,1	+ 2,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 1,0
Ausland.....	309,3	295,8	+ 0,2	+ 10,3	+ 11,3	+ 1,8	+ 5,5
Investitionsgüterproduzenten.....	158,5	177,3	- 1,8	+ 4,4	- 6,7	- 4,8	- 0,4
davon: Inland.....	125,2	134,0	- 0,3	+ 1,5	- 3,3	- 3,0	- 0,4
Ausland.....	332,0	402,1	- 4,3	+ 9,0	- 12,7	- 7,8	- 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	119,5	144,2	- 9,6	- 2,0	- 10,5	- 7,1	- 6,6
davon: Inland.....	108,1	132,5	- 10,0	- 5,5	- 13,8	- 7,3	- 8,3
Ausland.....	230,0	257,9	- 7,7	+ 18,7	+ 8,6	- 6,2	+ 3,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	177,5	187,5	+ 5,1	+ 6,8	+ 11,5	+ 10,0	+ 7,2
davon: Inland.....	161,5	166,0	+ 4,8	+ 5,7	+ 10,0	+ 5,6	+ 5,9
Ausland.....	313,1	370,9	+ 6,5	+ 11,6	+ 17,5	+ 30,5	+ 13,2
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	120,7	129,2	- 8,6	- 2,4	- 2,1	- 3,0	- 4,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	191,7	187,6	+ 3,5	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,9	+ 5,1
Chemische Industrie.....	194,5	186,1	- 0,8	+ 9,3	+ 9,5	+ 8,2	+ 5,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	195,1	190,4	- 0,7	+ 2,9	+ 5,3	- 3,6	+ 1,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	158,3	150,1	- 4,5	- 0,1	+ 6,4	- 5,8	- 1,7
Maschinenbau.....	159,6	129,6	+ 0,6	+ 4,1	+ 12,0	- 10,4	+ 2,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	206,6	217,1	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,5	+ 1,7	+ 4,2
Fahrzeugbau.....	160,5	234,1	- 6,7	+ 5,8	- 24,0	- 2,9	- 3,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002						
		Juli	August	2. VJ	Juni	Juli	August	Januar – August
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	75,2	...	– 9,3	– 10,1	– 3,3
Hochbau	1995 = 100	62,7	...	– 15,9	– 16,0	– 9,7
Wohnungsbau	1995 = 100	49,0	...	– 16,6	– 21,8	– 12,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	72,6	...	– 15,5	– 12,7	– 7,9
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	95,8	...	– 0,9	– 2,4	+ 4,4
Straßenbau	1995 = 100	118,2	...	– 2,2	+ 0,1	+ 1,2
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	86,3	...	– 0,2	– 4,0	+ 6,2
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	84,4p	76,4p	– 6,0p	– 7,2p	– 7,2p	– 9,4p	– 5,0p
Hochbauleistungen	1995 = 100	80,1p	71,4p	– 7,5p	– 8,5p	– 7,9p	– 10,9p	– 6,3p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	92,6p	85,6p	– 3,4p	– 5,1p	– 5,6p	– 7,0p	– 2,7p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	– 11,1
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	15,0	17,5	– 4,8	+ 0,2	– 2,4	+ 14,7	– 3,9
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	243,0	236,8	+ 2,1	+ 6,3	+ 6,0	+ 5,7	+ 3,3

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002						
		Juli	August	2. VJ	Juni	Juli	August	Januar – August
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren								
(Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	81,7	...	– 9,8	– 8,6	– 1,9
Hochbau	1995 = 100	73,1	...	– 15,6	– 14,0	– 6,6
Wohnungsbau	1995 = 100	58,2	...	– 13,0	– 18,3	– 9,8
Hochbau ohne								
Wohnungsbau	1995 = 100	83,1	...	+ 17,1	– 11,5	– 5,2
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	95,6	...	– 1,6	– 1,1	+ 4,6
Straßenbau	1995 = 100	117,7	...	+ 1,7	+ 5,3	+ 4,3
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	85,9	...	– 3,4	– 4,9	+ 4,6
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	89,8p	79,4p	– 4,3p	– 5,5p	– 5,0p	– 7,6p	– 3,5p
Hochbauleistungen	1995 = 100	87,2p	76,1p	– 5,2p	– 6,2p	– 5,2p	– 8,4p	– 4,2p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	94,9p	85,6p	– 2,6p	– 4,3p	– 4,7p	– 6,0p	– 2,1p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	– 9,0
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	8,3	8,6	– 10,1	– 9,9	– 12,3	– 6,3	– 12,2
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	109,5	108,0	+ 2,0	+ 4,8	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,7

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002						
		Juli	August	2. VJ	Juni	Juli	August	Januar – August
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten,								
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	58,6	...	–	7,9	–	15,2	–
Hochbau	1995 = 100	36,9	...	–	16,9	–	24,1	–
Wohnungsbau	1995 = 100	28,8	...	–	29,2	–	33,8	–
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	43,6	...	–	8,4	–	17,8	–
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	96,4	...	+	0,5	–	6,3	+
Straßenbau	1995 = 100	118,9	...	+	12,4	–	12,9	–
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	87,6	...	+	9,9	–	1,5	+
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	64,7p	65,5p	–	13,5p	–	14,8p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	54,0p	54,4p	–	18,5p	–	19,5p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	84,3p	85,9p	–	6,4p	–	8,2p	–
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	+	16,6
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,7	8,9	+	4,4	+	16,8	+
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	133,5	128,8	+	2,2	+	7,5	+

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2002									
	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	108,1	107,9	144,1	108,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,6		
auf Monatsbasis	107,6	107,3	143,3	107,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,6		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	110,5	109,4	163,2	109,3	+ 4,4	+ 3,6	+ 2,7	+ 3,2		
auf Monatsbasis	109,1	107,9	161,0	107,8	+ 4,4	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,2		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	106,7	106,5	143,5	106,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,6		
auf Monatsbasis	106,3	106,0	142,9	106,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,6		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	109,5	108,4	162,3	108,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,4		
auf Monatsbasis	108,2	107,0	160,3	106,9	+ 4,7	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,4		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	115,5	115,5	145,8	115,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,8		
auf Monatsbasis	114,2	114,2	144,2	114,4	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	115,6	115,2	166,2	115,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,8		
auf Monatsbasis	114,0	113,6	163,8	113,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juli	Januar - Juli		Mai	Juni	Juli	Januar - Juli		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Einfuhr insgesamt	327 322	299 586	- 27 736	- 14,0	- 2,0	- 7,7	- 8,5	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	23 448	23 312	- 136	- 8,2	+ 7,2	- 5,0	- 0,6	7,8	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	273 075	252 059	- 21 016	- 12,8	- 1,7	- 6,6	- 7,7	84,1	
Rohstoffe und Halbwaren.....	47 490	40 459	- 7 031	- 14,1	- 11,6	- 16,2	- 14,8	13,5	
Rohstoffe.....	25 678	22 291	- 3 387	- 9,9	- 10,3	- 20,3	- 13,2	7,4	
Halbwaren.....	21 811	18 168	- 3 644	- 18,4	- 13,0	- 11,4	- 16,7	6,1	
Fertigwaren.....	225 585	211 600	- 13 985	- 12,6	+ 0,4	- 4,6	- 6,2	70,6	
Vorerzeugnisse.....	35 935	29 807	- 6 127	- 20,3	- 12,8	- 23,3	- 17,1	9,9	
Enderzeugnisse.....	189 650	181 793	- 7 858	- 11,1	+ 3,1	- 0,7	- 4,1	60,7	
Landwirtschaftsgüter	9 394	9 220	- 174	- 11,6	+ 1,9	- 12,2	- 1,9	3,1	
Vorleistungsgüter.....	95 638	82 691	- 12 947	- 18,2	- 5,6	- 12,4	- 13,5	27,6	
Investitionsgüter.....	98 425	92 799	- 5 626	- 14,9	+ 3,9	- 0,7	- 5,7	31,0	
Gebrauchsgüter.....	15 685	15 298	- 386	- 3,3	- 3,5	- 10,3	- 2,5	5,1	
Verbrauchsgüter.....	45 115	48 114	+ 3 000	- 1,2	+ 13,6	+ 4,7	+ 6,6	16,1	
Energie.....	28 115	23 771	- 4 344	- 9,1	- 17,9	- 20,8	- 15,5	7,9	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	34 951	27 694	- 7 258	- 24,2	- 14,9	- 17,8	- 20,8	9,2	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	8 776	8 704	- 72	- 11,5	+ 3,6	- 12,2	- 0,8	2,9	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	344	272	- 72	- 19,2	- 32,6	- 21,9	- 20,8	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	274	243	- 31	- 8,2	- 2,8	+ 0,6	- 11,2	0,1	
Kohle und Torf.....	845	800	- 45	- 27,0	- 7,1	- 32,5	- 5,3	0,3	
Erdöl und Erdgas.....	20 601	17 643	- 2 958	- 7,4	- 13,8	- 20,0	- 14,4	5,9	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	1 582	1 431	- 151	- 23,8	+ 8,1	- 29,1	- 9,6	0,5	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	663	639	- 24	- 11,2	+ 5,0	- 9,0	- 3,6	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	14 534	14 490	- 44	- 5,5	+ 10,9	- 0,7	- 0,3	4,8	
Tabakerzeugnisse.....	397	390	- 8	+ 4,6	+ 2,9	- 3,2	- 1,9	0,1	
Textilien.....	7 364	6 788	- 576	- 16,4	- 3,9	- 4,5	- 7,8	2,3	
Bekleidung.....	10 236	9 670	- 566	- 9,9	- 7,1	- 1,1	- 5,5	3,2	
Leder und Lederwaren.....	3 766	3 643	- 122	- 13,3	- 0,1	+ 0,5	- 3,3	1,2	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	2 580	2 415	- 165	- 11,3	- 0,0	- 12,4	- 6,4	0,8	
Papier.....	7 289	7 079	- 210	- 3,4	+ 19,6	+ 5,6	- 2,9	2,4	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	1 170	1 232	+ 62	+ 5,5	+ 3,1	+ 14,5	+ 5,3	0,4	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	6 283	4 933	- 1 350	- 11,7	- 34,0	- 25,6	- 21,5	1,6	
Chemische Erzeugnisse.....	32 875	31 593	- 1 282	- 11,5	- 2,1	- 13,7	- 3,9	10,5	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	7 522	7 424	- 98	- 6,6	+ 11,7	+ 0,3	- 1,3	2,5	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	3 868	3 547	- 321	- 15,0	- 1,0	- 13,3	- 8,3	1,2	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	17 137	14 646	- 2 491	- 21,5	- 6,8	- 10,4	- 14,5	4,9	
Metallerzeugnisse.....	7 049	6 836	- 213	- 10,3	+ 4,6	- 4,0	- 3,0	2,3	
Maschinen.....	22 679	21 159	- 1 519	- 11,0	- 3,4	- 1,7	- 6,7	7,1	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	16 664	15 916	- 748	- 14,5	+ 1,1	+ 1,0	- 4,5	5,3	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	14 180	12 653	- 1 527	- 13,3	- 3,9	- 4,6	- 10,8	4,2	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	20 845	17 033	- 3 813	- 29,1	+ 0,1	- 4,5	- 18,3	5,7	
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	9 607	8 946	- 661	- 13,5	- 7,3	- 11,0	- 6,9	3,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	30 079	31 036	+ 957	- 4,1	+ 13,0	+ 14,6	+ 3,2	10,4	
Sonstige Fahrzeuge.....	15 249	12 791	- 2 458	- 25,6	- 2,7	- 36,2	- 16,1	4,3	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	7 528	7 546	+ 18	- 2,4	+ 5,3	- 5,1	+ 0,2	2,5	
Energie.....	387	394	+ 8	+ 16,4	+ 122,9	+ 77,6	+ 2,1	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	34 951	27 694	- 7 258	- 24,2	- 14,9	- 17,8	- 20,8	9,2	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juli	Januar - Juli		Mai	Juni	Juli	Januar - Juli	Januar - Juli	
	Mill. EUR			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Ausfuhr insgesamt.....	375 581	373 177	- 2 404	- 7,8	+ 5,6	- 0,9	- 0,6	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	15 998	16 485	+ 487	+ 4,0	+ 6,0	- 4,2	+ 3,0	4,4	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	340 795	338 031	- 2 764	- 8,4	+ 5,5	- 0,7	- 0,8	90,6	
Rohstoffe und Halbwaren.....	18 847	17 592	- 1 255	- 8,9	+ 2,0	- 6,0	- 6,7	4,7	
Rohstoffe.....	4 419	4 060	- 358	- 20,4	- 4,3	- 9,2	- 8,1	1,1	
Halbwaren.....	14 428	13 531	- 897	- 5,2	+ 3,9	- 5,1	- 6,2	3,6	
Fertigwaren.....	321 948	320 439	- 1 509	- 8,4	+ 5,7	- 0,4	- 0,5	85,9	
Vorerzeugnisse.....	48 716	46 863	- 1 853	- 11,7	+ 6,9	- 2,4	- 3,8	12,6	
Enderzeugnisse.....	273 232	273 576	+ 344	- 7,8	+ 5,4	- 0,0	+ 0,1	73,3	
Landwirtschaftsgüter.....	2 715	2 928	+ 213	- 6,8	+ 10,9	+ 5,6	+ 7,8	0,8	
Vorleistungsgüter.....	115 052	111 786	- 3 266	- 8,0	+ 5,4	- 1,1	- 2,8	30,0	
Investitionsgüter.....	171 494	170 676	- 818	- 10,6	+ 5,0	+ 0,1	- 0,5	45,7	
Gebrauchsgüter.....	13 410	13 628	+ 218	- 7,9	+ 11,5	+ 9,2	+ 1,6	3,7	
Verbrauchsgüter.....	39 480	40 536	+ 1 056	- 0,1	+ 4,4	- 4,7	+ 2,7	10,9	
Energie.....	5 478	5 052	- 426	- 3,8	+ 7,2	+ 3,4	- 7,8	1,4	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	27 952	28 572	+ 619	- 1,0	+ 7,9	- 5,7	+ 2,2	7,7	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	2 359	2 605	+ 246	- 7,7	+ 12,6	+ 1,2	+ 10,4	0,7	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	268	243	- 24	- 15,5	+ 23,4	+ 20,2	- 9,1	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	89	80	- 8	+ 42,2	- 59,9	+ 168,1	- 9,5	0,0	
Kohle und Torf.....	138	118	- 20	- 30,5	- 25,2	- 37,7	- 14,7	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	1 765	1 508	- 257	- 38,0	- 14,0	- 22,0	- 14,6	0,4	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	39	41	+ 2	- 55,5	- 30,4	- 12,1	+ 6,0	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	488	504	+ 16	+ 15,1	+ 0,3	- 10,9	+ 3,3	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	12 643	12 874	+ 231	+ 2,0	+ 0,7	- 4,9	+ 1,8	3,4	
Tabakerzeugnisse.....	1 217	1 222	+ 5	+ 36,3	+ 78,2	- 11,8	+ 0,4	0,3	
Textilien.....	6 953	6 793	- 160	- 12,3	+ 9,7	+ 0,2	- 2,3	1,8	
Bekleidung.....	3 842	4 056	+ 214	+ 2,3	+ 10,5	+ 4,5	+ 5,6	1,1	
Leder und Lederwaren.....	1 618	1 849	+ 231	+ 8,2	+ 13,3	+ 16,2	+ 14,3	0,5	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	2 117	2 355	+ 238	+ 11,2	+ 20,2	+ 25,0	+ 11,2	0,6	
Papier.....	7 924	8 179	+ 256	- 10,5	+ 14,9	+ 16,8	+ 3,2	2,2	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	2 247	2 466	+ 219	- 15,8	+ 15,6	+ 10,4	+ 9,7	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	3 217	3 181	- 36	+ 11,2	+ 17,7	+ 9,3	- 1,1	0,9	
Chemische Erzeugnisse.....	46 400	44 963	- 1 437	- 11,3	+ 5,3	- 7,9	- 3,1	12,0	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	11 385	12 335	+ 950	+ 2,2	+ 12,5	+ 11,1	+ 8,3	3,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	4 842	4 856	+ 14	- 1,9	+ 8,3	- 6,3	+ 0,3	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	18 092	16 732	- 1 360	- 12,6	+ 0,4	- 6,6	- 7,5	4,5	
Metallerzeugnisse.....	11 008	11 240	+ 232	- 0,6	+ 8,0	+ 0,5	+ 2,1	3,0	
Maschinen.....	53 339	52 976	- 362	- 10,6	+ 10,0	+ 0,4	- 0,7	14,2	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	9 765	9 344	- 421	- 12,2	- 0,2	- 4,4	- 4,3	2,5	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	18 851	17 902	- 949	- 9,7	- 2,9	- 4,4	- 5,0	4,8	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	20 027	17 731	- 2 296	- 21,7	+ 6,3	- 0,1	- 11,5	4,8	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	14 420	14 901	+ 481	- 3,2	+ 10,9	- 1,8	+ 3,3	4,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	68 558	70 527	+ 1 969	- 8,4	+ 9,0	+ 8,7	+ 2,9	18,9	
Sonstige Fahrzeuge.....	17 549	16 373	- 1 176	- 7,8	- 28,7	- 21,1	- 6,7	4,4	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	6 110	6 403	+ 292	+ 11,9	+ 10,7	- 0,7	+ 4,8	1,7	
Energie.....	358	245	- 112	+ 243,7	+ 127,0	+ 206,2	- 31,4	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	27 952	28 572	+ 619	- 1,0	+ 7,9	- 5,7	+ 2,2	7,7	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{*}

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juli	Januar - Juli		Mai	Juni	Juli	Januar - Juli		
	Mill. EUR					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr insgesamt	327 322	299 586	- 27 736	- 14,0	- 2,0	- 7,7	- 8,5	100,0	
EU-Länder	171 512	154 268	- 17 244	- 18,6	- 2,3	- 7,9	- 10,1	51,5	
Frankreich	30 973	28 697	- 2 276	- 17,4	- 4,4	- 5,8	- 7,3	9,6	
Niederlande	27 623	24 278	- 3 345	- 14,8	- 3,8	- 8,9	- 12,1	8,1	
Italien	21 453	19 712	- 1 742	- 18,5	- 1,1	- 3,0	- 8,1	6,6	
Vereinigtes Königreich	22 338	19 323	- 3 015	- 15,8	- 3,7	- 11,6	- 13,5	6,4	
Irland	9 395	7 098	- 2 297	- 37,1	- 40,5	- 43,1	- 24,5	2,4	
Dänemark	5 193	4 821	- 372	- 2,7	+ 3,5	- 25,7	- 7,2	1,6	
Griechenland	1 064	960	- 104	- 20,4	+ 8,5	- 13,4	- 9,8	0,3	
Portugal	3 375	2 939	- 436	+ 6,2	- 13,1	- 21,3	- 12,9	1,0	
Spanien	9 884	9 312	- 572	- 20,2	+ 1,0	+ 7,9	- 5,8	3,1	
Schweden	5 619	5 104	- 515	- 23,0	+ 17,6	+ 0,1	- 9,2	1,7	
Finnland	4 303	3 062	- 1 241	- 63,3	+ 23,3	- 4,1	- 28,8	1,0	
Österreich	12 145	12 150	+ 5	- 4,7	+ 15,3	+ 3,8	+ 0,0	4,1	
Belgien	17 141	15 765	- 1 376	- 17,3	+ 6,7	+ 2,2	- 0,8	5,3	
Luxemburg	1 006	1 047	+ 41	+ 7,2	+ 20,4	- 11,3	+ 4,1	0,3	
EFTA-Länder	18 720	18 185	- 535	+ 0,6	+ 14,6	- 10,5	- 2,9	6,1	
Island	228	271	+ 43	+ 26,6	+ 21,6	+ 19,2	+ 19,0	0,1	
Norwegen	6 805	6 449	- 355	+ 11,0	+ 32,1	- 17,1	- 5,2	2,2	
Liechtenstein	199	177	- 22	- 21,2	+ 0,8	- 10,3	- 10,9	0,1	
Schweiz	11 488	11 287	- 201	- 5,0	+ 6,4	- 7,1	- 1,8	3,8	
Andere europäische Länder ¹⁾	6 268	6 381	- 113	- 1,2	- 0,1	+ 0,6	+ 1,8	2,1	
darunter:									
Türkei	3 751	3 875	+ 124	- 6,9	- 1,1	+ 3,5	+ 3,3	1,3	
Russische Föderation	8 775	7 503	- 1 272	- 20,3	- 19,4	- 18,1	- 14,5	2,5	
Ukraine	530	456	- 75	- 4,0	- 8,6	- 47,4	- 14,1	0,2	
Belarus	177	184	+ 7	+ 5,7	+ 20,9	+ 17,3	+ 3,8	0,1	
Estland	170	219	+ 49	+ 36,1	+ 15,9	+ 44,0	+ 28,5	0,1	
Lettland	279	237	- 42	- 16,3	- 18,2	- 12,4	- 15,1	0,1	
Litauen	420	403	- 17	+ 0,1	- 7,9	- 9,5	- 4,1	0,1	
Polen	7 657	8 136	+ 479	+ 4,5	+ 10,2	+ 5,0	+ 6,3	2,7	
Tschechische Republik	8 131	9 352	+ 1 221	+ 23,4	+ 1,6	+ 23,4	+ 15,0	3,1	
Slowakei	2 410	2 747	+ 337	+ 57,9	+ 17,4	+ 6,3	+ 14,0	0,9	
Ungarn	6 977	7 145	+ 168	- 9,3	+ 13,8	+ 8,5	+ 2,4	2,4	
Rumänien	1 323	1 324	+ 2	+ 3,3	- 1,0	+ 1,0	+ 0,1	0,4	
Bulgarien	391	428	+ 37	+ 10,2	+ 19,7	+ 6,3	+ 9,5	0,1	
Slowenien	1 512	1 538	+ 25	+ 23,0	- 2,0	+ 3,0	+ 1,7	0,5	
Kroatien	405	368	- 37	- 9,6	- 1,4	- 11,4	- 9,2	0,1	
Außereuropäische Länder	130 822	120 752	- 10 070	- 10,3	- 3,8	- 7,4	- 7,7	40,3	
darunter:									
Vereinigte Staaten	28 170	23 635	- 4 535	- 20,4	- 8,7	- 19,4	- 16,1	7,9	
Kanada	2 009	1 825	- 184	- 28,1	- 5,1	+ 4,4	- 9,2	0,6	
Südafrika	1 992	1 809	- 183	+ 18,6	+ 3,3	- 21,0	- 9,2	0,6	
China	10 732	11 236	+ 504	- 2,0	+ 5,6	- 0,5	+ 4,7	3,8	
Japan	14 069	11 040	- 3 029	- 25,4	- 12,6	- 8,9	- 21,5	3,7	
Australien	766	755	- 10	- 3,4	+ 18,4	- 29,4	- 1,3	0,3	
Neuseeland	337	333	- 4	- 14,5	+ 5,3	- 9,6	- 1,1	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder	38 362	39 026	+ 663	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,7	+ 1,7	13,0	
Entwicklungsländer ²⁾	47 921	44 791	- 3 131	- 8,6	- 3,1	- 8,7	- 6,5	15,0	
OECD-Länder ³⁾	268 123	244 703	- 23 420	- 15,1	- 1,3	- 7,0	- 8,7	81,7	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	9 981	9 257	- 723	- 2,7	- 1,3	+ 0,7	- 7,2	3,1	
OPEC-Länder ⁵⁾	4 940	3 819	- 1 121	- 20,5	- 19,3	- 18,7	- 22,7	1,3	
NAFTA-Länder ⁶⁾	31 144	26 235	- 4 909	- 21,4	- 8,6	- 17,3	- 15,8	8,8	
ASEAN-Länder ⁷⁾	9 357	8 628	- 729	- 3,2	- 0,7	+ 1,6	- 7,8	2,9	

^{*}) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Gemäß Liste der UN.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juli	Januar - Juli		Mai	Juni	Juli	Januar - Juli		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Ausfuhr insgesamt	375 581	373 177	- 2 404	- 7,8	+ 5,6	- 0,9	- 0,6	100,0	
EU-Länder	209 458	205 396	- 4 062	- 7,5	+ 6,2	- 0,8	- 1,9	55,0	
Frankreich	42 567	41 003	- 1 564	- 8,2	+ 2,2	- 3,9	- 3,7	11,0	
Niederlande	23 324	22 643	- 681	- 8,2	+ 6,9	+ 2,4	- 2,9	6,1	
Italien	28 827	28 003	- 824	- 9,2	+ 8,1	+ 0,4	- 2,9	7,5	
Vereinigtes Königreich	31 239	30 941	- 298	- 15,2	+ 6,7	- 4,4	- 1,0	8,3	
Irland	2 375	2 418	+ 43	+ 7,1	+ 21,0	- 5,4	+ 1,8	0,6	
Dänemark	5 975	6 153	+ 177	- 2,9	+ 14,4	- 0,6	+ 3,0	1,6	
Griechenland	2 984	2 896	- 88	- 6,4	- 19,0	+ 5,2	- 2,9	0,8	
Portugal	3 797	3 948	+ 150	+ 5,1	+ 2,7	+ 5,4	+ 4,0	1,1	
Spanien	17 159	17 237	+ 78	- 1,2	+ 15,5	+ 0,4	+ 0,5	4,6	
Schweden	7 517	7 493	- 25	- 0,9	+ 6,6	+ 1,4	- 0,3	2,0	
Finnland	3 930	3 732	- 197	- 6,4	+ 9,4	+ 9,0	- 5,0	1,0	
Österreich	19 105	18 986	- 120	- 2,3	+ 4,7	- 0,5	- 0,6	5,1	
Belgien	18 966	18 265	- 701	- 8,7	+ 4,7	+ 1,2	- 3,7	4,9	
Luxemburg	1 692	1 678	- 14	- 11,6	- 3,1	+ 2,2	- 0,8	0,4	
EFTA-Länder	19 514	18 245	- 1 270	- 16,0	- 7,8	- 3,1	- 6,5	4,9	
Island	178	153	- 25	- 13,7	+ 7,1	- 28,9	- 14,2	0,0	
Norwegen	2 799	2 591	- 208	- 9,9	- 27,3	+ 23,0	- 7,4	0,7	
Liechtenstein	187	190	+ 3	- 6,0	+ 1,6	- 8,5	+ 1,6	0,1	
Schweiz	16 349	15 310	- 1 039	- 17,2	- 3,5	- 6,7	- 6,4	4,1	
Andere europäische Länder ¹⁾	7 044	7 817	+ 773	+ 6,3	+ 22,0	+ 2,3	+ 11,0	2,1	
darunter:									
Türkei	3 516	4 026	+ 510	+ 22,0	+ 26,6	+ 12,9	+ 14,5	1,1	
Russische Föderation	5 227	6 295	+ 1 068	+ 4,3	+ 16,7	+ 2,1	+ 20,4	1,7	
Ukraine	1 101	1 254	+ 153	+ 10,1	+ 6,3	+ 1,5	+ 13,9	0,3	
Belarus	402	465	+ 63	+ 18,7	- 0,8	- 18,1	+ 15,7	0,1	
Estland	300	341	+ 40	- 1,1	+ 8,0	+ 26,5	+ 13,4	0,1	
Lettland	436	491	+ 55	+ 0,5	- 3,3	+ 9,9	+ 12,7	0,1	
Litauen	657	847	+ 190	+ 29,1	+ 44,0	+ 1,1	+ 28,9	0,2	
Polen	8 704	9 212	+ 508	- 0,9	+ 17,9	- 0,2	+ 5,8	2,5	
Tschechische Republik	8 671	9 192	+ 520	+ 1,1	+ 8,1	+ 13,8	+ 6,0	2,5	
Slowakei	2 309	2 235	- 74	- 9,8	- 1,7	- 9,6	- 3,2	0,6	
Ungarn	6 215	6 339	+ 123	- 10,2	+ 7,3	+ 8,5	+ 2,0	1,7	
Rumänien	1 725	1 800	+ 75	- 12,0	+ 11,2	+ 3,1	+ 4,4	0,5	
Bulgarien	564	644	+ 80	- 6,5	+ 22,7	+ 6,9	+ 14,3	0,2	
Slowenien	1 414	1 375	- 40	- 15,2	+ 7,0	- 12,1	- 2,8	0,4	
Kroatien	897	987	+ 89	- 7,9	+ 24,7	+ 18,6	+ 10,0	0,3	
Außereuropäische Länder	139 565	141 719	+ 2 154	- 7,8	+ 5,8	- 0,8	+ 1,5	38,0	
darunter:									
Vereinigte Staaten	40 452	38 478	- 1 974	- 11,0	- 4,6	- 9,7	- 4,9	10,3	
Kanada	2 717	3 290	+ 573	+ 0,8	+ 15,7	+ 41,6	+ 21,1	0,9	
Südafrika	2 563	2 607	+ 43	- 17,4	+ 1,2	+ 3,3	+ 1,7	0,7	
China	6 638	7 846	+ 1 208	- 4,7	+ 29,6	+ 19,3	+ 18,2	2,1	
Japan	7 705	6 923	- 782	- 15,0	- 0,3	- 9,4	- 10,1	1,9	
Australien	2 030	2 157	+ 127	- 2,9	+ 13,6	+ 9,1	+ 6,3	0,6	
Neuseeland	311	318	+ 7	- 4,5	+ 1,8	+ 5,1	+ 2,2	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder	37 100	40 012	+ 2 912	- 1,5	+ 11,9	+ 4,2	+ 7,8	10,7	
Entwicklungsländer ²⁾	49 403	50 858	+ 1 455	- 9,6	+ 10,8	+ 1,5	+ 2,9	13,6	
OECD-Länder ³⁾	317 480	312 142	- 5 338	- 7,5	+ 4,6	- 1,1	- 1,7	83,6	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	10 297	10 450	+ 154	- 7,8	+ 17,2	+ 9,3	+ 1,5	2,8	
OPEC-Länder ⁵⁾	7 550	8 415	+ 865	- 1,6	+ 14,0	- 6,2	+ 11,5	2,3	
NAFTA-Länder ⁶⁾	46 349	44 838	- 1 510	- 9,1	- 2,3	- 6,7	- 3,3	12,0	
ASEAN-Länder ⁷⁾	7 220	6 550	- 670	- 19,6	+ 7,2	- 17,2	- 9,3	1,8	

¹⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Gemäß Liste der UN.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2001		2002		2001		2002	
	Jahr	Juni	Juli	Januar - Juli	Jahr	Juni	Juli	Januar - Juli
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %			
Einfuhr insgesamt	- 15,3	- 2,0	- 7,7	- 8,5	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 2,6	+ 7,2	- 5,0	- 0,6	7,3	8,0	7,9	7,8
Gewerbliche Wirtschaft	- 14,3	- 1,7	- 6,6	- 7,7	83,4	83,6	84,0	84,1
Rohstoffe	- 22,2	- 10,3	- 16,2	- 14,8	7,6	7,1	6,8	7,4
Halbwaren	- 19,9	- 13,0	- 11,4	- 16,7	6,5	6,2	6,3	6,1
Fertigwaren	- 12,7	+ 0,4	- 4,6	- 6,2	69,3	70,3	70,9	70,6
Vorzeugnisse	- 8,4	- 12,8	- 23,3	- 17,1	10,9	10,4	9,9	9,9
Enderzeugnisse	- 13,4	+ 3,1	- 0,7	- 4,1	58,4	59,9	61,0	60,7
Ausfuhr insgesamt	- 3,1	+ 5,6	- 0,9	- 0,6	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 3,6	+ 6,0	- 4,2	+ 3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
Gewerbliche Wirtschaft	- 3,3	+ 5,5	- 0,7	- 0,8	90,6	90,6	90,8	90,6
Rohstoffe	- 5,1	- 4,3	- 9,2	- 8,1	1,1	1,1	0,9	1,1
Halbwaren	- 9,8	+ 3,9	- 5,1	- 6,2	3,7	3,7	3,5	3,6
Fertigwaren	- 3,0	+ 5,7	- 0,4	- 0,5	85,8	85,8	86,4	85,9
Vorzeugnisse	- 13,0	+ 6,9	- 2,4	- 3,8	12,7	13,2	12,5	12,6
Enderzeugnisse	- 1,1	+ 5,4	- 0,0	+ 0,1	73,1	72,7	73,9	73,3

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2001			2002			2001			2002					
	Jahr	Mai	Juni	Juli	Jahr	Mai	Juni	Juli	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
									1995 = 100						
Einfuhr									+ 2,2	- 14,0	- 2,0	- 7,7			
Index der tatsächlichen Werte	102,2	90,3	101,8	95,8	+ 2,2	- 14,0	- 2,0	- 7,7							
Index des Volumens	102,4	94,0	106,4	100,8	+ 2,4	- 8,5	+ 4,7	- 0,9							
Index der Durchschnittswerte	99,8	96,1	95,7	95,0	- 0,2	- 6,0	- 6,4	- 6,9							
Ausfuhr									+ 6,7	- 7,9	+ 5,6	- 0,9			
Index der tatsächlichen Werte	106,7	100,9	113,4	110,1	+ 6,7	- 7,9	+ 5,6	- 0,9							
Index des Volumens	104,7	101,1	114,7	111,3	+ 4,7	- 5,0	+ 9,7	+ 3,7							
Index der Durchschnittswerte	101,9	99,8	98,9	98,9	+ 1,9	- 3,0	- 3,6	- 4,4							
Terms of Trade ~)	102,1	103,9	103,3	104,1	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6							

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916	+ 10 008	+ 20 084
März	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805	+ 11 738	+ 31 822
1. Vierteljahr	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x	+ 31 822	x
April	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209	+ 9 390	+ 41 213
Mai	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627	+ 9 742	+ 50 954
Juni	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 607	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497	+ 10 765	+ 61 719
2. Vierteljahr	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x	+ 29 897	x
Juli	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 39 721	+ 8 762	+ 48 259	+ 11 872	+ 73 591
August	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober	5.637	52.324	6.794	52.688	8.999	72.002		
November	7.805	60.129	4.765	57.453	6.717	78.718		
Dezember	5.082	65.211	1.675	59.128	8.333	87.051		
4. Vierteljahr	18.524	x	13.234	x	24.048	x		
2. Halbjahr	34.197	x	26.350	x	47.554	x		
Jahr	65.211	x	59.128	x	87.051	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309	+ 510	+ 510
Februar	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973	+ 3 009	+ 3 519
März	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833	+ 7 013	+ 10 532
1. Vierteljahr	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x	+ 10 532	x
April	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156	+ 3 964	+ 14 496
Mai	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326	+ 3 894	+ 18 390
Juni	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266	+ 4 015	+ 22 405
2. Vierteljahr	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x	+ 11 873	x
Juli	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684	+ 163	+ 22 658
August	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 2 936	- 2 748	+ 4 503	+ 27 071
September	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 586	- 2 162		
3. Vierteljahr	- 8 122	x	- 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr	- 13 136	x	- 21 927	x	+ 8 055			
Jahr	- 14 419	X	- 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2002											
	Jahr	Mill. DM	März		April		Mai		Juni		Juli		August	
			Mill. DM	Mill. Euro	Mill. DM	Mill. Euro	Mill. DM	Mill. Euro	Mill. DM	Mill. Euro	Mill. DM	Mill. Euro	Mill. DM	Mill. Euro
Zahlungsbilanz														
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: -)	+ 6 032	+ 328	+ 1 657	+ 1 379	- 603	- 548	+ 886							
Leistungsbilanz	+ 2 651	+ 7 013	+ 3 964	+ 3 894	+ 4 015	+ 163	+ 4 503							
Außenhandel ²⁾	+ 94 195	+ 11 738	+ 9 390	+ 9 742	+ 10 765	+ 11 872	+ 10 509							
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 4 887	- 431	- 360	- 405	- 204	- 564	- 390							
Dienstleistungsbilanz	- 47 382	- 3 271	- 2 654	- 2 267	- 2 829	- 4 642	- 3 674							
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 12 609	+ 1 711	+ 380	+ 815	+ 703	+ 4 753	- 447							
Laufende Übertragungen	- 26 665	- 2 734	- 2 792	- 2 360	- 3 014	- 1 749	- 1 494							
Vermögensübertragungen	- 967	- 162	- 147	+ 50	- 30	- 203	+ 89							
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 12 766	+ 3 737	+ 9 234	+ 17 641	- 13 514	- 10 310	+ 1 661							
Direktinvestitionen	- 15 762	+ 12	- 10 652	+ 1 736	+ 18 502	7 794	+ 3 844							
Wertpapiere	- 6 703	- 556	+ 1 180	- 638	- 721	- 4 527	- 1 741							
Finanzderivate	- 22 907	- 12 345	- 1 893	- 23 188	- 30 335	- 5 235	- 13 197							
Kreditverkehr	- 1 353	- 35	- 258	- 77	- 43	- 114	- 157							
Sonstige Kapitalanlagen	- 46 084	- 9 188	- 2 389	- 4 526	- 24 668	- 12 392	- 9 591							
Restposten der Zahlungsbilanz	+ 38 369	+ 2 008	+ 3 086	- 796	+ 21 227	+ 12 980	+ 4 112							
Bestandsangaben														
Auslandposition der Deutschen Bundesbank							
Bruttowährungsreserven							
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland							
Auslandsverbindlichkeiten							
Netto-Auslandpositionen	67 396	89 410	97 636	92 436	78 979	95 023	101 249							
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 168 823	- 185 915	- 207 692	- 182 060	- 129 55	- 143 123	- 125 070							

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2002											
	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	2 561,3	2 560,4	2 636,2	2 631,1	+ 7,4	+ 7,6	+ 7,8	+ 7,5				
Männer	1 462,9	1 455,1	1 485,3	1 478,9	+ 10,6	+ 11,0	+ 11,1	+ 10,9				
Frauen	1 098,4	1 105,3	1 150,9	1 152,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,5				
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,4	8,4	8,7	8,7	-	-	-	-				
Männer	9,1	9,0	9,2	9,2	-	-	-	-				
Frauen	7,7	7,8	8,1	8,1	-	-	-	-				
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,6	7,6	7,8	7,8	-	-	-	-				
Kurzarbeiter insgesamt	165,6	167,6	144,7	106,4	+ 98,3	+ 101,0	+ 80,2	+ 52,9				
Offene Stellen insgesamt	438,5	421,0	398,3	379,0	- 9,6	- 10,2	- 12,0	- 13,8				
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	5 585p	5 575p	5 590p	5 592p	- 3,1p	- 3,4p	- 3,4p	- 3,6p				
Vorleistungsgüterproduzenten	2 503p	2 498p	2 504p	2 504p	- 2,7p	- 2,9p	- 3,1p	- 3,2p				
Investitionsgüterproduzenten ..	1 964p	1 960p	1 966p	1 967p	- 2,2p	- 2,5p	- 2,6p	- 3,0p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	248p	247p	246p	245p	- 5,4p	- 5,4p	- 5,4p	- 5,7p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	870p	870p	874p	876p	- 5,5p	- 6,2p	- 5,5p	- 5,7p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 6)	643,2	641,3	640,0	...	- 8,7	- 9,0	- 9,0	...				
Geleistete Arbeitsstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5) .. .	418 511p	432 068p	446 078p	402 628p	- 12,0p	- 3,1p	- 1,4p	- 8,7p				
Vorleistungsgüterproduzenten	204 051p	209 168p	217 747p	196 356p	- 11,4p	- 2,8p	- 0,6p	- 8,2p				
Investitionsgüterproduzenten ..	138 061p	144 427p	147 575p	131 465p	- 12,7p	- 3,3p	- 1,7p	- 9,1p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	18 487p	19 647p	19 361p	16 233p	- 16,9p	- 3,5p	- 1,9p	- 13,6p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	57 912p	58 826p	61 395p	58 574p	- 10,3p	- 3,9p	- 3,2p	- 7,9p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	63,1	66,9	71,6	...	- 20,1	- 8,5	- 6,8	...				
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6) ..	26,4	27,9	29,9	...	- 20,4	- 9,6	- 6,9	...				
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6) ..	18,5	19,4	20,9	...	- 20,8	- 6,7	- 7,7	...				
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6) ..	18,2	19,5	20,9	...	- 18,8	- 5,9	- 5,7	...				

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002											
	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	1 000											
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 385,1	1 394,0	1 410,7	1 387,1	+ 3,7	+ 6,1	+ 4,2	+ 3,3				
Männer	715,8	713,3	713,6	699,9	+ 7,2	+ 10,3	+ 8,2	+ 7,5				
Frauen	669,3	680,7	697,1	687,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,4	- 0,6				
Arbeitslosenq uote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	19,1	19,3	19,5	19,2	-	-	-	-				
Männer	19,3	19,2	19,2	18,9	-	-	-	-				
Frauen	19,0	19,3	19,8	19,5	-	-	-	-				
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	17,7	17,8	18,0	17,7	-	-	-	-				
Kurzarbeiter insgesamt	35,1	34,5	28,1	38,3	+ 27,5	+ 36,6	+ 23,4	+ 70,0				
Offene Stellen insgesamt	78,1	76,4	73,0	79,0	+ 5,8	+ 4,8	+ 6,1	+ 16,2				
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	622p	623p	624p	626p	- 0,5p	- 0,4p	- 0,8p	- 0,9p				
Vorleistungsgüterproduzenten	281p	282p	283p	285p	- 0,3p	+ 0,4p	+ 0,1p	+ 0,2p				
Investitionsgüterproduzenten ..	189p	189p	189p	190p	- 0,5p	- 0,6p	- 1,2p	- 1,6p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	25p	25p	24p	25p	- 4,5p	- 4,8p	- 6,4p	- 5,6p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	126p	127p	128p	129p	- 1,2p	- 0,7p	- 1,1p	- 1,2p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 6)	220,3	220,3	220,2	...	- 16,7	- 16,6	- 16,9	...				
Geleistete Arbeiterstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	59 253p	58 654p	58 967p	60 800p	- 6,2p	- 3,0	- 0,1p	- 4,2p				
Vorleistungsgüterproduzenten	28 221p	27 970p	28 227p	28 864p	- 5,5p	- 1,7	+ 1,3p	- 3,3p				
Investitionsgüterproduzenten ..	17 442p	17 379p	17 127p	17 909p	- 7,1p	- 4,2	- 2,7p	- 4,6p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 457p	2 364p	2 097p	2 419p	- 10,6p	- 8,3	- 5,2p	- 6,9p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	11 133p	10 941p	11 516p	11 608p	- 5,3p	- 3,1	+ 1,6p	- 5,0p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	22,4	23,2	24,6	...	- 24,6	- 20,5	- 20,5	...				
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 5)	7,4	7,6	7,8	...	- 31,6	- 28,5	- 28,5	...				
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6)	7,5	7,6	8,1	...	- 22,0	- 19,2	- 19,2	...				
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6)	8,6	8,0	8,6	...	- 19,0	- 12,4	- 12,4	...				

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002											
	September	3. Vj.	Juli	August	September	3. Vj.	Juli	August	September			
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0			
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	105,6	- 0,7	- 0,6	- 0,8	- 0,1	+ 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,5			
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8			
Bekleidung und Schuhe	103,6	+ 0,1	- 0,8	- 0,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7			
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	115,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2			
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	104,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8			
Gesundheitspflege	112,8	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2			
Verkehr	120,3	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,2			
Nachrichtenübermittlung	82,7	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6			
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .	107,7	- 0,9	+ 2,1	- 0,7	- 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2			
Bildungswesen	125,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,9			
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	112,1	+ 1,5	+ 1,9	- 0,3	- 2,2	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,6			
Andere Waren und Dienstleistungen	112,4	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3			
Index der Einzelhandelspreise	105,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1			
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	...	- 0,9	- 1,0	- 1,0	- 1,0			
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,0	- 0,3	- 0,3	...	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,4			
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	...	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1			
Konsumgüterproduzenten	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	...	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,6	- 3,3	- 1,0	...	- 2,8	- 7,6	- 9,4	- 9,4			
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	...	- 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4			
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	- 1,8	- 1,4	- 1,0	...	- 5,4	- 6,5	- 6,7	- 6,7			
Preisindex für Wohngebäude	98,6 ³⁾	+ 0,1 ³⁾	.	.	.	- 0,1 ³⁾	.	.	.			
Preisindex für Straßenbau	98,2 ³⁾	+ 0,0 ³⁾	.	.	.	- 0,1 ³⁾	.	.	.			
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	- 4,4	+ 0,0p	- 0,3p	...	- 7,4	- 6,7p	- 8,2p	- 8,2p			
pflanzlicher Produkte	- 3,1	- 2,5	- 2,2	...	- 1,5	- 2,6	- 3,9	- 3,9			
tierische Produkte	- 5,1	+ 1,3p	+ 0,8p	...	- 10,5	- 8,9p	- 10,4p	- 10,4p			
Index der Einfuhrpreise	+ 0,1	- 0,5	+ 0,6	...	- 4,1	- 4,2	- 2,6	- 2,6			
Güter der Ernährungswirtschaft	- 5,3	- 1,0	+ 0,9	...	- 2,8	- 3,3	- 1,8	- 1,8			
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,8	- 0,4	+ 0,5	...	- 4,3	- 4,3	- 2,8	- 2,8			
Rohstoffe und Halbwaren	+ 4,7	- 0,4	+ 1,7	...	- 13,5	- 11,7	- 7,6	- 7,6			
Fertigwaren	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	...	- 1,1	- 2,0	- 1,3	- 1,3			
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	...	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0			
dar. Fertigwaren	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	...	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1			
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	...	+ 13,1	+ 3,4	- 4,9	+ 2,3			

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für Mai 2002.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2001				2002			
	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,62	4,43	4,45	4,33	3,44	3,45	3,39	3,33
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,1	5,0	5,0	4,8	5,1	4,9	4,8	4,5
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,0	4,9	4,9	4,7	5,1	4,9	4,7	4,4
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	10,09	10,13	9,99	10,03	9,69	9,76	9,70	9,72
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,86	6,91	6,91	6,84	6,36	6,42	6,40	6,41
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	5,87	5,84	5,85	5,69	5,96	5,86	5,71	5,42
Festzinsen 10 Jahre	6,20	6,22	6,24	6,13	6,30	6,21	6,10	5,84
Gleitzinsen	6,66	6,64	6,64	6,57	6,22	6,21	6,13	6,04
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,85	3,73	3,73	3,70	2,70	2,70	2,71	2,69
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung ¹¹⁾	1,24	1,21	1,20	1,18	1,04	1,04	1,03	1,01

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über vier Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als drei Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.

⁸⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Oktober 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.